



14. Februar 1927

MAX COHEN . DER REICHSWIRTSCHAFTSRAT UND DIE ERRICHTUNG EINER KAMMER DER ARBEIT

GLEICH nach dem Novemberumsturz gewann die Idee der Arbeiterräte in Deutschland mächtig an Boden. Das geschah damals in einem ausgesprochenen Gegensatz zu den Gewerkschaften. Dann wurde der wirtschaftliche Rätegedanke von den Gewerkschaften selber aufgenommen, durch die ganze weitere Entwicklung aber in der Hauptsache geistig entleert. Deshalb ist sein Wesentliches bis jetzt unausgeführt geblieben. Dieses zielt darauf hin die Arbeiter, mit den Leitern der wirtschaftlichen Unternehmungen in Produktionsräten zusammengefaßt, zu eigentlichen Trägern der Produktion zu machen, wodurch dieser nicht nur das beste Fundament sondern auch der starke Auftrieb gegeben wird, der nur kommt, wenn alle Arbeitenden das Ziel der Arbeit im Auge haben. Ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse auch in erster Linie berufen die besonderen Klasseninteressen der Arbeiter durchzusetzen, so bildet sie doch auch die natürliche Grundlage für die Verwirklichung des Schaffenspostulats, das sich in der Räteidee verkörpert. Bereits in den Tarifverträgen wurde von den Arbeitern der erste Schritt in der Richtung der Produktionsbeeinflussung getan. Das Tarifvertragswesen muß nun weiter ausgebaut, und damit vor allem die gemeinsame Verantwortung der Unternehmer und der Arbeiter für das Produktionsergebnis klargemacht und festgelegt werden. Diese Zielsetzung bedingt keineswegs, wie das hie und da angenommen wird, eine Beiseitstellung sozialpolitischer Erfordernisse. Wirkliche Sozialpolitik kann nicht mehr entbehrt werden. Ohne sie ist die höchste Schaffensleistung ganz gewiß nicht zu erreichen, wie es andererseits sicher ist, daß alle sozialen Leistungen nur aus dem Überschuß der Volkswirtschaft hervorgehen können. Es ist dies eine Wechselwirkung, die sowohl von den Unternehmern wie von den Arbeitern, die für sich als Vertreter ganz entgegengesetzter Klasseninteressen auftreten, wohl beachtet werden muß.

Es ist seinerzeit versäumt worden die Machtmittel des Staates dazu zu benutzen die gesamte nationale Produktion, organisiert in den Gewerben,

kollektiv zusammenzufassen. Eine Syndizierung, die die Schaffung je eines Produktionsrats für den syndizierten Produktionszweig ermöglicht, wäre die beste Methode gewesen die Arbeiter zu wirklichen Produzenten zu machen, die mit den produktiven Notwendigkeiten der einzelnen Berufe auch intellektuell und seelisch verbunden sind. Als Mitbeteiligte an dem Produktionsrat jedes Gewerbes können sie sich auch als Mitverantwortliche für alle Vorgänge der Produktion fühlen und, in ganz anderer Weise als heute, die Zeitgebundenheit und das gegenseitige internationale Abhängigkeitsverhältnis der jeweiligen Produktionsmethoden und -formen, soweit sie gesellschaftlicher Natur sind, erkennen und verstehen. Kann diese Unterlassungssünde der Jahre 1918 und 1919 gutgemacht werden? Im Lauf der Entwicklung sicherlich, wenn auch nicht so einfach, wie es damals von statten gegangen wäre. So schätzbar und wichtig die Bestimmungen des Artikels 165 der Reichsverfassung auch sein mögen, in denen niedergelegt ist, daß die Arbeiter und Angestellten dazu berufen sind gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, und so gut es ist, daß der Artikel 165 uns einen letzten Rest von Arbeitsgemeinschaft sichergestellt hat; diese Bestimmungen stellen lediglich und ganz ungenügend den Anfang wirklich gemeinsamen Schaffens von Produktionsleitern und -ausführenden dar. Es ist gewiß nützlich, wenn die beiden die Produktion tragenden Teile der deutschen Wirtschaft sich zusammensetzen und wirtschaftliche Dinge gemeinsam beraten. Aber es kommt doch sehr darauf an, in welcher Eigenschaft sie handeln: ob sie neben ihrer sozialen auch ihrer ökonomischen Funktion eingedenk sind, oder ob die einen sich lediglich als Arbeitgeber, die anderen sich lediglich als Arbeitnehmer fühlen. Auch so mag manches Förderliche für die Wirtschaft zu erreichen sein, besonders, wenn es gelingt parteipolitische Momente auszuschalten. Ohne die Syndizierung der Gewerbe und die Schaffung von Produktionsräten unter der Beteiligung der Arbeiter bleibt aber die Tatsache bestehen, daß ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der einzelnen Betriebe sich in der Hauptsache durch die Tätigkeit der Produktionsleiter, und nur durch sie, vollzieht. Für die Gesetzgebung, an der innerhalb öffentlichrechtlicher Körperschaften, besonders im Reichswirtschaftsrat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam mitwirken, bleibt zumeist nur eine mehr regulierende, in seltenen Fällen eine schöpferische Tätigkeit übrig. Freilich hat die Gesetzgebung in den letzten Jahren der Nachkriegszeit einen größeren Einfluß auf die Produktion ausgeübt als vor dem Krieg. Es ist ihr aber nicht gelungen den Kräften der Wirtschaft bestimmte Wege vorzuschreiben, es scheint vielmehr so, als ob ihre Einwirkung auf die Wirtschaft sich immer mehr den aus der Vorkriegszeit her bekannten Formen einer regulierenden Tätigkeit näherte. Indessen werden die Eingriffe der Gesetzgebung zugunsten des Staates für die Folge doch sehr viel stärker sein als in früheren Zeiten, wenn sie sich auch zunächst in der Hauptsache auf das finanzielle Gebiet und darauf beschränken gewissen Methoden der Gemeinwirtschaft die Wege zu ebnen. Hier ist also, auch im Reichswirtschaftsrat, vielleicht auch in den öffentlichrechtlichen Körperschaften der Wirtschaftsbezirke, ein gegen früher etwas erweitertes Feld für eine gemeinsame Tätigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wie anders jedoch lägen die Dinge, wenn

die syndizierten Gewerbe ihre Vertreter für die Produktionsräte delegierten, und diese wieder ihre Vertreter in eine Kammer der Wirtschaft, die an der Stelle des heutigen Reichswirtschaftsrats stünde. Diese Vertreter der Wirtschaft würden sich, gleichviel ob der Produktionsrat in die Kammer einen Unternehmer oder einen Arbeiter entsendet, nur als Vertreter des Gewerbes, das heißt als Vertreter zeitbegrenzter Produktionsnotwendigkeiten, insgesamt also der Wirtschaft fühlen. Die Vertretung des konkreten Produktionsinteresses bleibt unvollkommen, wenn man ein formales Paritätsprinzip befolgt, wonach die Arbeitgeber nur Arbeitgeber, die Arbeitnehmer nur Arbeitnehmer in den Reichswirtschaftsrat entsenden. Der zu Delegierende dürfte nur unter dem Gesichtspunkt der besten Sachkenntnis, der genauesten Beherrschung aller für den Produktionszweig in Betracht kommenden produktiven Möglichkeiten ausgewählt werden, ohne Rücksicht darauf, ob er Unternehmer oder Arbeiter ist. Man braucht nicht zu glauben, daß bei einer solchen Ordnung der Dinge die Unternehmer, und gar dauernd, die größeren Chancen hätten. Das wird unter anderm auch sehr viel von der Entwicklung abhängen, über die vor kurzem, in der Vossischen Zeitung vom 13. Januar 1927, der Direktor der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke Robert Kauffmann einiges sehr Beherzigenswerte ausgesagt hat. Für die von Kauffmann gewünschte Werksgemeinschaft, bei der der Arbeiter vor allen Dingen seelisch gewonnen werden müßte, wäre nichts so förderlich, als wenn man im Sinn der Vorschläge, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften seit dem November 1918 immer wieder gemacht und begründet wurden, den Mut zur Zusammenfassung der Gewerbe und zur Bildung von Produktionsräten unter Berücksichtigung aller in der Produktion vorhandenen Tätigkeitsarten gehabt hätte. Es gibt kaum ein besseres Mittel der Schaffensforderung zu genügen. Nur so wird der Arbeiter, der im modernen Arbeitsprozeß nicht mehr materiell Schöpfer des Gesamtprodukts sein kann, sich als geistigen Mitschöpfer des Ergebnisses empfinden. Nicht mehr das materielle Moment der Arbeit vom Beginn bis zur Vollendung des Gegenstands, das durch die Arbeitsteilung unwiederbringlich dahin ist, wohl aber das geistige Moment der Mitverantwortung für das Endergebnis, dessen Entstehung im Gesamtprozeß er überschauen lernt, verbindet dann den Arbeiter mit der Arbeit. So, nur so, wird die Teilarbeit zur echten Gemeinschaftsarbeit. Das bedeutet, daß alle Arbeitstätigen stets nur das Werk, nicht die eigene Rolle als das Wichtigste ansehen. Bei entsprechender Sozialpolitik wird dann der soziale Charakter aller Arbeitstätigkeit gefühlt, die Unentbehrlichkeit aller, die am Sozialprodukt mitarbeiten, erkannt werden.

Im Reichswirtschaftsrat haben die Gruppierungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Berufszusammengehörige bisher versagt. Man kann eben nicht dekretieren, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nach Berufsgruppen gegliedert, zusammensetzen und die gemeinsamen Berufsinteressen wahrzunehmen haben, ohne vorher die nötigen Voraussetzungen geschaffen zu haben. Nur wenn sie einigermaßen erfüllt sind, wird es möglich sein eine haltbare Basis für die Ausgestaltung des Reichswirtschaftsrats zu einer gesetzgebenden Zweiten Kammer neben dem Parlament des gleichen Wahlrechts zu schaffen. Es handelt sich dabei nicht, auch nicht in den zu bildenden Unter- und Zwischenstufen, um die Schaffung von Wirtschaftsorganisationen an sich sondern von solchen, mit deren Hilfe ein bestimmtes produktives Ziel erreicht werden soll. Das darf man nie vergessen.

MAN kann nicht bestreiten, daß eine unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgende Erledigung wirtschaftlicher Angelegenheiten im politischen Parlament im allgemeinen nur schwer erreicht wird. Das mag, soweit es sich um Fragen von minderer Bedeutung handelt, nicht allzu schlimm sein. Auch mochte das in Zeiten einfacher wirtschaftlicher Verhältnisse, selbst wenn wichtigere wirtschaftliche Dinge in Frage stehen, noch hingehen. Wenn aber in modernen Staaten, deren Wirtschaft immer komplizierter wird, bei der Beratung und Verabschiedung einschneidender wirtschaftspolitischer Gesetze rein parteipolitische oder womöglich bloß parteitaktische Gewichte den Ausschlag geben, gerät die Wirtschaft des Landes in Gefahr. Da sie nun der mächtigste Faktor des nationalen Lebens ist, das Massiv, das auch dem Geistigen die Stütze bietet, so lassen sich ihre Notwendigkeiten nicht ignorieren, nicht einmal beeinträchtigen. Die Praxis ist dann so, daß in jedem Fall die besonders interessierten Wirtschaftsgruppen Einfluß auf die Parteien ausüben und sie auch zur Vertretung von Forderungen zwingen, die die Partei mit ihrer Gesamtanschauung gar nicht vereinigen kann. Solcher Einfluß ist zwar illegitim, aber um so nachdrücklicher. Und so kommen dann politische Gruppierungen zustande, die auf eine, zwar von vornherein nicht gewollte, aber im konkreten Fall stets wieder geübte Täuschung der Wähler hinauslaufen. Dieses scheinbar demokratischste System der einen Volkskammer wird damit zum System einer Kammer gegen das Volk.

Es ist eben ein falsches Dogma, daß das Einkammersystem wahre Demokratie verkörpere. Solche Auffassung entspricht der mechanistisch-atomisierenden Denkweise des individualistischen Liberalismus, ist aber heute, da die Wirtschaft sich zur Gemeinwirtschaft zu wandeln beginnt, der einzelne Mensch als Glied der Gemeinschaft erkannt wird, und die Gestalt der kommenden Gemeinschaft allmählich Form annimmt, überholt und nur noch als Gegenstand für das Museum der Geschichte zu werten. Eine wirklich sozialistische Weltanschauung verlangt ein Zweikammersystem. Es beweist die gewöhnliche Kurzsicht aller derjenigen, die für neue Ideen nicht zugänglich sind, daß sie immer nur das Alte sehen, und daß sie das Wort Reaktion im Mund führen, wenn eine revolutionierende Forderung an sie herantritt. Das sozialistische Zweikammersystem, von dem hier die Rede ist, hat mit dem Zweikammersystem der vordemokratischen Zeit nur das eine gemein, daß es gleich diesem eine Sicherung gegen die schrankenlose Macht der Parteidemagogie darstellt. Das ist aber auch das einzige. Im übrigen sind beide so verschieden von einander wie Sozialismus von Feudalismus. Die Grundidee der neuen Forderung ist die, daß die Volksgemeinschaft in ihrer doppelten Totalität erkannt wird; einmal als die Summe der einzelnen Individuen, deren jedes einen Mikrokosmos darstellt, frei sich selbst bestimmt; und dann als schaffender Organismus, in dem jeder einzelne eine bestimmte schöpferische Funktion ausübt, alle zusammen aber erst die Einheit der Gestalt bilden. Beides ist der Fall, und jedem von beiden muß ein besonderes Organ der Volksvertretung entsprechen. Als die Vertretung des Volks im einen Sinn kann nur die Kammer des allgemeinen gleichen Wahlrechts gelten, als die Vertretung des Volks im andern Sinn die Kammer der Arbeit. Und nur die Übereinstimmung beider darf die Geschicke des Volks durch die Gesetzgebung bestimmen. Dadurch wird auch die unauflösliche Verbindung des Materiellen mit dem Ideellen dokumentiert. Keine

Angelegenheit, sie mag noch so rein geistiger Art sein, kann ohne wirtschaftliches Fundament bestehen, ja die Stärke des Geistes zeigt sich gerade in der Beeinflussung des materiellen Lebens, das billige Scheinleben in einer eingebildeten Idee ist auch rein geistig leer und bloß zur Selbstberuhigung bestimmt. Andererseits darf keine noch so materielle Angelegenheit ohne ihre geistigen Konsequenzen betrachtet und behandelt werden, die Wirtschaft muß es lernen der Kultur nicht nur in Festreden sondern auch im Alltag den Weg freizumachen. Und darum soll jedes Gesetz der Kompetenz beider Kammern unterliegen. Damit hören jene oben genannten illegitimen Einflüsse auf. Die Wirtschaftsgruppen brauchen nicht mehr von hinten die Parteien vorzuschieben; sie können in der Kammer der Arbeit in eigenem Namen agieren, ihre Interessen werden dort an denen der nationalen Gesamtproduktion gewogen, und die Gesamtwirtschaft entscheidet über sie. Dann können auch die politischen Parteien in der Kammer des allgemeinen Wahlrechts sich leichter wirtschaftlichen Abhängigkeiten, soweit sie ihren eigenen Wirtschaftsauffassungen nicht entsprechen, entziehen.

Ein solches sozialistisches Zweikammersystem bedarf nun eines Aufbaus der Wirtschaft zum Zweck der Fundamentierung der Kammer der Arbeit. An einen solchen Aufbau hat man sich nicht herangewagt, ja man war weit entfernt auch nur seine Bedeutung zu erkennen. Das alles ist und bleibt also eine Aufgabe der Zukunft, die sie sicher in Angriff nehmen und lösen wird, da sie aus Entwicklungsnotwendigkeiten herkommt. Da man aber dunkel fühlte, daß irgendsoetwas wie eine organisierte Vertretung der Wirtschaft zustande kommen müßte, berief man im Jahr 1920, um Weiterem vorzubeugen, durch eine Regierungsverordnung einen Vorläufigen Reichswirtschaftsrat für Deutschland, indem man gleichzeitig versprach ihn bald durch einen ordentlichen und endgültigen ablösen zu lassen. Je weiter man sich aber vom November 1918 entfernte, um so mehr ließ man sich Zeit. Die Ära der Arbeiter- und Soldatenräte ist ja heute schon in Deutschland zur Sage geworden. Also brauchte man sich auch mit der Sache des Reichswirtschaftsrats nicht mehr so gewaltig zu beeilen. Jetzt, nach mehr als 6 Jahren seit dem ersten Anlauf, hat die Reichsregierung sich endlich entschlossen Gesetzentwürfe der Öffentlichkeit zu unterbreiten, die bestimmt sind den endgültigen Reichswirtschaftsrat ins Leben zu rufen.

Bedeutet die Vorschläge, die in diesen Vorlagen gemacht werden, einen Schritt auf das Ziel hin, das oben gezeigt wurde?



ZUNÄCHST ist da festzustellen: Die staatsrechtliche Stellung des Reichswirtschaftsrats soll die selbe bleiben wie bisher, er soll nach wie vor oberstes Gutachterorgan für Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag sein. Also das Grundlegende der Idee der Kammer der Arbeit wird auch in diesen Entwürfen ganz ignoriert. Daß dies geschehen würde, war, wie die Dinge im Nachkriegsdeutschland bis jetzt gelaufen sind, so selbstverständlich, daß zurzeit jeder Versuch die Richtung auf die Kammer der Arbeit einzuschlagen von vornherein aussichtslos war. Dem Verfasser dieses Artikels blieb daher, als Mitglied des jene Entwürfe beratenden Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, nichts übrig als, freilich unter Wahrung des hier klargelegten Prinzips, von Anträgen auf Erweiterung der staatsrechtlichen Stellung des Reichswirtschaftsrats abzusehen. Sie wären vollkommen zwecklos gewesen; nicht nur

der Reichstag wie die Regierung, auch der Vorläufige Reichswirtschaftsrat selber hätte sie abgelehnt. Der Zeitpunkt für diese Neugestaltung ist eben noch nicht wieder gekommen, er muß erst durch weitere Arbeit für die Idee und (hoffentlich) durch Leistung des ordentlichen Reichswirtschaftsrats herbeigeführt werden. Die projektierten neuen Gesetzesbestimmungen bieten zu solcher erhöhten Leistung durchaus die Möglichkeit, da sie den Einfluß des Reichswirtschaftsrats auf die Gesetzgebung vergrößern.

Es handelt sich vor allem um das Initiativrecht des Reichswirtschaftsrats. Dieser soll fortan befugt sein seine Initiativanträge und Gutachten vor dem Reichsrat und dem Reichstag selber vertreten zu lassen und auch die Initiativgesetze des Reichstags zu begutachten. Bereits im Artikel 165 der Reichsverfassung wird bestimmt, daß der Reichswirtschaftsrat wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe oder Anträge von grundlegender Bedeutung selber beantragen kann; auch wenn die Reichsregierung ihnen nicht zustimmt, muß sie sie beim Reichstag einbringen, der Reichswirtschaftsrat kann sie sodann vor dem Reichstag vertreten. Dieses wichtige Recht hat der Vorläufige Reichswirtschaftsrat nicht besessen. Man war seinerzeit, als er gebildet wurde, der Meinung, daß dieses in der Verfassung vorgesehene Recht nur einem Reichswirtschaftsrat gewährt werden könne, der auf dem normalen Weg der Gesetzgebung, nicht aber durch eine Regierungsverfügung ins Leben gerufen sei. In den neuen Gesetzentwürfen ist ferner vorgesehen, daß der Reichswirtschaftsrat auch die von ihm erstatteten Gutachten vor Reichsrat und Reichstag vertreten kann, sofern diese Körperschaften oder die Regierung es wünschen. Es dürfte zweckmäßig sein diese Bestimmung noch dahin zu erweitern, daß der Reichswirtschaftsrat seine Gutachten vor den gesetzgebenden Körperschaften auch dann vertreten kann, wenn er es selber für notwendig hält. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Initiativgesetze des Reichstags sollen dem Reichswirtschaftsrat für die Folge auch zur Begutachtung zugeleitet werden, spätestens dann, wenn sie dem Reichsrat zugehen. Es ist auch eine Verbesserung der Stellung des Reichswirtschaftsrats, daß er in Zukunft nicht nur die fertigen, vom Kabinett bereits genehmigten Gesetzentwürfe begutachten sondern, soweit tunlich, bereits im vorbereitenden Stadium der Referentenentwürfe hinzugezogen werden soll, wodurch sein Einfluß auf die Gesetzesgestaltung entschieden vergrößert wird. Auch die starke Herabsetzung der bisher 326 betragenden Mitgliederzahl wird die Leistungsmöglichkeit des Reichswirtschaftsrats dann nicht vermindern, wenn die Zahl nicht allzu klein wird. Sie muß so bemessen sein, daß alle Gewerbe, die für die deutsche Wirtschaft von grundlegender Bedeutung sind, Vertreter entsenden können. Die Reichsregierung hat geglaubt mit 123 Mitgliedern auskommen zu können. Nach sorgfältiger Überlegung hat der Vorläufige Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen deren Zahl auf 144 zu bringen. Das ist auch wirklich die unterste Grenze. Sie ist nur dadurch einzuhalten, daß für den neuen Reichswirtschaftsrat die Einrichtung der sogenannten nichtständigen Mitgliedschaft getroffen wird. Es sollen nämlich sämtliche Kommissionen, besonders natürlich die Arbeits- und Unteraus-schüsse, bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl durch nichtständige Mitglieder besetzt werden. Als solche wird man die besten Sachkenner Deutschlands für die jeweils zur Beratung stehende Angelegenheit hinzuzuziehen haben, sie sollen bis zur Erstattung des Gutachtens als gleichberechtigte Mitglieder des Reichswirtschaftsrats tätig sein.

Zum Verständnis der Forderungen, die von der Arbeitnehmerseite erhoben worden sind, ist es nötig auf das folgende hinzuweisen. Im Artikel 165 der Reichsverfassung ist, wie oben bereits erwähnt, die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der gesamten Entwicklung der Produktivkräfte in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern festgelegt worden. Für die einzelnen Wirtschaftsbezirke war dafür die Form der Bezirkswirtschaftsräte vorgesehen. Diese wurden aber vom Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrats und werden auch von den Arbeitnehmern abgelehnt, solange nicht die Frage der Umgestaltung und des Ausbaus der bestehenden öffentlichrechtlichen Berufsvertretung und die Möglichkeit der Mitwirkung der Arbeitnehmer bereits in diesen geklärt sei. Diese Klärung ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Infolgedessen verlangten die Vertreter der Arbeitnehmer bei der Beratung der Referentenentwürfe im vorigen Jahr, daß, gleichzeitig mit der Verabschiedung der Gesetzentwürfe über den Reichswirtschaftsrat, ein weiteres Gesetz erlassen werden müsse, das den Arbeitnehmern die gleichberechtigte Mitwirkung in den öffentlichrechtlichen Berufsvertretungen gewähre. Bei der Beratung der Gesetzentwürfe, die am 11. Februar abgeschlossen wurde, wurde dieser Standpunkt von den Arbeitnehmervertretern verlassen, sie schlugen nur vor, daß der Ausschuß seine Auffassung in dieser Frage in einer an die Regierung zu richtenden Resolution niederlegen möge. Nach langen Verhandlungen wurde eine solche Resolution auch angenommen. Sie lautet: »Unter Hinweis auf die Vorarbeiten seines Verfassungsausschusses ersucht der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung alsbald die Frage zu prüfen, auf welchem Wege die Lücken, die zurzeit noch in der Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung bestehen, geschlossen werden können. Insbesondere wird vorgeschlagen, soweit nicht innerhalb der vorhandenen öffentlichrechtlichen Berufsvertretungen das Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sichergestellt wird, neben und in Verbindung mit ihnen öffentlichrechtliche Organe vorzusehen, in denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter die gemeinsamen Fragen auf Grund gemeinsamer Beratung vom fachlich-regionalen Standpunkt behandeln. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat erwartet, daß entsprechende Gesetzentwürfe dem endgültigen Reichswirtschaftsrat unverzüglich vorgelegt werden.« Auch bei den Verhandlungen über die Bildung der neuen Reichsregierung hat diese Resolution, nach der Einigung im Unterausschuß, eine Rolle gespielt. In den vom Reichskanzler Marx ausgearbeiteten Richtlinien heißt es: »Die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiter auszubauen.« Man wird also damit rechnen müssen, daß dem ordentlichen Reichswirtschaftsrat entweder dahingehende Gesetzentwürfe von der Regierung vorgelegt werden, oder daß der Reichswirtschaftsrat selber sein Initiativrecht zu einer gesetzlichen Regelung der Sache benutzt.

In die Gesetzentwürfe über den Reichswirtschaftsrat wurde eine Bestimmung eingefügt, die von weittragender Bedeutung sein kann. Es handelt sich um die Schaffung des Enqueteausschusses. Für die Folge kann beim Reichswirtschaftsrat auf Verlangen der Reichsregierung oder mit ihrer Zustimmung ein Enqueteausschuß gebildet werden, der für festumgrenzte Gebiete wirtschafts- oder sozialpolitische Untersuchungen durchführen kann, wie sie in England bereits seit längerer Zeit üblich sind. Dieser Enqueteausschuß

hat das Recht von jedermann mündliche und schriftliche Auskunft zu verlangen und Besichtigungen der Betriebe vorzunehmen, auch können der Vorsitzende oder seine Stellvertreter Aussagen unter Eid verlangen. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden der Reichsregierung mitgeteilt und von ihr dem Reichstag, dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt. Ein solcher Enqueteausschuß wird zu je einem Viertel von den 3 Abteilungen des Reichswirtschaftsrats und von der Regierung zusammengesetzt und kann mit Zustimmung der Regierung außerdem noch Kooptationen vornehmen. Man wird es begrüßen müssen, daß auf diese Weise endlich einmal der Versuch gemacht wird wirtschaftliche Enqueten auch in Deutschland zu veranstalten. Allerdings wird man in solchem zukünftigen Enqueteausschuß nicht so verfahren dürfen wie das in dem von der Reichsregierung auf Wunsch des Reichstags ins Dasein gerufenen Enqueteausschuß geschieht. Dieser hat sich, indem er sich, ebenfalls infolge eines Beschlusses des Reichstags, das Ziel setzte die Grundlagen der deutschen Wirtschaft exakt zu erforschen, etwas zu viel vorgenommen. Die Grundlagen der deutschen Wirtschaft können in einem Enqueteverfahren nicht erforscht werden. Bei jeder Enquete muß man sich auf ein festumgrenztes Gebiet beschränken, soll nicht der Enquetegedanke überhaupt diskreditiert werden.



ON manchen Seiten wird gegen das Bestehen des Reichswirtschaftsrats Sturm gelaufen. Man muß jedoch sagen, daß nahezu alle, die sich gegen ihn wenden, seine Arbeiten nur oberflächlich oder überhaupt nicht kennen. Der allerstärkste Einwand, der gegen ihn vorgebracht wird, ist der, daß seine Beschlüsse zu wenig, meist gar nicht beachtet worden seien. Ist er darum überflüssig? Man muß, um zu einem stichhaltigen Urteil über ihn zu gelangen, seine Gutachten und Anträge gründlich durcharbeiten. Kommt man dann zu dem Ergebnis, daß seine Arbeit in der Hauptsache gut war, so wird man fordern müssen, daß seine staatsrechtliche Stellung in der hier dargelegten Richtung erweitert wird, damit er die Möglichkeit hat sich durchzusetzen. Besonders alle jene Wirtschaftler, die wirtschaftliche Arbeiten und Notwendigkeiten frei von parteipolitischer Gebundenheit ansehen und gleich uns in der *alleinigen* Entscheidung des politischen Parlaments in wirtschaftlichen Dingen eine Gefahr sehen, sollten sich die Sache reiflich überlegen, bevor sie sich gegen den Reichswirtschaftsrat wenden. Soviel man an ihm auch auszusetzen haben mag, man wird immer bedenken müssen, daß sich aus ihm in günstigerer Zeit einmal eine Kammer der Arbeit zu entwickeln vermag. Alle an der Entwicklung der Wirtschaft zu höherer Produktivität Interessierten, mögen sie auf der Arbeitgeber- oder auf der Arbeitnehmerseite stehen, müssen daher begreifen, daß sie, wenn sie den Reichswirtschaftsrat, auch in seiner jetzigen mehr als unvollkommenen Form, stützen, die deutsche Wirtschaft selber stützen. Auch jetzt schon ist der Reichswirtschaftsrat eine Körperschaft, in der zur Beurteilung für Wirtschaftsfragen eine bei weitem günstigere Atmosphäre vorhanden ist als im politischen Parlament.¹ Der weitere Ausbau dieser Instanz ist daher eine wichtige Aufgabe der deutschen Wirtschaft.

1) Einen vorzüglichen Einblick in die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats gewährt die Denkschrift seines Direktors *Hauschild Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920 bis 1926 /Berlin 1927/*. Sie gibt auf 687 Seiten alle die Gutachten und Anträge, die der Reichswirtschaftsrat bisher erstattet und gestellt hat, kurz gefaßt wieder. Der Arbeit, die eine gewaltige Fülle wirtschaftlichen Materials enthält und jedem Wirtschaftstheoretiker wie -praktiker außerordentlich viel geben kann, ist ein ausführliches Verzeichnis der Literatur über das Problem der Wirtschaftsräte beigelegt.

LUDWIG QUESSEL . ZUR AUSSENPOLITIK DES KABINETTS MARX-STRESEMANN-HERGT



WEI Momente charakterisierten die außenpolitische Seite der letzten deutschen Regierungskrise, die am 17. Dezember 1926 mit dem Sturz des Kabinetts Marx begann und eigentlich erst am 11. Februar 1927 mit der Bestätigung des dem Innenminister von Keudell am 5. Februar mit Vorbehalt ausgesprochenen Vertrauens endete: die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zur parlamentarischen Staatsform Deutschlands und zum neuen Europa.

Obwohl die Frage, wie eine Partei sich zum Regime ihres Landes verhält, zunächst nur innenpolitischen Charakter zu haben scheint, steht doch so ziemlich die ganze Welt unter dem Eindruck, daß ein Wechsel in der Staatsform des Deutschen Reichs das ganze kontinentaleuropäische Staatensystem von neuem in Verwirrung bringen würde. Anders als in Italien, Spanien, Portugal, Litauen, Polen, Ungarn, Griechenland, Rumänien, wo die Diktatoren zu meist die Außenpolitik des parlamentarischen Systems ohne erhebliche Abstriche fortgesetzt haben, müßte, nach der Meinung der Welt, ein deutschnationaler Diktator andere Wege der Außenpolitik einschlagen, wobei zu beachten ist, daß die Geisteslage Europas, die stark zur fascistischen Diktatur hinneigt, auch in Deutschland eine einfache Wiederbelebung des alten konstitutionellen Systems, das allenfalls die bisherige deutsche Außenpolitik fortsetzen könnte, gar nicht zulassen würde. Die Frage der Änderung der deutschen Staatsform kann daher auch nicht "Republik oder Monarchie?" sondern nur "Parlamentarismus oder Diktatur?" lauten. Zwischen diesen beiden Regierungsformen muß heute überall in Europa gewählt werden. Ob das im wesentlichen repräsentativen Zwecken dienende Staatsoberhaupt nach dem republikanischen oder dem monarchischen System bestimmt werden soll, ist eine durchaus sekundäre Frage geworden. Neben der Gestalt des Diktators, der in Süd- und Osteuropa die Lage beherrscht, wirkt die Figur des Monarchen wie ein wesenloses Gespenst, das den Tod der Monarchie in Europa fast noch eindrucksvoller manifestiert als die stärkste republikanische Kundgebung. Wie viele Europäer sind heute noch in der Lage genau anzugeben, wie der Mann heißt, der hinter Mussolini als "Monarch" fungiert?

Wer die Haltung des europäischen Geistes richtig begreift, der weiß, daß die Wiederherstellung des Kaisertums in Deutschland in den alten konstitutionellen Formen ganz und gar unmöglich geworden ist. Die zeitgegebene Form für ein deutsches Kaiserreich wäre die fascistische Diktatur, die viel Gemeinsames mit der demokratischen Tyrannei des Altertums aufweist. Ihr Siegeszug ohnegleichen in ganz Süd- und Osteuropa war wesentlich durch die Unfähigkeit der Oppositionsparteien bedingt sachliche und für das Allgemeinwohl fruchtbare Oppositionspolitik im Sinn des parlamentarischen Systems zu leisten. Mit Recht hat die Vossische Zeitung jüngst betont, daß, wer Anhänger des parlamentarischen Systems sei, sich damit abfinden müsse, daß einmal links und dann wieder rechts regiert werde. Die englischen Konservativen gingen in dieser Auffassung sogar so weit einem rein sozialistischen Kabinett die Regierung des Weltreichs für längere Zeit zu überlassen, um der Wählerschaft ad oculos zu demonstrie-

ren, daß auch diese nicht den Himmel auf Erden zu schaffen vermag. Wie sehr sich übrigens das Experiment der sozialistischen Minderheitsregierung für die Konservative Partei bezahlt machte, zeigt die Zusammensetzung des gegenwärtigen Unterhauses. Das parlamentarische System ist jedenfalls nur lebensfähig, wenn die Oppositionsparteien lediglich Dinge fordern, die sie, wenn sie selber in der Regierung kommen, auch wirklich auszuführen vermögen. Andernfalls muß der Kampf um die Regierungsgewalt notwendigerweise zum Vorspiel der Diktatur werden.

Die Frage steht daher in Deutschland so: Wollen die Deutschnationalen die Diktatur? Sicherlich nur ein Teil von ihnen. Der andere, wahrscheinlich viel größere Teil würde an einem fascistischen Diktator, hinter dem ein Hohenzoller schattenhaft herumgeistert, noch weniger Freude haben als an einem Zentrumskanzler Marx oder Stegerwald. Kein Wunder daher, daß die Deutschnationalen auf die dem Wirth-Joos-Braunsschen Manifest entlehnten Marxschen Richtlinien, nachdem diese durch Protokollierungen und Formulierungen im Sinn der monarchistischen Romantik etwas abgeschwächt waren, schließlich eingingen. Da heute nicht zwischen einem konstitutionellen Kaiserreich und einer parlamentarischen Republik gewählt werden muß sondern zwischen der Diktatur oder dem Parlamentarismus, so erscheint der Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion heute ein parlamentarisches System, an dessen Handhabung sie durch einen Reichspräsidenten und Reichsminister aus ihren Reihen aktiv teilnehmen kann, als das Erträglichere von beiden. Die Entscheidung dafür bedeutet nicht ohne weiteres ein Preisgeben von Grundsätzen. Gewiß sind die Deutschnationalen nach der Annahme der Zentrumsrichtlinien alle ohne Ausnahme das geblieben, was sie früher waren: überzeugte Monarchisten; sicher ist aber nur ein Teil von ihnen fascistisch gestimmt, der andere Teil dagegen kann sich wohl heute wie ehemals für das konstitutionelle Kaisertum begeistern, nicht aber für eine fascistische Diktatur. Da die Monarchie in Deutschland in absehbarer Zeit nur in fascistischer Gestalt zu haben ist, so hat man sich im deutschnationalen Lager in diesen Januartagen eben für das kleinere Übel, und das ist in diesem Fall das parlamentarische System, entschieden, das der Reichspräsident von Hindenburg mittlerweile gesellschaftsfähig gemacht hat, und das nunmehr nach englischem Vorbild aus dem sozialistischen Fahrwasser herausgelotst und in eine rechtsgerichtete Fahrinne hineinbugsiert werden soll.

Die Bekehrung zur parlamentarischen Republik als zur Staatsform des Möglichen, die sich im Januar 1927 an der Deutschnationalen Volkspartei vollzog, steht in der Geschichte der Deutschen Republik nicht vereinzelt da. Bekannt ist, daß sich selbst die Demokratische Partei nach dem Zusammenbruch des alten Regimes nicht gleich für die Republik zu begeistern vermochte. Demokratische Führer von Rang, fest eingeschworen auf die englische Entwicklung, die sich bei starker Demokratisierung des Staatswesens doch die monarchische Spitze zu repräsentativen Zwecken zu erhalten wußte, standen dem nach französischem Vorbild, das heißt durch Bruch der historischen Kontinuität, durch Revolution eingeführten parlamentarischen System ohne repräsentative monarchische Spitze zunächst vielfach fast feindlich gegenüber. Die meisten demokratischen Führer hielten sich noch 1919 ähnlich wie der demokratische Minister Külz 1926 als »derzeitige«

Republikaner die Tür zur englischen Entwicklung offen. Jedenfalls hat sich die Demokratische Partei zu der durch den militärischen Zusammenbruch geschaffenen Republik erst allmählich bekehrt. Langsamer noch vollzog sich diese Entwicklung bei der Deutschen Volkspartei. Diese stand zunächst der Republik in ausgesprochener Feindschaft gegenüber. Beim Lüttwitzputsch schloß sie eine Rückversicherung bei den Putschisten ab. Im Jahr des Putsches Hitler-Ludendorff forderte sie 4 Wochen vor Ausbruch der Münchener Unruhen in Form eines an die Parteien der Weimarer Koalition gerichteten Ultimatus ein Direktorium mit Ermächtigungsgesetzen, worüber das erste Kabinett Stresemann zerbrach. Sicher ist, daß die Volksparteiler die Republik lediglich als ein zurzeit unvermeidliches Übel ansehen und es selbst ablehnen würden sich auch nur, nach demokratischem Muster, als »derzeitige« Republikaner zu bezeichnen. Im Zentrum ist das offene Bekenntnis zur Republik als solcher auch erst mit der Zeit gekommen. Zunächst betrachtete sie die republikanische Staatsform nur als ein Mittel Deutschland aus chaotischen Verhältnissen herauszuführen. In der Folge ist das Zentrum allerdings dann so sehr mit ihr verwachsen, daß man es heute als eine entschieden republikanisch orientierte Partei ansehen kann, mindestens ebenso, wahrscheinlich mehr als die Demokraten.

Interessant ist es in diesem Zusammenhang auch auf die Meinung des Auslands zu verweisen. Als Philipp Scheidemann am 9. November 1918 vom Reichstagsgebäude aus die Republik ausrief, bestand im Ausland allgemein starker Zweifel an der republikanischen Überzeugung der prominenten Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Man gab freilich zu, daß es der Sozialdemokratie mit dem parlamentarischen System ernst sei, aber man zweifelte doch, ob eine Partei, die 2 ihrer Führer als Kaiserliche Staatssekretäre im Krieg hatte wirken lassen, wirklich zur französischen und nicht vielmehr zur englischen Entwicklung der Staatsform hinneige. Als zuverlässige Republikaner galten dem Ausland lange Zeit nur die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Erst später gelangte man dazu alle Sozialisten als Republikaner anzusehen. In jener Zeit, als noch Zweifel an der republikanischen Überzeugung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestanden, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei aber schon vom Bolschewismus zersetzt war, wurde bekanntlich das Wort geprägt, daß Deutschland eine Republik ohne Republikaner sei. Erst nach dem kläglichen Zusammenbruch des Hitler-Ludendorff-Putsches fing auch das Ausland zu begreifen an, daß die republikanische Staatsform in Deutschland nicht mehr so leicht zu erschüttern sei. Daß die Republik selbst die Niederlage im Ruhrkrieg überstehen konnte, zeugte von ihrer großen Kraft. Übrigens hatte auch schon der Lüttwitzputsch bewiesen, daß der republikanische Geist der Massen in Deutschland stärker ist als seine militärischen Machtmittel, die sich am 13. März 1920, als Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag vor dem Angriff der Lüttwitzschen Freischaren und der feindseligen Haltung der Reichswehrgenerale nach Stuttgart flüchteten, überwiegend in den Händen der Konterrevolution befanden. Damals bestand die Republik in Deutschland die Feuerprobe.

Wichtiger noch als die Wendung der Deutschnationalen zur republikanischen Verfassung, die sich aus der eben skizzierten Sachlage von selbst ergab, war für die Regierungsbildung die Stellung, die sie jetzt zu Europa ein-

nehmen. Auch diese haben sie im Wechsel der Zeiten mannigfach geändert. Bestehen geblieben ist nur ihre Abneigung gegen die Ostgrenzen. Indes, nur verbohrt Nationalismus kann glauben, daß diese nicht auf vertragsmäßigem Weg neu geregelt werden könnten. Die Zerreißung Deutschlands in 2 Teile ist angelsächsisches Werk. Das muß immer und immer wieder betont werden. Mögen auch französische Nationalisten sie propagiert haben (was niemand weiß, noch beweisen kann), ohne die Zustimmung Englands und Amerikas hätte sie nie Wirklichkeit werden können. Danzig und Memel sollten eben britische Stützpunkte an der Ostsee werden und die britische Seeherrschaft über die Baltische See, die London durch den deutschen Flottenbau verloren gegangen war, wiederherstellen. Man bilde sich doch nicht ein, daß England und Amerika 1919 in Versailles so schwach waren sich dem Diktat französischer Nationalisten fügen zu müssen. Zugunsten Großbritanniens fiel die Gestaltung des Ostens 1917 und 1918 aus. Die Ermutigung der Oststaatengründung durch England, das die Meinung in Berlin aufkommen ließ, es sei am europäischen Osten uninteressiert, führte Deutschland nach Brest Litowsk, das später durch Versailles ergänzt wurde. Man komme uns nicht zur Entschuldigung mit der Nationalitätenfrage, und man berufe sich erst recht nicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Farce, die uns mit diesem Recht 1917 aufgespielt wurde, konnte keinen Urteilsfähigen darüber hinwegtäuschen, daß es aufs grölichste verletzt wurde, als man (in vermeintlich deutschem, in Wahrheit aber britischem Interesse) die Randstaaten des Russischen Reichs von diesem losri. Was die Völker in diesen Ländern wollten, war nur nationales Eigenleben, nationalkulturelle Autonomie, die ihnen in einer russischen Föderativrepublik ohne weiteres gegeben war. Der Separatismus lag nicht in ihrem Wunsch. Eine Verewigung jener Lostrennung diente, soweit das Baltikum in Betracht kommt (mit Polen liegt der Fall unter europäischem Gesichtspunkt heute anders), nicht den baltischen Völkern, auch nicht Deutschland, sondern nur dem Anspruch Großbritanniens auf Herrschaft über Europa. Das ist die historische Wahrheit. Die Gründung der Oststaaten war in Deutschland übrigens viel mehr dem Liberalismus als den Deutschnationalen geschuldet; sie entsprach der slawophoben und anglophilen Gesinnung Bethmann Hollwegs, der im Osten die Macht Deutschlands vergrößern wollte, um im Westen England nachgeben zu können. Es gab damals, in jenen verhängnisvollen Jahren, Politiker, die der Ostpolitik der Bethmann und Kühlmann recht skeptisch gegenüberstanden. Aber sie fanden in den Parteizentralen ebensowenig Gehör wie in der Reichszentrale. Die ganz wenigen Parlamentarier, die das außenpolitische Getriebe beherrschen und eine konstruktive Politik ihr eigen nennen, kommen im Reichstag schwer zu Wort, weil sie manches sagen müßten, was der geheiligten Parteitradition widerspricht. Die östlichen Grenzen grundsätzlich anzuerkennen lehnen nun die Deutschnationalen ab. Aber die Linke erkennt sie ja ebensowenig an. Es ist auch durchaus kein Wahnsinn die territoriale Wiedervereinigung Ostpreußens mit dem Reich im Rahmen eines kontinentaleuropäischen Staatenbunds zu erstreben. Sie muß und wird kommen. Allerdings, England muß aus Danzig und Memel heraus, sonst gibt es in Osteuropa keinen Frieden. In den Ostfragen besteht also nur ein gradueller, kein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Deutschnationalen und den übrigen Parteien des Reichstags.

Bleibt Elsaß-Lothringen. Gewiß, die deutschnationale Ideologie verlangt die Vereinigung aller Länder, »so weit die deutsche Zunge klingt«; sie will Elsaß-Lothringen dem Deutschen Reich wieder einverleibt sehen. Sobald man aber an diese Frage vom realpolitischen Standpunkt aus herantritt, ändert sich das Bild. Ob die Deutschnationalen nun, da sie durch die Beteiligung an der Regierung die Mitverantwortung für die Geschicke des Deutschen Reichs übernommen haben, um Elsaß-Lothringens willen die deutsche Zukunft (die in Kontinentaleuropa liegt, daher Versöhnung und Verständigung mit dem französischen Nachbarn zur ersten und wichtigsten Voraussetzung hat) aufs Spiel setzen werden, bleibt abzuwarten. Der Vertrag von Locarno ist eine Tatsache, die auch sie kaum rückgängig machen wollen. Im Grunde ist die Begeisterung für Elsaß-Lothringen in ihrem Lager nie übermäßig groß gewesen. Sind doch die Deutschnationalen eine vorzugsweise preußische Partei. Ihre Vorfahren sangen, daß sie Preußen bleiben wollen, und der Teufel das Treiben holen solle, das Deutschland fabriziert und Preußen ruiniert. Der unpreußische Geist des Elsaß hat den preußischen Generalen im Krieg schweres Kopfzerbrechen gemacht. Das alles trägt dazu bei, daß die Realpolitik der Deutschnationalen etwas anderes ist als die deutschnationale Ideologie.

Wie die Deutsche Volkspartei nach Luxemburg ging (Eisenpakt), so kann die Deutschnationale Volkspartei ruhig den Weg nach Paris antreten. Das ist keine bloße Konstruktion. Schon 1922 war diese Partei aus politischer Einsicht heraus, die Frankreich auf dem Kontinent angesichts der neuen militärischen Entwicklung (Flugzeuge, Unterseeboote) als die stärkere Macht erkannte, bereit jenen Weg einzuschlagen. Es war der gegenwärtige Justizminister Oskar Hergt, der als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei auf dem deutschnationalen Parteitag in Görlitz 1922 sich wie folgt ausließ: »Mit den verständigungsbereiten Wirtschaftskräften Frankreichs müssen wir uns jetzt, unbeschadet unserer Stellung zu England und Amerika, verständigen. Der Tag dafür ist gekommen . . . Eine unahweisliche Bedingung dabei ist das Aufhören jeglicher fremden Besetzung deutschen Bodens. Pfänder kann Frankreich allerdings *mit Recht verlangen*, und die wollen wir ihm auch *bieten*. Aber es sind keine Pfänder wie Forsten, Domänen und Bergwerke. Es sind bessere Pfänder: 1. die Leistungsfähigkeit einer freien deutschen Wirtschaft, 2. der Wille aller Deutschen zur Mitarbeit, 3. innenpolitische Garantien für den Produktionsprozeß.« Der Weg nach Paris, den Hergt vor 4½ Jahren wies, ist damals nicht eingeschlagen worden. Cuno, gestützt von Sozialdemokraten und unterstützt von Kommunisten, wählte den Weg nach London. Der Ruhrkrieg begann. Bessere Erkenntnis deutscher Notwendigkeiten wurde verdunkelt oder beiseite geschoben. Das Ende vom Lied war der Bittgang der rheinischen Eisenbahner um Einstellung in die französische Regie und die Annahme des Dawespakts mit normalen Jahreszahlungen von 2½ Milliarden Goldmark. Daneben ging die Vernichtung der Mark, die Verarmung der 2 Millionen Rentner, die neben dem größern Grundbesitz das Rückgrat der Rechtsparteien bildeten.

Wird die Deutschnationale Volkspartei jetzt, da sie Deutschland mitregiert, sich von nationalistischer Verblendung (die doch nie der eigenen Nation, immer dem Herrschaftswillen anderer nützt) freizuhalten wissen? Der außenpolitische Weg, den sie 1922 richtig gesehen hatte, von dem sie sich 1923 im Ruhrkrieg zum Schaden Deutschlands abdrängen ließ, führt nicht

nach London sondern nach Paris. Mißtrauen gegen eine Führung der Außenpolitik, die nur so weit Frankreich sich annähert als es England erlaubt, ist allerdings geboten. Aus der Erkenntnis, daß nur eine Zusammenarbeit mit Frankreich Deutschland die Stellung geben kann, die seine (nach dem Verlust der polnischen Provinzen langsamer, aber doch noch stark) wachsende Bevölkerung braucht, gilt es für das deutsche Volk die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Wer für das deutsche Volk ist, wer es vor neuen Katastrophen bewahren und ihm diejenige Stellung in Europa und in der Welt wiedergeben will, die es nach seiner Größe und seinen Schaffenskräften einzunehmen berechtigt, ja verpflichtet ist, wartet mit Spannung auf die außenpolitische Entscheidung, die Deutschland jetzt, nach dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung, treffen und bekräftigen soll.

MAX SCHIPPEL · DAS NEUE AGRARPROGRAMM DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE

KURZ vor Mitte Januar unterbreitete die vom Sozialdemokratischen Parteivorstand einberufene Agrarkommission ihre Vorschläge der Öffentlichkeit. Zwar handelt es sich vorläufig nur um einen Entwurf, und einem solchen können nach bisheriger Erfahrung noch recht wechselnde und recht zeitraubende Schicksale beschieden sein. Aber vieles spricht dafür, daß man nunmehr den notwendigen äußerlichen Abschluß einer stetig fortschreitenden, geradezu zwangsläufigen innern Umbildung der agrarpolitischen Parteauffassung endlich erreichen wird.

Die Zusammensetzung der Kommission, mit Rudolf Hilferding und Hans Krüger als Vorsitzenden und Fritz Baade als Schriftführer, gibt den Ausschlußvorschlägen von vornherein den wünschenswerten Nachdruck. Als noch wirksamer wird es sich wahrscheinlich erweisen, daß die österreichische Sozialdemokratie, wie die Leser wissen¹, mit einem ähnlichen, oder richtiger mit einem inhaltlich fast gleichen Programm vorangegangen ist, und daß die Österreicher selbst bei unseren vordringlichsten Parteidoktrinären, trotz aller russischen und deutschen "kommunistischen" Kritik gegen den Austromarxismus und trotz manchem eigenen Seitensprung (wie in der Handelspolitik), nach wie vor sich des Rufs eines vorbildlichen Radikalismus erfreuen. Diese bei unserer Parteilinken noch immer unerschütterte Tradition kommt, was die Agrarpolitik anlangt, heute dem deutschen Revisionismus wesentlich zu Hilfe.

Das Entscheidende wird jedoch sein, daß die allgemeinen Gedankengänge des Entwurfs als Niederschlag neuer allseitiger wirtschaftlicher und politischer Erfahrungen, die zum Teil auf bittere parteipolitische Enttäuschungen hinausliefen, sich bereits seit langen Jahren geltend machten, anfangs in widerwillig erzwungener, mit der Zeit mehr und mehr in offener Anerkennung. Zwischen den gegenwärtigen Vorschlägen und den Brüsseler und Stuttgarter internationalen und deutschen Beschlüssen zur Grund und Bodenfrage von 1869 und 1870 liegt zwar ein himmelweiter Abstand, aber die geistige und politische Entwicklungslinie lief seit langem schon folgerichtig und unwiderstehlich dem heutigen vorläufigen Endergebnis entgegen.

1) Siehe Schippel Sozialdemokratie und Agrarfrage nach der Revolution, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 5 und folgende. Der deutsche Entwurf lag damals noch nicht vor.



IN Brüssel 1869 erklärte die Internationale noch ganz nach den gewohnten industriepolitischen Denklinien, daß die »moderne ökonomische Entwicklung dem Großackerbau zustrebt«, der durch Anwendung der Maschinen und durch einheitliches Betriebszusammenwirken vieler ländlicher Arbeitskräfte² charakterisiert sei. In Stuttgart 1870 verkündete die Resolution Bebel, daß »bei dem Ackerbau wie bei der Großindustrie« die »Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch die Großgrundbesitzer« vor sich gehe; sie forderte deshalb an Stelle der »Privatbewirtschaftung des Ackerlandes die genossenschaftliche Bewirtschaftung«, wobei man sich als schlechteste Form der Privatbewirtschaftung damals stets die bäuerliche Mittel- und Kleinproduktion vorstellte, dagegen als genossenschaftliche Betriebsweise stets die aus Lohnarbeitsmassen, aus den proletarischen Überbleibseln und Nachkommen der frühern Bauernbevölkerung herauswachsenden »industriellen Armeen, besonders für den Ackerbau«, wie es im Kommunistischen Manifest geheißen hatte. Bei J. George Eccarius, dessen Äußerungen von 1868 man einen ganz außergewöhnlichen Wert beimessen kann, weil hinter ihnen die federführende Hand Marx' oder Engels' zu erkennen ist, erscheint »die kleine Bauernwirtschaft politisch, sozial und ökonomisch gerichtet«:

»Die kleine Bauernwirtschaft steht in dem selben Verhältnis zur modernen großen Agrikultur wie die Handspinnerei und -weberei zur Maschinenspinnerei und -weberei... Sie hat sich nirgends bewährt und kann sich nirgends bewähren als zuverlässiger, schritthaltender Zeitgenosse der modernen Industrie und des sozialen Fortschrittes. Sie ist das 5. Rad am Wagen des politisch sozialen Fortschrittes, das Bleigewicht, welches die Arbeiterbewegung in Frankreich wie anderswo auf dem Kontinent paralyisiert. Die Tage der Landmanie sind vorüber.«

Nicht einmal die genossenschaftlichen Neubildungen läßt Eccarius aus bäuerlichen Interessen und Fähigkeiten entspringen. Erst konzentrierte Produktionsmittel und kombinierte Arbeit schaffen die produktive »Abrichtung, ohne welche die einzelnen Glieder nicht harmonisch zusammen wirken können«. Der Lohnarbeiter, in Industrie wie Landwirtschaft, werde zu dieser genossenschaftlichen wirtschaftsdemokratischen Rolle ganz von selber historisch vorbereitet, dagegen das Bauerntum mit seiner Erziehung zur Eigenbrötlei führe nur von diesem immanenten Endziel weit ab:

»Die Kooperativbewegung ist das ureigenste Kind, die natürliche Leibesfrucht der großen Industrie und Agrikultur... Das Fabrikwesen, wo kein einzelner etwas zum Gebrauch Fertiges produzieren kann, ohne daß viele andere mitwirken, ist die industrielle Exerzierschule der genossenschaftlichen Produktion... Der Lohnarbeiter der großen Agrikultur hat sehr viel vor seinen eigentümerischen Geschäftsgenossen voraus. Er hat sich dem Oberkommando eines Chefs unterwerfen und in die kombinierte Arbeit fügen müssen. Er ist bereit in die Kooperation einzutreten, weil er gewohnt ist mit Werkzeugen zu arbeiten, die nicht im kleinen angewandt werden können. Der kleine Eigentümer, dem nur sein Eigensinn und seine Laune als Richtschnur dient, taugt nicht dazu. Die Arbeiter haben ein unmittelbares Interesse daran jeden Versuch die kleine Bauernwirtschaft einzuführen im Keime zu ersticken.«³

Wie anders heute. Die offene Sprache des österreichischen Parteiprogramms und seiner Begründung erreicht hier der deutsche Entwurf zwar bei weitem nicht. Aber andererseits wird die theoretische Umbildung, die Anfang und Ende der Parteigeschichte geistig weit und scharf von einander trennt, in keiner Weise bemäntelt. Der Kapitalismus, lesen wir jetzt, lasse ganz »an-

²) Die deutsche Übersetzung »Maschinenarbeit und Organisation der ländlichen Arbeiterschaft« dürfte den Sinn des Originals kaum genügend scharf treffen.

³) Siehe Eccarius' Einiges Arbeiters' Widerlegung der nationalökonomischen Lehren John Stuart Mills, Wiederabdruck im 21. Heft der Sozialdemokratischen Bibliothek /Zürich 1888/ Seite 52, 53, 57, 58.

ders wie in der Industrie die Eigentumsverhältnisse und Unternehmungsgrößen in der Landwirtschaft bestehen«. Deshalb könne und solle die verlangte Boden- und Wirtschaftspolitik »auch den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben genügende Lebensbedingungen sichern«, »die bisherigen bäuerlichen Wirtschaften sind in ihrem Bestande zu schützen«: Vorstellungen und Forderungen, die, auf Handwerk und Großindustrie, auf klein- und großgewerbliche Betriebe angewendet, sofort als Gipfel reaktionärer Einsichtslosigkeit abgelehnt und verhöhnt werden würden. »Den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben genügende Lebensbedingungen zu sichern« scheint nicht mehr, wie im Anfang der deutschen Sozialdemokratie, die gleiche Utopisterei wie das Handwerk wieder mit goldenem Boden auszustatten.



WELCHE Gemeinsamkeit der reformschöpferischen Interessen, oder auch nur welche Gemeinsamkeit des abwehrenden Widerstands gegen die gleiche wirtschaftlich-soziale Gegnerschaft läßt sich nun nach dem neuen Agrarprogramm denken zwischen der Sozialdemokratie als der Organisation der Entwicklungsinteressen der Lohnarbeiterklasse einerseits und andererseits dieser nunmehr nicht länger ignorierten, in ihrer fortgesetzten Lebensfähigkeit mehr und mehr anerkannten bäuerlichen Produzentenklasse: dieser vorher unterschätzten Vereinigung von Produktionsmittelbesitz und ausführender Arbeit, dieser eigenartigen produktiven Arbeit, die dennoch etwas ganz anderes ist als abhängige Lohnarbeit? Sind, wie es doch bei der Inangriffnahme eines solchen, auf längere Dauer berechneten Agrarprogramms stillschweigende Voraussetzung ist, 2 so wesentlich unterschiedene große Gesellschaftsklassen zu einer länger währenden umfassendern Koalition, zu einer wirtschaftlich-sozialen Bundesgenossenschaft auf lange Frist und mit weitgesteckten, nicht im Augenblick zu verwirklichenden Zielen aussichtsvoll zusammenzubringen?

Man sieht: Dieses Problem ragt hoch über alles hinaus, was bisher über parteipolitische Koalitionen von Fall zu Fall und unter raschvergänglichem, stetig wechselnden Umständen jemals herüber und hinüber erwogen und umstritten wurde. Werden unsere, mit dem Löwenfell des Radikalismus umhangenen Parteiphilister, denen das Herz schon vor grundsätzlichen Bedenken angsterfüllt springt, wenn sie sich mit dem Anhänger einer andern Partei wegen einiger verhältnismäßig belangloser Tagesfragen zeitweilig an den gleichen Regierungstisch setzen sollen, fähig und willig sein eine andere Klasse als Ergänzung und Stütze der wirtschaftlichen und politischen Lohnarbeiterbewegung anzuerkennen: "Koalitionspolitik" in einem ganz andern und viel tiefer einschneidenden Sinn für eine kaum absehbare Zeitperiode zu treiben? Das beharrliche Schweigen und die mehr als dürftigen Ausführungen zum Agrarprogrammwurf in einem großen Teil unserer Parteipresse sind offenbar nicht ohne Grund.

Aber die russische "Arbeiter- und Bauern"republik, die so vielen unserer Radikalen vorbildlich erscheint, ruht doch bewußtermaßen auf dieser Schonung und Anerkennung oder, unumwunden und offen herausgesagt: auf dieser stillschweigenden Überordnung der größten und ausgebreitetsten Klasse, eben des Bauerntums Rußlands, über alle lohnarbeitersozialistischen Endziele. Wenn eine vom Spiel des Zufalls und von den Launen eines beispiellosen militärischen und bürokratischen Zusammenbruchs emporgehobene Diktatur über dieses Pentagramma nicht hinauskommt, wie sollten

wir bei normalem Vorwärtsschreiten den Daseins- und Entwicklungsinteressen der bäuerlichen Massen passiv ausweichen oder gar unbedingt feindlich gegenüber treten können? Die österreichische Sozialdemokratie bekannte sich, wie das letzte Mal hier eingehend dargelegt wurde, zur »brüderlichen Gemeinschaft des arbeitenden Volkes in Stadt und Land«, zur Bundesgenossenschaft der »Landarbeiter und Arbeitsbauern mit den Industriearbeitern«. ⁴ Auch das deutsche Agrarprogramm weiß nichts mehr von der einen reaktionären Masse, der eine durch ausschließlich gegensätzliche Interessen vollkommen isolierte Lohnarbeiterklasse unterschiedslos den Fehdehandschuh und nichts als den Fehdehandschuh hinzuwerfen habe:

»Eine tiefe Interessensolidarität verbindet die Arbeiterschaft mit den selbstarbeitenden Bauern. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet der Kampf um die Demokratie für die Bauernwirtschaft die Selbstverwaltung des Dorfes, die Beseitigung der Gutsbezirke, die Verwandlung des Herrschaftsstaates der Grundherren und Kapitalisten in den Wohlfahrts- und Kulturstaat der Arbeiter und Bauern... Weit entfernt davon den Bauern von seiner Scholle zu verdrängen oder sein Eigentum konfiszieren zu wollen sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte. Ihr Kampf gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern und Landarbeiter... Durchdrungen von dieser Erkenntnis der Interessengemeinschaft, die alle Arbeitenden im Kampfe gegen die Profitwirtschaft verbindet erblickt die Sozialdemokratie in der Eingliederung der ländlichen Massen in ihre Reihen eine ihrer dringendsten Aufgaben; denn diese Vereinigung beschleunigt den Sieg und macht ihn zur unumstößlichen Gewißheit... Zum Kampf um diese Forderungen ruft die Sozialdemokratische Partei alle Arbeitenden auf dem Lande auf, um im Verein mit den arbeitenden Massen der Städte die Fesseln zu sprengen, in die sie Feudalismus und Kapitalismus (Großgrundbesitz und Großkapital) geschlagen haben.«



OLGERICHTIG ist der Entwurf alsdann darin, daß er die »Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung« in den Vordergrund aller Reformziele rückt (denn auch die formell vorangestellte »Bodenreform« wird »aus Gründen der Produktions- wie der Bevölkerungspolitik« verlangt, und die scharfe Wendung gegen das »Herreneigentum« und zugunsten der bäuerlichen Siedelung ist ja nur insoweit erklärlich und berechtigt, als die bäuerliche Produktion nicht als an sich überlebt und leistungsunfähig aufgefaßt wird). Steigerung der Produktion liege im »gemeinsamen Interesse von Konsumenten und Produzenten«, bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung »vereinigen sich die Lebensinteressen der städtischen Massen mit denen der schaffenden Landbevölkerung«. Selbst die Steuerpolitik soll »den sozialen Zweck erfüllen das Arbeitseinkommen des Landvolkes zu schonen und den produktionspolitischen Zweck: den Übergang des Bodens an den besten Wirt, zu fördern«: »Wenn den schwer arbeitenden Bauern ein angemessener Ertrag ihrer Arbeit zuteil werden soll, so muß ihnen vor allem die Anwendung aller von der Wissenschaft und Technik gebotenen Mittel zur Steigerung der Produktion ermöglicht werden. Zugleich ist den kleinen Betrieben der Übergang zu Kulturen hoher und höchster Intensität zu erleichtern.« Volksschulsaubau, obligatorischer Fortbildungsunterricht, Entwicklung des Landwirtschaftsschulwesens, Betriebsberatung, Genossenschaftsförderung, Kredithilfe für Meliorationen und Flurbereinigungen, öffentliche Kontrolle über die Erzeugung und den Vertrieb landwirtschaftlicher Produktionsmittel, Straßen- und Bahnentfaltung werden als Hebel dieser grundlegenden landwirtschaftlichen Produktionssteigerung gewürdigt und empfohlen.

4) Siehe *Das Agrarprogramm der deutschösterreichischen Sozialdemokratie*, Wien 1926, Seite 6.



TWAS zaghafter jedoch, besonders im Vergleich zu den österreichischen Kundgebungen, ist bei dem 3. Abschnitt, der die »Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse« behandelt, die Markt- und Preisfrage angefaßt, bei der natürlich das dornige Problem der Auslandskonkurrenz und des Schutzes des nationalen Markts sofort auftaucht, ohne von der deutschen Agrarkommission anders als mittelbar, nämlich durch die vorgeschlagene Durchführung des Ein- (und Ausfuhr-) monopols angeschnitten zu werden. Es lohnt etwas länger bei diesem fundamentalen Problem aller neuzeitlichen Agrarpolitik zu verweilen, weil über die sonstigen, zum 3. Abschnitt gehörigen Forderungen kaum jemals tiefere Meinungsverschiedenheiten bestanden haben.

Die durch einen »aufgeblähten und parasitären Handelsapparat« »unnatürlich vergrößerte Preisspanne« wird jedermann zu verkürzen bereit sein. Daß der energisch fortzubildende »direkte Warenaustausch zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften«, die Förderung des Genossenschaftswesens durch Reich, Staat und Gemeinde große wirtschaftliche Fortschritte für die allgemeine Wirtschaftsgestaltung und unschätzbare Vorteile für Erzeuger wie Verbraucher in sich schließen würde, ist nach und nach zur unangefochtenen Selbstverständlichkeit geworden, nachdem die agrarischen Genossenschaften in fast allen Ländern geradezu die Kerntruppen des gesamten Genossenschaftswesens geworden sind.

Jedoch seit dem Ende der siebziger Jahre erfuhren wir den Hereinbruch und bis zur Gegenwart das Nichterlöschen einer auf ganz anderen, neuweltlichen wirtschaftlich-sozialen Grundlagen (daneben auch zum Teil auf nackter bäuerlicher Hungerkultur in älterentwickelten Produktionsgebieten) ruhenden, hauptsächlich siedelungskolonialen Lebensmittelkonkurrenz: aus riesenhaften Landverschenkungen und Landaufschlüssen, beispielloser Einwanderungs- und Siedelungshochfluten geboren, ursprünglich von den Vereinigten Staaten der Nachbürgerkriegszeit ausgehend und mehr und mehr über Canada und Australien sich ausbreitend und durch den Weltkrieg in allen siedelungskolonialen Erdstrichen nochmals künstlich abnorm angeheizt. Die Produktionsextensität siegt hier über die intensivere Landwirtschaft. Das heißt aber bis zu einem gewissen Grad: Die tieferstehende Produktionsstufe *siegt* hier (was bei der Industrie kaum jemals in Frage kommt) auf dem Markt durch *niedrigere Preise* über die *höherstehende* Produktion, die ohne einen gewissen höhern Preisstand nicht denkbar ist. Will dennoch die deutsche Partei hier, im Gegensatz zur österreichischen, in der Oppositionsstellung des altehrwürdigen Freisinnigen ABC-Buchs gegen alle "Zöllnerei und Kanitzerei" verharren? Oder gibt man als Partei der höhern allgemeinen Produktionsentwicklung eine unhaltbare Position endlich auf?

Leider macht hier der deutsche Entwurf zunächst Miene große internationale Produktionszusammenstöße auf dem hohen Meer der Weltwirtschaft weiter wie kleine Störungen auf dem heimischen Ententeich zu behandeln, auf dem die bekannten belebenden Agitationstypen: Produzent und Konsument, anarchistisches und schmarotzerhaftes Handels- und Bankkapital und ehrlichen Schweiß vergießende unermüdliche Landarbeit, man möchte beinahe sagen: nach halbfreisinniger und halbantisemitischer Vorstellungsweise, sich wechselseitig in die Suppe spucken. Überaus harmlos heißt es da, um die Brücke zum Ersatz der Getreidezölle durch das Kanitz-Jaurès-Monopol leidlich einleuchtend schlagen zu können:

»Bereits bei der heutigen unvollständigen Entfaltung der Produktivkräfte treten auf Teilgebieten der landwirtschaftlichen Produktion zuweilen (!) Störungen (!) der Märkte ein. Solche Störungen äußern sich bald in Preisstürzen, die die Produzenten um die Früchte ihrer Arbeit bringen, ohne daß die Konsumenten einen Nutzen davon haben, bald in einer katastrophalen Verteuerung der Lebensmittelversorgung, wobei wiederum die Produzenten durchaus nicht immer die Gewinnenden sind... Das wilde (!) Auf und Ab der Preise, in das die kapitalistische Anarchie der Märkte die landwirtschaftliche Produktion gestürzt hat steht im Widerspruch zu der innern Natur des landwirtschaftlichen Betriebes... Wir fordern daher 1. Förderung aller Maßnahmen, die geeignet sind unsere Kenntnisse von dem Umfang der Produktion, von dem Versorgungsstand der Märkte und von den Bedingungen der Preisbildung zu verbessern.«

Immerhin, der Agrarprotektionismus, der speziell nach außen gerichtete, den national beschirmten vom international freien Absatzmarkt scheidende Agrarschutz kommt dann doch. Nur soll nach dem Vorantritt Österreichs »an Stelle der Getreidezölle« ein protektionistisches Reichsmonopol »für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten« treten:

»Für die Preispolitik des Monopols sind durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, dergestalt, daß dem Erzeuger ein angemessener Ertrag seiner Arbeit und ein Ersatz seiner Aufwendungen gesichert ist, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung soll berechtigt sein ausländisches Getreide zollfrei einzuführen, sie soll verpflichtet sein auch inländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandspreise erforderlich ist... Die Monopolverwaltung hat ausländisches und inländisches Getreide und Mehl zu den Selbstkosten an den Konsum zu Mischpreisen abzugeben... Auf Grund der bei der Preisstabilisierung des Getreides gemachten Erfahrungen sind schrittweise auch die übrigen landwirtschaftlichen Produkte in die Preisstabilisierung mit einzubeziehen.«

Rücksichten auf den Raum verbieten heute diese deutschen programmatischen Forderungen näher mit den österreichischen zu vergleichen oder gar mit den Vorläufern, die als parlamentarische Anträge Kanitz und Jaurès bekannt wurden, und deren Kern und Ziel vor allem der verdienstvolle Bundespräsident der Republik Österreich Michael Hainisch zuerst wieder aufnahm.⁵ Aber der Umschwung in einer der wichtigsten agrarpolitischen Grundauffassungen gelangt auch in dem zaghaften, an dieser Stelle übrigens kaum klar durchdachten deutschen Entwurf deutlich zum Ausdruck, und es ist heute kaum noch zu befürchten, daß dieser Vorstoß zur Erweiterung des Gesichtsfelds und Tätigkeitskreises der Sozialdemokratischen Partei spurlos wieder im Sand verlaufen sollte.

So wird dieser neue Entwurf mehr sein als ein bloß parteitheoretisches Dokument. Neue Zielsetzungen der praktischen Parteipolitik können von ihm ausgehen und vielleicht folgenschwere Neugruppierungen zwischen den Trägern des allgemeinen industriellen und agrarischen Produktionsfortschritts und Produktionsaufschwungs. Nicht zum Schaden des Sozialismus. Denn von der richtigen Wertung der agrarischen Produktion und der Interessen der agrarischen Produzenten hängt, in Gegenwart und Zukunft, die politische Machtstellung und Einflußübung jeder andern Gesellschaftsklasse ganz wesentlich ab; am meisten vielleicht die Stellung und Wirksamkeit der parteipolitisch in der Sozialdemokratie verkörperten Lohnarbeiterklasse.

5) Aus dem selben Grund muß in diesem Zusammenhang von der Besprechung der an sich wenig strittigen Abschnitte 5 (Forderungen für die Land- und Forstarbeiter) und 6 (Bäuerliche Sozialpolitik) abgesehen werden. Im weiteren Verlauf der Agrardebatte wird man auch auf Einzelheiten und Einzelforderungen jener Teile eingehen können.

PAUL FERDINAND LINKE · SOZIALISMUS UND PHILOSOPHIE



ON der "Weltanschauung" der Sozialdemokratie ist viel die Rede. Auch andere Parteien erheben den Anspruch der politische Ausdruck von Weltanschauungen zu sein; mit größtem Recht sicher das Zentrum; aber auch die konservativen, bekanntlich in der Romantik wurzelnden Parteien dürfen dies tun, und nicht minder der Liberalismus und die bürgerliche Demokratie, in deren Gedankenkreis trotz allen Konzessionen an spätere Strömungen noch deutliche Spuren der Aufklärungsphilosophie zu bemerken sind. Während es sich aber in allen diesen Fällen um philosophische Richtungen handelt, die aus früheren Zeiten stammen und heute tot sind, scheint bei der Sozialdemokratie eine gänzlich andere Situation vorzuliegen: Sie hat, heißt es, ihre eigene, aktuelle, lebendige und lebendig weiter wachsende Philosophie, den Marxismus, der durch seine besondere, in seiner Geschichts- und Gesellschaftsauffassung kulminierende geistige Haltung gegen jede "bürgerliche" und als solche rückständige Philosophie scharf abgegrenzt ist. So oder ähnlich liest man oft. Und sicher entspricht das ungefähr der Auffassung der Mehrzahl auch der Intellektuellen unter den Sozialisten. Man kann auch gern den richtigen Kern anerkennen, der Gedanken dieser Art zugrunde liegt. Sicher ist es der philosophische, der Weltanschauungsgehalt, der einem politischen Gedankensystem seine Konzentration, seine Einheit verleiht und damit zugleich seine Stoßkraft und seine Fähigkeit zu werben. Und sicher ist auch, daß die Sozialdemokratie als Partei durch die Einheit ihres Weltanschauungsgehalts streng und eindeutig von den Ideologien der bürgerlichen Parteien unterschieden ist und sich immer unterscheiden muß.

Hier aber beginnt ein neues Problem. Es ist außerordentlich schwer explizit zu sagen, worin dieser Gehalt besteht. Er kann nämlich, woran oft nicht gedacht wird, vorhanden sein, ohne daß es bisher gelungen wäre ihn in einer bestimmten Doktrin zu formulieren. Denn er ist weder in den offiziellen Parteiprogrammen niedergelegt noch auch ohne weiteres identisch mit dem, was Schlagworte wie Marxismus und materialistische Geschichtsauffassung besagen; er ist mehr als das in einer Hinsicht, in anderer vielleicht weniger. Man kommt ihm stimmungsmäßig am nächsten, wenn man sich etwa an Marx' Ausführungen über die Akkumulation des Kapitals erinnert oder an die großen Reichstagsreden Bebels und manches ähnliche. In den Anklagen, die dort gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichtet wurden, ist das enthalten, was am ehesten ein Recht hat die Weltanschauung der Sozialdemokratie genannt zu werden. Freilich nur implizit. Aber gerade das ist das Entscheidende. Denn dieser implizite Gehalt war es, der seinerzeit wirkte. Er war es, der in den achtziger und neunziger Jahren nicht nur die Massen sondern auch die Intellektuellen dem Sozialismus und der sozialistischen Partei gewann, der sie faszinierte und eben dadurch seine Neuheit und also auch seine Eigenart bewies. Denn es ist natürlich nicht richtig, wenn, wie das hie und da geschehen ist, gesagt wird, diese bloßen Anklagen gegen die herrschende Gesellschaftsordnung bedeuteten in ihrer lediglich negierenden Haltung noch nicht viel, ja sie seien bedenklich, weil sie bloß gefühlsmäßig und deshalb ungenügend mit der Idee der Gerechtigkeit und anderm, aus dem Liberalismus übernommenen Rüstzeug des Denkens arbeiteten. Wer

so argumentiert, setzt gerade das voraus, was erst bewiesen werden muß. Richtig ist vielmehr die These, daß die explizite Formulierung des weltanschaulichen Gehalts eines Gedankensystems nicht immer das erste zu sein braucht, worin sich dieser Gehalt geltend macht. Er kann auch implizit bestehen. Wer Ideen und ethische Haltung verwirft, tut dies im Sinn eines Marxismus bestimmter Observanz und folglich eines bereits explizit herausgearbeiteten philosophischen Gehalts gewisser ökonomisch-politischer Lehren. Das ist zwar ein fast allgemein übliches, aber nicht ohne weiteres berechtigtes Verhalten. Die oben genannte These aber bedarf kaum der Erläuterung. Jedem Kenner wissenschaftlicher Theorien sagt sie Bekanntes. Man denke etwa an die Zahlen. Ohne alle Fehler und ohne nennenswerte Irrtümer operiert der Mathematiker mit ihnen: er weiß praktisch aufs beste über ihre Arten und Gesetze Bescheid und tappt doch völlig im Dunkeln, wenn er über ihren Sinn und ihre Bedeutung Auskunft geben, wenn er, mit anderen Worten, eine zulängliche philosophische Theorie der Zahlen aufstellen soll. Implizit sind ihm die Zahlen die geläufigste Sache der Welt, explizit vermag er nicht einmal zu sagen, was eine Zahl ist. Oder man denke an das Logische. Wir alle wissen implizit, was logisch denken bedeutet. Aber eine philosophische Theorie des Logischen aufzustellen, zu sagen, was der Begriff logisch eigentlich für einen Sinn hat, das werden nur die wenigsten sich getrauen, und von ihnen werden die meisten etwas Falsches sagen. Gleichwohl schadet das für die Praxis nichts: Logisch denken oder, was das selbe sagt, vom Logischen implizit einen richtigen Gebrauch machen und eine explizite Theorie des Logischen haben ist keineswegs identisch. Ich vermag auf das beste logisch zu denken, ohne mich um das Wesen des Logischen im mindesten zu bekümmern. Wehe aber, wenn sich jemand in seinem Denken durch eine falsche Theorie des Logischen wollte leiten lassen. Er würde genau so in einen Wust von Irrtümern gestürzt werden wie der Mathematiker, der seine implizit richtige Verwendung der Zahlen durch eine verkehrte philosophische Theorie der Zahlen wollte beeinflussen lassen. Gar nicht anders steht es um den sozialistischen Politiker. Er fühlt sich an und für sich vielleicht im Sozialismus gerade so zu Hause wie der Mathematiker in den Zahlen; er kann mit seinen Tatbeständen, auch mit seinen grundlegenden weltanschaulichen, ebenso gut praktisch umgehen wie jener mit den grundlegenden Tatbeständen der Zahlen oder der denkende Mensch mit denen des Logischen; aber er stürzt sich wie diese beiden in einen Wust von Irrtümern, wenn er den Versuch macht eine philosophische Theorie des Sozialismus aufzustellen und dabei das Unglück hat Fehler zu machen.

Gerade dies entspricht aber der augenblicklichen Sachlage. Die philosophische Theorie des Sozialismus, die Lehre von seinem weltanschaulichen Gehalt, wird geradezu grundsätzlich falsch gesehen. Man betrachtet die Sache so, als ob der Sozialismus, ebenso die politische Haltung der sozialistischen Parteien, so etwas wäre wie die praktische Anwendung einer vorher fertigen Theorie, wie dies bei künstlichen Verhaltensweisen in der Tat der Fall ist. Gewiß, die Praxis des Schachspiels ist nichts anderes als die Anwendung vorher bestehender Regeln und also einer vorher fertigen Theorie des Schachspiels. Bei allen natürlichen Verhaltensweisen ist es anders: Die Theorie des Sehens ist nicht vor dem Sehen, die Theorie des Denkens nicht vor dem Denken, die Theorie des sittlichen Verhaltens nicht vor dem sittlichen Verhalten. Und so ist auch die Theorie des Sozialismus nicht vor dem

Sozialismus; wobei wir unter Sozialismus selbstverständlich nicht dessen mögliche oder tatsächliche Verwirklichung in der Praxis verstehen sondern die bestimmte geistige Verhaltungsweise, die die ursprünglichste Voraussetzung jeder solchen Verwirklichung ist.

Eine so charakterisierte Verhaltungsweise hat es natürlich längst vor Marx gegeben. Sie ist eben das, was wir in bestimmten historisch vorliegenden Gedankensystemen, etwa denen Platons oder Morus', unmittelbar als sozialistisch empfinden. Zugleich wissen wir aber auch, daß sich in allen diesen Systemen unsozialistische, ja antisozialistische Gedankengänge finden. Wir werden sie um so besser auslesen und beseitigen können, je mehr uns die sozialistische Geisteshaltung selbst vertraut ist. Das ist zunächst als implizites Vertrautsein gemeint. Marx, indem er klarer und bestimmter als jeder seiner Vorgänger die überragende Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren für die Struktur jeder Gesellschaft erkannte, hat solches implizite Bescheidwissen sehr bedeutend gefördert. Er tat dies aber zunächst nicht als Philosoph sondern als Nationalökonom. Wie nun aber die Erweiterung und Vertiefung der mathematischen Kenntnis der Zahlen (die Entdeckung der irrationalen, der imaginären und der komplexen Zahlen, die Begründung der Mengenlehre usw.) zugleich eine (freilich zunächst noch nicht ins Bewußtsein erhobene) philosophische Seite hat, die von der eigentlich philosophischen Arbeit: der expliziten Herausstellung dessen, was wir, unabhängig von der Mathematik und ihrer Formelsprache, mit dem Wort Zahl meinen, nicht ignoriert werden darf, genau so hat auch die Vertiefung der Kenntnis der rein ökonomischen Unterlagen der sozialistischen Geisteshaltung ihre analoge und analog zu behandelnde philosophische Komponente.

Offenbar hat sich nun aber Marx noch außerdem um die explizite Herausarbeitung dieser philosophischen Komponente bemüht, freilich, ohne daß ihm dieses Verfahren als solches zum Bewußtsein kam, ja sogar ohne es konsequent oder auch nur grundsätzlich einzuhalten. Das wird jeder verstehen, der bedenkt, daß die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Verfahrens (das uns nach einem bekannten Schlagwort das phänomenologische Verfahren heißen soll) der damaligen Zeit völlig fremd war, die sich vielmehr stets sogleich, nachdem selbstverständlich auch ihr die implizit gegebenen Tatbestände den Ansatzpunkt geliefert hatten, auf den Boden spekulativer Konstruktionen begab. Und wenn auch Marx die wesentlichsten Schwächen dieser Philosophie erkannt hat und der Tatsachenfremdheit der Hegelschen Philosophie seine Tatsachenliebe entgegensetzte, so hat er sich dennoch niemals ganz aus dem Bann dieses Denkers zu befreien vermocht. Ganz wie Hegel spricht auch Marx bei geschichtlichen Prozessen von Negation, ja selbst von der Negation der Negation, und die Rede von der dialektischen Methode und vom dialektischen Prozeß erfreut sich bis heute bei allen marxistischen Philosophen und philosophierenden Marxisten einer um so größern Beliebtheit, je weniger klar der Sinn ist, den diese Ausdrücke bezeichnen. Doch wie man sich auch hierzu stellen mag, anzuerkennen bleibt jedenfalls, daß sich Marx stets auf der Höhe der Philosophie seiner Zeit befunden hat. Er kannte diese Philosophie als Ganzes, nicht bloß in Gestalt eines engen, für sein Forschungsgebiet allein in Frage kommenden Ausschnitts. Und wenn unsere Zeit die große Aufgabe der Schöpfung einer Philosophie des Sozialismus, die in nichts anderm bestehen kann als in der

expliziten Herausarbeitung des philosophischen Gehalts, der der sozialistischen Geisteshaltung immanent ist, wieder aufnimmt, so sind an sie die selben Anforderungen zu stellen, die wir bei Marx erfüllt sahen. Es ist insonderheit zu verlangen, daß die Philosophen des Sozialismus mehr seien als Soziologen. Sie müssen mit den großen allgemein philosophischen Strömungen ihrer Zeit vertraut sein, mit den aktuell diskutierten philosophisch grundlegenden Betrachtungen, mag man sie nun gegenstandstheoretische, phänomenologische, grundwissenschaftliche oder, wie früher, erkenntnistheoretische nennen. Denn sie sind maßgebend für alles andere.

Wie steht es nun hier? Blickt man in der Reihe der philosophischen Förderer des Sozialismus umher, so kann die Antwort nur lauten: Es steht kläglich. Gewiß, die Hegelsche Komponente des Sozialismus hat man entweder beseitigt oder durch einen Unterbau von anderen, "zeitgemäßerem" Gedanken zu ergänzen gesucht. Es fragt sich nur, welche Gedanken für zeitgemäß gehalten werden. Soviel ich sehe, ist man in der ganzen Literatur des Sozialismus bisher über den Neukantianismus nicht hinausgekommen. Nun bedeutete vor 3 Jahrzehnten der Anschluß an den Neukantianismus ohne Zweifel die vergleichsweise größte philosophische (erkenntnistheoretische) Sicherung des Gedankenbaus und der geistigen Haltung des Sozialismus. Aber seitdem hat sich vieles geändert. Die früher kaum ernstlich umstrittene Führerrolle des Neukantianismus hat aufgehört. Das wird durch nichts so deutlich bewiesen wie durch die Entwicklung, die der Neukantianismus in seiner Hochburg Marburg selbst genommen hat. Denn der jüngste der Marburger, der Nachfolger Natorps auf dessen Lehrstuhl, Nicolai Hartmann, hat sich allmählich zum ausgesprochenen Gegner des Kantianismus entwickelt. Und auch andere Denker, Hans Driesch zum Beispiel, sind solche Gegner geworden. Mit dem Abflauen des Neukantianismus hängt der steigende Einfluß Bernhard Bolzanos und Franz Brentanos zusammen: beide entschiedene Gegner des deutschen Idealismus, beide der Gegenwart durch die sogenannte phänomenologische Bewegung nahegebracht. Daß beide auch frei von jeder nationalistischen Engherzigkeit sind: Brentano Pazifist und entschiedener Gegner der Bismarckschen Gewaltpolitik, Bolzano nicht minder friedensfreundlich, zudem noch Sozialist und Gegner des unbeschränkten Privateigentums, darauf kommt es in unserm Zusammenhang nicht an. Worauf es ankommt, ist allein dies: daß man mehr und mehr den Zeitpunkt nahen sieht, in dem eine kritische Grundlegung des Sozialismus nicht mehr mit einer hegelianischen oder auch neukantianischen Grundlegung identisch ist.

Richten sich die Philosophen des Sozialismus darauf ein? Die Wahrheit ist, daß man in keinem Lager diesen Zusammenhängen so völlig ahnungslos gegenübersteht wie in dem des Sozialismus. Und es müßte doch gerade hier die meiste Hellhörigkeit vorhanden sein. Will man sich von der bürgerlichen Philosophie beschämen lassen, soll sie eines Tages die des Sozialismus als "veraltet" abtun dürfen? Man wird doch nicht sagen wollen, daß diese bürgerliche Philosophie uns nichts angeht. Das ist richtig, soweit es sich um den philosophisch noch nicht oder noch nicht genügend ausgewerteten, aber noch auszuwertenden impliziten Gedankengehalt des Marxismus handelt. Das ist falsch, wenn man Marx' und seiner Nachfolger explizite Philosophie im Auge hat. Waren Kant, Fichte und Hegel, an die man doch, neben den ebenfalls bürgerlichen Positivisten, ausschließlich anknüpft, etwa keine

bürgerlichen Philosophen? Es ist eine Tatsache, daß der Sozialismus philosophisch in sehr bürgerlichen, ja in kleinbürgerlichen Ideenkreisen wurzelt. Denn wenn irgendeine Zeitströmung dieses Beiwort verdiente, so war es die des sogenannten deutschen Idealismus. Aber der deutsche Sozialismus preist mit besonderer Begeisterung Fichte, ohne zu sehen, wie komisch man dadurch denen erscheint, die den Kleinbürger Fichte wirklich kennen.

Das alles ist ein deutliches Symptom für den erstaunlichen Mangel an Selbstständigkeit in der Ideenbildung der sozialistischen Philosophie unserer Zeit, für den Mangel an Leben und Lebendigkeit in ihr.

Einen besonders deutlichen Beweis für diese Stagnation lieferte der Fall Nelson. Diesem ausgezeichneten Denker stehe ich rein philosophisch eher als Gegner gegenüber denn als Bundesgenosse. Aber er hat Eigenart. Er ist Kantianer, bewegt sich aber nicht in den ausgetretenen Bahnen des Neukantianismus. Und wie klar er die Schwächen seiner Zeit erkannt hat, zeigt sein Buch vom Spuk, eine mit köstlichem Humor geschriebene, völlig vernichtende Kritik der für unser Bürgertum "epochemachenden" Philosophie Oswald Spenglers. Im übrigen ist Leonard Nelson ein Denker, dessen hoher Rang von niemandem bestritten werden kann. Dieser Mann hatte sich der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Aber der Parteivorstand hat ihm und seinen Anhängern das Verbleiben innerhalb der Organisation untersagt. Die auffällige Tatsache findet allerdings ihre Erklärung in einem Verhalten Nelsons, dessen negative Bewertung von seiten einer demokratischen Partei jedem Zweifel entzogen ist. Nelson ist Gegner der Demokratie, und die geradezu grotesk autokratische Organisation des von ihm begründeten (übrigens sehr rührigen und zuverlässig "links" stehenden) Internationalen Jugendbundes ist mit den Prinzipien der Partei nicht vereinbar. Hier mußte Wandel geschaffen werden. Hier konnte aber auch sehr leicht Wandel geschaffen werden. Die Änderung des sonderbaren Statuts hätte man ohne die rigorose Maßnahme des Hinauswurfs erreichen können. Am schlimmsten aber war die *Art* des Vorgehens gegen Nelson. Wer den genauen Bericht der Sitzung des Parteivorstandes vom 2. November 1925, in der gegen Nelson verhandelt wurde, gelesen hat, kann über die Art und Weise, in der hier, indirekt, gegen einen Menschen von unbezweifelbarer Wahrhaftigkeit der Vorwurf eines grob unwahrhaftigen Verhaltens erhoben wird, nur empört sein. Hier kann nur Animosität vorliegen. Aber weshalb will man die Intellektuellen mit Absicht von der Partei zurückschrecken?

In Wahrheit sollte man gerade alles tun, um Männer wie Nelson in der Partei zu behalten. Nicht *obwohl*, sondern *weil* er ein Eigenbrötler ist. Denn nur von ganz selbständigen Denkern kann sich die offizielle Parteiphilosophie die Kritik erhoffen, deren sie dringend bedarf. Gewiß ist Siegfried Marck im Recht, wenn er Nelson Mangel an soziologischem Verständnis vorwirft. Aber er übersieht, daß es zurzeit auch noch, und vielleicht ganz besonders, auf andere Dinge ankommt: auf die kritische Herausarbeitung der ethischen und allgemein philosophischen (erkenntnistheoretischen) Grundlagen der sozialistischen Denkweise. Und hier haben originelle Köpfe wie Nelson, auch wenn sie irren, sicherlich einige, nein sie haben die allergrößte Bedeutung. Denn sie schaffen Leben und Bewegung, sie können die Gefahr beschwören, die die Philosophie des Sozialismus bedroht: die dogmatische Erstarrung.



OTTO KARUTZ · WOHNSIEDELUNG

BEREITS in der Vorkriegszeit gab es in Deutschland ein Wohnungsproblem. In den Städten hatte die Wohnungserstellung mit dem schnellen Fortschreiten der industriellen Entwicklung und der damit verbundenen Bevölkerungsverdichtung oft nicht Schritt gehalten. Die Folge war, daß auf den einzelnen Menschen ein immer kleinerer Wohnraum entfiel, der zudem, in licht- und luftlosen Mietskasernen gelegen, den direkten Zusammenhang des Menschen mit der Kraftquelle Grund und Boden aufhob. Die Kriegszeit besserte natürlich nichts an diesen Verhältnissen. Sie bewirkte indessen, daß immer weiteren Kreisen Verständnis für die Wohnungsfrage beigebracht wurde, so daß neben der ländlichen auch die städtische Siedelungsbewegung stärker und stärker anwuchs. Hatten vor dem Krieg nur die Bodenreformer, die Wohnungsreformer und die Gartenstadtfreunde die Gefahren einer Wohnungsunwirtschaft klar erkannt, so schufen die Kriegs- und besonders die Nachkriegszeit hier gründlich Wandel.

3 Umstände verhinderten allerdings zunächst eine praktische Auswirkung dieser innern Entwicklung des deutschen Volkes: der nach dem Krieg herrschende Mangel an Baumaterialien, ein gewisser Mangel an Bauarbeitern und endlich die Unrentabilität des Wohnungsbaus infolge niedriger Mieten. Die beiden ersten Hindernisse wurden mit der Zeit ohne besondere öffentliche Maßnahmen überwunden, das letzte suchte man durch eine planmäßige Wohnungspolitik des Reiches und der Länder auszuschalten. Diese Wohnungspolitik wurde in der Überlegung begonnen, daß einerseits selbst bei hohen Mieten der Verlust des früher der Wohnungsbaufinanzierung offenstehenden Kapitalfonds eine genügende Belegung des Baumarkts unmöglich machte, es andererseits aber gerade wegen der niedrigen Mieten möglich war mittels Belastung des vorhandenen, planmäßig bewirtschafteten Wohnraums durch die öffentliche Hand neue Geldquellen für eine geregelte Bautätigkeit, also eine Wohnungsbaupolitik, zu erschließen. Die Zeit der stärksten Inflation und die der Deflation brachten indessen auch dieser Art Wohnungspolitik starke Hemmungen.

Den Wirkungsgrad aller eben berührten Hemmnisse kann man deutlich aus der folgenden Übersicht über die in Deutschland 1919 bis 1924 neu erstellten Wohnungen¹ erkennen.

Jahr	Zugang	Abgang	Reinzugang
1919	60 861	4 147	56 714
1920	108 307	5 215	103 092
1921	141 498	7 275	134 223
1922	154 970	8 355	146 615
1923	125 940	7 607	118 333
1924	115 376	8 847	106 529

Im Jahr 1925 betrug der Wohnungsreinzugang 109 501, so daß man für die Zeit von 1919 bis 1925 mit rund 780 000 Wohnungen als Reinzugang rechnen kann. Der Zugang für 1926 steht noch nicht fest, dürfte den von 1925 jedoch bestimmt übertreffen.

¹) Siehe hierzu *Krüger Wohnungsnot und staatliche Wohnungsbaupolitik*, in den Blättern des Deutschen Roten Kreuzes 1926 Seite 26 und folgende.

Die Wohnungsbaupolitik ist aber nur ein Teil der Wohnungspolitik. Zu dieser gehört bereits die Planbewirtschaftung des vorhandenen alten Wohnraums. Daneben hat sie den Ursachen der Wohnungsnot nachzugehen und muß suchen sie zu beseitigen. Selbst wenn man den gesamten Fehlbestand von heute, etwa 1 bis 1,2 Millionen Wohnungen, ausglich, herrschte trotzdem mindestens im Umfang des jährlichen Zuzugs ländlicher Familien in die Stadt Wohnungsmangel. Man muß also diesen Zustrom, der recht erheblich ist,² abzuschneiden suchen. Hierzu hilft neben bäuerlicher Siedlungsarbeit eine Ausdehnung der Wohnungsbaupolitik auch auf ländliche Bezirke. In dieser Erkenntnis dürfen Reich und Länder bei der Wohnungspolitik den Landarbeiterwohnungsbau nicht außer acht lassen. Schließlich muß eine rechte Wohnungspolitik die Voraussetzungen für eine großzügige Baupolitik schaffen, indem sie Hemmungen im geltenden Bodenrecht beseitigt und womöglich dessen Charakter allmählich überhaupt verändert.

Die deutsche Wohnungspolitik seit 1918 muß als Politik der Wohnsiedelung bezeichnet werden, weil sie bewußt neben dem rein wohnungswirtschaftlichen Moment das gesellschaftliche berücksichtigt und mit der Beseitigung des Wohnungselends gleichzeitig die Wiederverbindung des städtischen Menschen mit dem Heimatboden erstrebt. Mittel dazu ist ihr das Eigenheim, dessen Form nur das Kleinhaus sein kann, der Siedlungsbau. So heißt deutsche Wohnungspolitik zurzeit Wohnsiedelung.



EINE große Rolle spielt in der Wohnsiedelung die Bodenfrage. Vor dem Krieg gab es nur wenige Kommunen, die in Erkenntnis ihrer besonderen Aufgaben auf den Gebieten der Wohnungs- und Bodenpolitik vermittelt richtiger Stadtplanung, weitgehender Herabzonung und eventuell großzügiger Bodenvorratswirtschaft die Bodenpreise niedrig hielten und so der Wohnsiedelung vorarbeiteten, sie gar auf billigem Grund und Boden selbst betrieben. Im Gegenteil hat man oft mit gänzlich veralteten Bebauungsplänen usw. unbewußt alles für eine kräftige Steigerung der Bodenpreise und damit für die Verewigung von Wohnungsnot und Wohnungsunkultur getan. Mit Kriegsende und dem Zusammenbruch von 1918 wurde es auch hier anders.

Die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919, in der Neufassung vom 9. Dezember 1919 heute noch gültig, war ein erster Schritt auf dem Weg zur planmäßigen Wohnsiedlungsarbeit des Reichs. Unter den besonderen Verhältnissen der Nachkriegszeit entstanden, bringt sie tief in den bisherigen Rechtszustand am Boden einschneidende Bestimmungen. Sie schreibt die Einsetzung von Bezirkswohnungskommissaren durch die Länder vor; in Preußen sind hierzu die Regierungspräsidenten bestellt. Wo für Klein- und Mittelwohnungen Bau- und Gartenland in passender Lage und zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung steht, können die Bezirkswohnungskommissare geeignete Grundstücke ohne besonderes Verfahren durch formlosen Bescheid an den Eigentümer enteignen. Gegen den Bescheid des Bezirkswohnungskommissars gibt es keine Rechtsmittel, nur gegen die Entschädigungsfestsetzung kann Einspruch bei einer endgültig entscheidenden Berufsbehörde, in Preußen dem jeweiligen Bezirksausschuß in besonderer Zusammensetzung, eingelegt werden. Auf An-

2) Noch nach dem Krieg, 1919 bis 1925, gingen der ländlichen Bevölkerung Deutschlands 2% der Gesamtbevölkerung an die Stadt verloren.

trag des Eigentümers kann an Stelle der Enteignung die Belastung des fraglichen Grundstücks mit einem Erbbaurecht ausgesprochen werden; der Erbbauvertrag wird in dem Fall vom Bezirkswohnungskommissar festgesetzt. Schließlich kann der Bezirkswohnungskommissar im Interesse der Wohnsiedelung Befreiung von landesgesetzlichen Vorschriften, Verordnungen, Ortsstatuten und Bauordnungen eintreten lassen, für Genehmigungsverfahren Fristen festsetzen, nach deren ergebnislosem Ablauf selbst Genehmigungen erteilen, Gebühren erlassen und anderes mehr. Die Bestimmungen über Baustoffwirtschaft, Bautenzwangsdurchführung usw. sind heute gegenstandslos, die erstbehandelten müssen dagegen, besonders auch in ländlichen Bezirken, noch oft angewandt werden. Verfahrensrechtlich haben die preußischen Ausführungsbestimmungen von 1920 und 1925 die Verordnung ergänzt. Der Erleichterung der Baulandbeschaffung diente auch die Neuregelung der Erbbaurechtsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch die Erbbaurechtsverordnung vom 15. Januar 1919. Wichtig sind darin die Bestimmungen über Erbbauzins, die Bauwerksentschädigung und die Möglichkeit der hypothekarischen Belastung des Erbbaurechts, Bestimmungen, die das Erbbaurecht für die Praxis brauchbarer als bis dahin machten.

Alle mit der Wohnsiedelung und dem Städtebau zusammenhängenden Rechtsfragen will Preußen in einem Städtebaugesetz regeln, dessen Entwurf dem Landtag vorliegt. Der Entwurf will unter modernen Gesichtspunkten die Bestimmungen des Baufluchtliniengesetzes von 1875 und des Wohnungsgesetzes von 1918 zusammenfassen. Flächenaufteilungspläne sollen eine gesunde Stadtentwicklung gewährleisten, ein Baustufenplan soll die Bauordnungen ergänzen, eine Erweiterung der bisherigen Fluchtlinienbestimmungen die Städteplanung erleichtern. Gemeindegrenzen sollen keine Hindernisse für die Planungsarbeit sein dürfen, vielmehr soll, nötigenfalls auf höhere behördliche Anordnung hin, in derartigen Fällen an die Stelle der Städte- die Landesplanung treten. Zur Sicherung der Durchführung der Flächenaufteilungspläne ist ein weitgehendes Enteignungsrecht der Gemeinden vorgesehen, vor allem auch für Wohnsiedelungs- und Industrieansetzungszwecke. Das städtische Umlegungsrecht soll generell geregelt werden. Schließlich werden die bisherigen Bestimmungen über Landschafts- und Ortschaftsverunstaltung vereinheitlicht und verschärft.

Der vielfach behandelte und heißumstrittene sogenannte Bodenreformgesetz-entwurf des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium hat zunächst keine direkte praktische Bedeutung. Die in ihm ausgesprochene Forderung einer Verpflichtung städtischer Gemeinden zu Bodenvorratswirtschaft ist sehr zu begrüßen; als Mittel für diese Politik sind das vorgesehene Ankaufsrecht und die Enteignungsberechtigung unter Zugrundelegen des Steuerwerts für die Entschädigung sehr wertvoll. Doch wird der Entwurf trotz der Abstimmung vom 6. Mai 1926 im Reichstag in der nächsten Zukunft schwerlich durchzubringen sein.

BESONDERE Erwartungen für die Wohnsiedelung hatten sich in Deutschland an das Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920 geknüpft, Erwartungen, die vor allem durch die Kriegerheimstättenbewegung geweckt worden waren. Leider sind sie bisher enttäuscht worden. Das hat 2 Gründe. Einmal hat das Reichsheimstättengesetz nur eine neue Rechtsform des Grundeigentums, die

Reichsheimstätte, geschaffen und die Baulandbeschaffung und Finanzierung der Heimstättensiedelung völlig offen gelassen, dann aber ist die neue Grundeigentumsform bisher größten behördlichen Widerständen ausgesetzt gewesen, so daß auch darum der Reiz zur Begründung von Reichsheimstätten verloren ging. Preußen hat zum Beispiel nur wenige Heimstätten aufzuweisen, ebenso die meisten anderen Länder; einzig Sachsen und Braunschweig haben bisher das neue Rechtsinstitut in größerem Umfang der Wohnsiedelung nutzbar gemacht.

Reichsheimstätte ist ein Grundstück, das auf Grund der Bestimmungen des Reichsheimstättengesetzes von einem zugelassenen Ausgeber begründet und im Grundbuch mit dem Heimstättenvermerk belastet ist, dafür aber den besondern gesetzlichen Heimstättenschutz genießt. So ist die Zwangsvollstreckung in eine Heimstätte wegen einer persönlichen Schuld des Heimstätters in der Regel unmöglich; nur eine vor Erwerb der Heimstätte begründete Schuld des Heimstätters kann eventuell 6 Jahre nach Erwerb der Heimstätte zu deren Zwangsversteigerung führen. Alle zur Begründung und Vergrößerung von Heimstätten erforderlichen Geschäfte und Verhandlungen sind gebühren-, stempel- und steuerfrei; mindestens zur Hälfte sind sie es bei Übertragung einer Heimstätte an nahe Verwandte unter Lebenden oder von Todes wegen. Die Belastung der Heimstätte besteht in Teilungs- und Veräußerungsbeschränkungen, in einem Vorkaufsrecht und Heimfallsanspruch des Heimstättenausgebers und in Belastungsbeschränkungen. Unter gewissen Voraussetzungen können auch Erbbauheimstätten gebildet werden.

Die Ausführungsgesetze und Ausführungsbestimmungen der Länder haben die Anwendung des Reichsheimstättengesetzes erleichtert, indem sie es verfahrensrechtlich ergänzten und materiell verschiedentlich schärfer faßten. Die wichtige Finanzierungsfrage haben sie ebenfalls offengelassen und so eine weitergehende Anwendung des Gesetzes zunächst nicht möglich gemacht. Die Beamtensiedelungsgesetze haben für ihr Sondergebiet darin einiges geändert, jedoch die allgemeine Verbreitung der Reichsheimstätten ist nicht gefördert worden.

Viel zu wenig wird ein finanziell ins Gewicht fallender weiterer Vorteil des Heimstättenrechts beachtet: die Möglichkeit einer Befreiung von Straßenbau- und Straßenunterhaltungsleistungen, ebenso vom Zwang zu Licht-, Kraft-, Wasser- und sonstigen Anlagen, sofern die Heimstätte in einem durch Ortsatzung abgegrenzten Heimstättengebiet liegt. Das müßte eigentlich jeden Kommunalpolitiker zur möglichst schnellen Abgrenzung umfangreicher Heimstättengebiete veranlassen, wobei man die Ersparnisse in der Wohnsiedelung mit einem Zwang zur Heimstättenbildung verbände.



N den bisher besprochenen Gesetzen ist verschiedentlich von »Klein- und Mittelwohnungen« die Rede. Man versteht darunter Wohnungen mit einer Wohnfläche bis zu etwa 80 Quadratmeter. Sie können in zweierlei Form hergestellt werden: als Kleinhaus in Form des Einzel-, Doppel- oder Reihenhauses oder im Stockwerks-, also Hochhaus. Allgemein fordert man heute den Flachbau und das Einfamilienhaus mit Garten, selbst wenn eventuell mehr Kapital für die einzelne Wohnung aufgewandt werden müßte als im Hochbau. Ist man aus besonderen Gründen im Einzelfall, besonders in industriellen Übergangsgebieten, zum Stockwerkbau gezwungen, so will man nur Randbebauung

zugelassen sehen, die den gesamten Innenraum des Baublocks für Gartenanlagen, für Licht- und Sonnenzufuhr freiläßt. Das Wiener Beispiel des 7- bis 8stöckigen Hochhauses wurde auf dem Internationalen Kongreß für Wohnungs- und Städtebau in Wien Mitte September 1926 lebhaft umstritten. Heute scheint Wien wieder zum Flach- und Eigenheimbau überzugehen.

Qualitativ muß in der Wohnsiedelung natürlich das Beste geboten werden, was jedoch nicht hindert im Interesse der Verbilligung der Wohnungen möglichst einfach und möglichst klein bei größter Geräumigkeit, angepaßt den Bedürfnissen und Verhältnissen junger Arbeiter- und Mittelstandsfamilien, zu bauen. Wie weit das heute schon erreicht ist, zeigen alle Veröffentlichungen der Wohnungsfürsorgegesellschaften, der wichtigsten Träger der Wohnsiedelungsarbeit.³ Die Ausgestaltung der Wohnung erstreckt sich nicht nur auf die Grundrißanlage und die äußere Form, sie greift vielmehr mit Farbe und Formung auch in die innere Raumgestaltung ein, ein Mittel die Siedler zu Geschmacks- und Wohnkultur zu erziehen. Diese Arbeit wird von der Arbeit der Wohngestaltungskünstler und Möbeltischler ergänzt, die für den Bau auch das passende billige Möbel schaffen.



AS Wichtigste in der Wohnsiedelung ist die Baufinanzierung. Vor dem Krieg wurde der Wohnungsbau mit den Mitteln der Hypothekenbanken, Sparkassen, Versicherungsanstalten aller Art und privater Geldgeber finanziert. Alle diese Quellen versiegten durch Krieg und Inflation. Die öffentliche Hand mußte hilfreich eingreifen, um die Bautätigkeit wieder in Gang zu bringen.

Von Ende 1918 bis in die Hochinflation 1923 wandte man das System der Reichs- beziehungsweise Landes- und Gemeindedarlehen für die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus an. Sie wurden zur Abdeckung der unrentierlichen Baukosten bei Flachbauten bis zu 3 Stockwerken an jeden öffentlichen wie privaten Unternehmer gegeben. Zinsen wurden nicht erhoben, auch eine Rückzahlung war zunächst nicht vorgesehen, außer für den Fall, daß später die Mieten stiegen. Die Mängel dieses Verfahrens wurden mit zunehmender Inflation immer offener, denn es gelang immer weniger die Beihilfen den steigenden Papiermarkpreisen anzupassen. Die nötigen Mittel wurden teils durch die Notenpresse, teils durch eine 1921 eingeführte, in Prozenten der Friedensmiete von den Altwohnungsinhabern erhobene Sondersteuer, die Wohnungsbauabgabe, aufgebracht; sie sollte die Unterschiede zwischen Altwohnungs- und Neubaumieten ausgleichen und so dem Staat aus der Wohnungswirtschaft selbst die Mittel für eine planmäßige Baupolitik verschaffen. Für Sonderaufgaben, wie den Bau von Bergmanns-, Landarbeiter- und Beamtenwohnungen, wurden aus einer Kohlenbauabgabe, aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge und aus besonderen Etatsmitteln Gelder bereitgestellt.

Die Stabilisierung der deutschen Währung zwang zu Beginn des Jahres 1924 zu einer Formenänderung der finanziellen Stützung der Wohnsiedelung. Die 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 entschuldete den Grundbesitz recht erheblich durch die Aufwertung der Hypotheken auf nur 15 %

³) Besonders sei hier auf die Zeitschriften *Schlesisches Heim* und *Westfälisches Wohnungsblatt* hingewiesen, deren Studium nicht dringend genug empfohlen werden kann. Die *Westfälische Heimatstätte*, die das *Westfälische Wohnungsblatt* herausgibt, hat auch eine ausgezeichnete illustrierte Broschüre *Heimatstättenarbeit in Westfalen /Münster 1925/* erscheinen lassen, die einen selten guten Überblick über Ziele und Wege deutscher Wohnsiedelungsarbeit gibt.

ihres Goldbetrags. Zum Ausgleich wurde den Ländern die Ermächtigung gegeben von den entschuldeten Grundstücken eine besondere Steuer zu erheben, die auf die Mieter umgelegt werden kann. Der Grundgedanke der Wohnungsbaubgabe ist damit beibehalten worden; nur soll im Gegensatz zum frühern Zustand grundsätzlich diese Abgabe (in Preußen Hauszinssteuer genannt) dem allgemeinen Finanzbedarf der Länder und Gemeinden dienen.⁴ Mindestens 10 % des Reinaufkommens aus Altwohnungen sind indessen für die Förderung des Wohnungsbaus zu verwenden, dazu der Gesamtertrag aus Zuschußbauten, das heißt denen, die nach 1918 mit den oben behandelten öffentlichen Beihilfen errichtet sind. Im Finanzausgleich vom 10. August 1925 wurde der für den Wohnungsbau bestimmte Pflichtbetrag für 2 Jahre auf 15 bis 20 % der Vorkriegsmiete erhöht. Im Durchschnitt haben die Länder aber alle bisher mehr als den Pflichtbetrag zur Wohnsiedlungsförderung aufgewandt. Die Hauszinssteuer wird, soweit ihr Aufkommen Wohnungsbauzwecken dient, zur Ausgabe von Hypotheken für Wohnungsneubauten verwandt, wobei etwa die gleichen Voraussetzungen wie früher für die Gewährung von Landesdarlehen gelten. Einen Teil der für die Wohnsiedlung nötigen Gelder muß der Bauherr selbst aufbringen, aus eigenen Mitteln oder im Weg des normalen Realkredits. Der Durchschnittssatz des in Preußen zu gewährenden Hauszinssteuerbetrags für die Einzelwohnung beträgt 4000 Mark, der Höchstsatz, der nur in Orten mit besonders hohen Baukosten überschritten werden darf, 5000 Mark. Innerhalb dieser Sätze durften 1924 noch 90 % der Boden- und Baukosten oder 100 % der reinen Baukosten erreicht werden, seit dem 22. April 1925 sind es dagegen nur noch 60 beziehungsweise $66\frac{2}{3}$ %. Verzinslich sind die Hypotheken in Preußen mit 1 bis 3 %, tilgbar mit 1 % jährlich. Außerdem sind wieder besondere Mittel für Arbeitgeberdarlehen an Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs und der Länder flüssig gemacht, weitere Mittel für die Ansiedlung abgebauter Beamten und aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge solche für den Landarbeiterwohnungsbau.

Für 1926 waren vom Reich den Ländern 200 Millionen Mark für Zwischenkredite auf 1. Hypotheken zur Verfügung gestellt. Die Gelder wurden zu Selbstkosten an bestehende Hypothekenbanken und Kreditanstalten weitergeleitet, deren Ruf die Gewähr für die richtige Verwendung gab, die Verwendung ist auch noch von den Ländern zu überwachen. Die Zwischenkredite dürfen nach den Richtlinien des Reichsarbeitsministers für die Förderung des Wohnungsbaus vom 28. März 1926 wie die Hauszinssteuerhypotheken nur für einfache, ohne jeden Luxus aufzuführende Bauten gewährt werden.

Mittel des freien Geldmarkts sind dem Wohnungsbau nach dem Krieg nur in geringem Umfang zugeflossen. Der ganze Kreis jener Sozial- und Erwerbsunternehmungen, die vor dem Krieg ihre Gelder im Weg des Realkredits unterbrachten, spielt kaum eine Rolle mehr auf diesem Markt. Während vor 1914 jährlich etwa 1 Milliarde diesen Geldquellen für 1. Hypotheken bei Neubauten entnommen werden konnte, waren es nach Schätzungen Otto Kämpers 1925 nur etwa 260 Millionen Mark. Auch die besonders für die Finanzierung des Kleinwohnungsbaus gegründeten Anstalten (Deutsche Wohnstättenbank, Preußische Landespfandbriefanstalt, Heimbank) konnten nennenswerte Realkreditmittel noch nicht bereitstellen.

⁴) Das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 mit seiner Erhöhung der Hypothekenaufwertung auf 25% hat an dem Prinzip der Entschuldungsbesteuerung nichts geändert.

Beachtlich sind verschiedene Versuche die deutsche Sparkraft in den Dienst der Wohnsiedelung zu stellen. 2 Wege hat man hierbei beschritten: den der allgemeinen Sammlung von Sparbeträgen für den Wohnungsbau und den des Zwecksparens. Im letzten Fall zahlt der Baulustige regelmäßig seinen Spargroschen an die Kasse, die sich ihrerseits verpflichtet bei Ansammlung eines bestimmten Kapitals zu der ersparten Summe einen bestimmten Betrag als Neubauhypothek zuzulegen. Hier und dort werden die Inhaber von solchen Bausparkonten weiter unterstützt, indem ihnen der Kommunalverband besonders billige Baustoffe vermittelt. Der erstgenannte Weg ist schwieriger. Er ist auf Anregung von Bodenreformkreisen zuerst in Lüneburg, später auch in einer ganzen Reihe anderer Orte beschritten worden, der Weg der sogenannten Notgemeinschaft. Die Notgemeinschaften veranlassen einen möglichst umfangreichen Personenkreis regelmäßig kleinere Beträge bei ihnen zu sparen und für längere Zeit fest stehen zu lassen. Dadurch kommen erhebliche Summen zusammen, die durch Vermittlung der Sparkassen als 2. Hypotheken den Wohnsiedlern zugeführt werden. Beide Wege müßten weit mehr als bisher nutzbar gemacht werden.

SOWEIT die Wohnsiedelung einer gesetzlichen Regelung bedarf, genügen die bestehenden Gesetze zusammen mit den oben mitbehandelten beiden Entwürfen vollständig. Hier und da könnten Verbesserungen vorgenommen werden, so im Heimstättenrecht bei den Erbbauheimstätten und den Erbfolgebestimmungen, aber sie fallen nicht sehr ins Gewicht. Der Kernpunkt der Wohnsiedelung ist heute und bleibt fürs nächste Jahrzehnt die Finanzierungsfrage. Außerdem sind die Rationalisierungsmöglichkeiten im Kleinwohnungsbau zu beachten.

Teilweise hat man bereits begonnen sich im Bauverfahren die Rationalisierung zunutze zu machen. Zum Beispiel läßt die Landessiedelungsgesellschaft Sächsisches Heim ihre Typenreihenhaussiedelungen im Gußverfahren herstellen. Andere Unternehmer wenden Plattenbauweisen an. Besondere Bedeutung wird ein neues Schnellbauverfahren der Aktiengesellschaft Philipp Holzmann gewinnen, das in diesem Jahr probeweise angewandt wurde und sich sehr bewährt hat. Rationalisierung durch Normung der Holzbauteile ist schon überall bei den Wohnsiedelungsträgern erreicht. Eine noch weitergehende Vereinheitlichung gewisser Normen wird von den Architekten erstrebt; sie ist vom Standpunkt der Allgemeinheit sehr erwünscht. Der Typenbau hat sich so gut eingebürgert, daß sich gegen ihn nur selten noch eine Stimme erhebt.

Einmütigkeit herrscht meist auch über die Notwendigkeit einer weiteren öffentlichen Finanzierung der Wohnsiedelung. Die wenigen dagegen opponierenden Interessenten sind nicht so stark, daß sie wirksam gegen die bisherige Wohnungsbaupolitik angehen könnten. Voraussetzung für die weitere öffentliche Finanzierung der Wohnsiedelung ist die Erhaltung der Hauszinssteuer. Auch die kommunalen Spitzenverbände, die einerseits das größte Interesse an Steuererleichterungen und andererseits an vermehrtem Wohnungsbau haben, stellten kürzlich in einer Denkschrift diese Voraussetzung mit aller Schärfe fest. Eine möglichst vollständige Verwendung des gesamten Hauszinssteueraufkommens für Wohnbauzwecke, wie es seit langem die Gewerkschaften fordern, ist sehr erwünscht; wird diese Forderung sich auch heute noch nicht verwirklichen lassen, als Ziel muß sie unbedingt

anerkannt werden. Beachtlich ist der Vorschlag den zukünftigen Ertrag der Hauszinssteuer im Weg der Anleihe vorwegzunehmen und mit den so gewonnenen Mitteln schleunigst ein großes Bauprogramm durchzuführen, das vor allem die brennendste Wohnungsnot beseitigt; in späteren Jahren bliebe nur der Wohnungsabgang zu ersetzen und der jeweilige Normalwohnungsbedarf zu decken. Einen andern Vorschlag; einen Teil der Hauszinssteuer zur Zinsverbilligung bei Geldern aus dem freien Markt zu verwenden, kann man nicht vertreten. Es ist einmal nicht sicher, daß dadurch der private Hypothekenmarkt heute wesentlich belebt würde, dann aber gingen hierbei die aufgewandten öffentlichen Mittel verloren, während sie bei direkter Zuführung an die Wohnsiedelung über die Hauszinssteuerhypotheken später dem Staat einen Fonds geben, der in Krisenzeiten zum Beispiel für eine planmäßige Arbeitsbeschaffungspolitik verwandt werden kann.

Auf keinen Fall darf aber in Zukunft wieder der Fall eintreten, daß die öffentliche Hand mit ihren Finanzierungsaktionen für die Wohnsiedelung zu spät kommt, wie es 1924, 1925 und auch 1926 der Fall war. Hier muß ebenfalls rationalisiert werden. Schon jetzt müssen die Summen flüssig gemacht werden, die in der Bauperiode 1927 als Zwischenkredite und Dauerhypotheken der Wohnsiedelung zugeführt werden sollen. Die Bauunternehmer müssen sofort zur Antragstellung auf Zwischenkredit und Hauszinssteuerhypotheken für das kommende Baujahr gebracht werden, so daß die Bewilligungen noch vor dem Frühjahr herauskommen, und dann auch sofort mit der Bauarbeit begonnen werden kann. Erreichen läßt sich das Ziel mit einem festen Wohnungsbauprogramm für ein oder mehrere Jahre. In der Presse und in Fachzeitschriften haben sich vor allem Hans Krüger und Hermann Meyer warm für diesen Gedanken eingesetzt; sie wiesen auf das ermutigende Beispiel des von der Arbeiterregierung geschaffenen englischen Wohnungsbauprogramms hin. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Preußens hat auch letzthin einen dahingehenden Wohnsiedelungsantrag eingebracht. Neuerdings sind dann die freien Gewerkschaften mit einem Programm hervorgetreten, das im Vorwärts vom 3. November 1926 veröffentlicht wurde und vom Reich und von den Ländern wie von der Öffentlichkeit aufgegriffen zu werden verdient. Nun vorwärts zu Taten!

ANNA SIEMSEN · UNSERE · SCHULLESEBÜCHER

KEIN Zweifel, daß das Schullesebuch die am heftigsten befahdete Erscheinung unseres Schullebens ist. Aber wie alle unsere Schulkämpfe geht der Streit fast ausschließlich in Fachkreisen hin und her. Die Öffentlichkeit bewahrt dergleichen Fragen gegenüber eine gelangweilte Apathie: Laß sie sich schon streiten; mich geht's ja, Gott sei Dank, nichts an. Es geht uns aber, soweit wir uns überhaupt für allgemeine Fragen interessieren, sehr an. Wie jede kulturelle Erscheinung ist unsere Schullektüre Symptom sowohl wie Ursache unseres gesellschaftlichen Zustands; in Deutschland speziell jener spezifischen Untertanengesinnung, die scheu an allen Problemen vorbeigleitet, Politik als etwas Unanständiges perhorresziert und infolge der Unbildung, die aus dieser Gemütsverfassung resultiert, auf jeden großen Schwindel hereinfällt.

Die Verfasser unserer älteren Lesebücher haben sich auf eine ganz anständige, wenn auch etwas spießbürgerliche Weise bemüht die Kinder in das ein-

zuföhren, was ihnen als das Leben erschien. Ich erinnere mich eines alten Oldenburger Lesebuchs, das das Entzücken meiner Kinderjahre war, schon damals ein gutes Vierteljahrhundert "veraltet", jetzt längst vergessen. Es war für bürgerliche und seeanwohnende Menschen geschaffen, und ich danke ihm meine Freundschaft für Pestalozzi, Hebel, Forster und eine ganz lebendige Anschauung von norddeutschem Bauernland. Unsere Bücher waren schon bedeutend "dünner" geworden, äußerlich wie innerlich. Zunächst hatte man in den achtziger Jahren bereits die geistige Kost säuberlich nach Klassen abgeteilt. Die Folge war, daß ein einigermaßen lebendiges Kind sein Lesebuch in den 14 ersten Schultagen durchschmarutzte und sich danach zum Sterben daran langweilte, während die apathischeren Kinder im ganzen Jahr dem Buch fremd gegenüberstanden und es mit der absolvierten Klasse schnellstens vergaßen. Inhaltlich tauchte in jener Zeit der ad hoc gemachte Patriotismus kriegerisch-byzantinischer Färbung auf, mit ihm eine recht verwässerte Romantik. Diese Epoche ist der heutigen Generation noch vertraut. Sie umfaßt, was der Durchschnittgebildete unter einem Lesebuch versteht und gelangweilt belächelt.

Es sind jetzt rund 30 Jahre her, seit von Hamburg der Sturm gegen dieses Lesebuch und die gesamte damalige Jugendschriftstellerei begonnen und dann mit steigendem Erfolg geführt wurde.¹ Was war das Ergebnis?

Der Kampf wurde von Anfang an unter "künstlerischen" Gesichtspunkten geführt: Das Beste für die Kinder, kein Surrogat, keine ad hoc geschriebenen moralinsuren Schriften, Auswahl aus dem gesamten deutschen Schriftschatz, um das Kindgemäße daraus den Kindern zu erschließen. Das waren eigentlich lauter unangreifbare Forderungen, und sie haben sich auch so einigermaßen durchgesetzt, wobei sich freilich das alte Wort bewahrheitete, daß über Geschmack schwer zu streiten ist, daß es allgemein anwendbare ästhetische Wertmaßstäbe noch nicht gibt, und daß man sicher geht, nur wenn man auf die anerkannten, das heißt die bereits älteren Dichter zurückgreift. Eine immer größere Rolle aber spielte bei diesem Ausleseverfahren der Grundsatz der Kindgemäßheit. Das Kind, argumentierte man, hat andere Anschauungs-, Erlebnis- und Ausdrucksformen als der Erwachsene. Im Kind wiederholt sich die menschheitliche Kulturentwickelung (Phylogenese innerhalb der Ontogenese), darum entspricht dem Kindesalter das Märchen, dem Knaben- und Mädchenalter die Heldensage und das Abenteuer, und Lesebücher wie Jugendlektüre haben sich darauf einzustellen. Allmählich sind alle Fachkreise von diesen Gedanken erobert worden. Unsere Jugendschriftenverzeichnisse sind dessen Zeugnis, ebenso die Lesebücher und Schulausgaben. Neben der ausgesprochenen Kindergeschichte überwiegt durchaus märchenhaft oder sagenhaft verfärbtes, romantisches Mittelalter, daneben Exotismus.² Da die Schulbücher sich äußerlich sehr stark modernisiert haben, in hübscher Ausstattung, als Lesehefte, die der

1) Siehe dazu die recht materialreiche und für die Stellung der beteiligten Kreise äußerst charakteristische Schrift *Fronemanns Das Erbe Wolgasts* (Langensalza 1927).

2) Mir liegen zum Beispiel die Lesebogen des schulreformerischen Verlags Beltz in Langensalza vor, der sonst recht Gutes herausgegeben hat. Er bringt als geographische Lesestücke in der ganzen reichen Auswahl ausschließlich asiatisch-afrikanische und Südseereisebeschreibungen. Ein Heft befaßt sich mit dem »Segen der Arbeit«, enthält aber nur Märchen, Schwänke und Gedichte, die sich auf mittelalterliche, bäuerliche oder kleinstädtische Verhältnisse beziehen. Dagegen sind 7 Bogen dem Krieg gewidmet. Daß es außer den Deutschen noch andere Kulturvölker gibt, wird den Lesern dieser Bogen nur dann vor Augen geführt, wenn es sich darum dreht diese anderen Völker zu töten. Diese Bogen sind keine Ausnahm-

Lehrer frei wählen kann, oder als Sonderausgaben selbständiger Dichtungen erscheinen, so werden sehr weite Kreise über ihren völlig gegenwartfremden, ja gegenwartfeindlichen Charakter hinweggetäuscht.

Diese Ablehnung der Gegenwart ist bei der Lehrerschaft zum großen Teil sicherlich unbewußt. Der methodische Grundsatz, daß man an die gegebene Anschauung anzuknüpfen habe, ist ihnen so sehr geläufig, daß immer wieder Versuche gemacht werden von der Heimat, von Kindererlebnissen auszugehen, soweit das möglich ist, ohne Probleme, Gegensätze, Ungerechtigkeiten anzurühren. Hier zeigt sich die schwache Stelle der ganzen Lesebuchfrage. Lebensnähe ist heute nicht möglich, wenn man die Klassengegensätze, die wirtschaftlichen Nöte, die gesellschaftlichen Kämpfe unserer Zeit verschleiert und umgeht. Da alle diese Dinge aber politisch verdächtig sind, erhalten alle unsere Jugendschriften und Lesebücher etwas merkwürdig Unwirkliches, Unzeitgemäßes. Selbst diejenigen, die etwas von Gegenwartsarbeit und Arbeitsschicksal erzählen, tun das in einer Art, als ob es sich um ein Märchen oder Abenteuer handelte. Die ganze reiche Literatur unserer Zeit, die in Lebensbeschreibungen, Erzählungen, Abhandlungen die wirtschaftlichen und damit die gesellschaftlichen Probleme den Kindern in einer ihnen durchaus faßlichen Art nahebringen könnte, scheint für sie nicht zu existieren. Denn alles, was über unbestimmte Stimmung und etwas sentimentales Mitgefühl hinausgeht, das gilt den Fachkreisen und erst recht den Behörden als politisch. Mit Ausnahme natürlich der "nationalen Belange".

Das ist wohl das traurigste Kapitel unserer Lesebuchfrage, mit welcher Selbstverständlichkeit den Kindern, die sonst angeblich zu jung sind, um die schweren Fragen und Kämpfe der Wirklichkeit kennen zu lernen, gegenseitiges Töten und Rauben als ein angenehmer Sport und die natürlichste Sache von der Welt dargestellt wird. Schon unsere Heldensagen besorgen das zur Genüge, die waffenklirrenden Balladen unserer Romantik tun ein weiteres.³ Und was die Bücher von moderner Geschichte und staatlichen Verhältnissen bringen, das erschöpft sich, soweit es nicht Monarchenlegende ist, in Kriegsgeschichten zum Teil der allerblutigsten Art und in einem Nationalismus, der den Kindern den Eindruck hinterläßt, daß Deutschland allein durch seine Tüchtigkeit und Klugheit zum Herrn der Erde berufen sei. Hier erben sich die schlimmsten Traditionen der Kaiserzeit fort: unter der wohlgefälligen Duldung einer gleichgestimmten Behörde und unter der absoluten Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit.

So sehen heute unsere Lesebücher aus: die Hälfte kriegsideologisch-nationalistisch, die Hälfte unbestimmt, verschwommen, aus Gründen einer unmöglichen und unklaren Neutralität, alle aber rückwärts gewandt, so daß sie den Kindern ein Deutschland der Wälder, Burgen, kleinen Städte und friedlichen Dörfer vortäuschen, das in den Bildern Moritz von Schwinds und Ludwig Richters, aber nicht in der Wirklichkeit vorhanden ist. Das Ergebnis ist beim Volksschüler, daß er dem Leben und der Literatur gleich fremd gegenübersteht. In den meisten Fällen findet er später überhaupt nicht mehr ein selbständiges Verhältnis zum Buch. Im Leben muß er sich zurechthelfen, so gut oder schlecht es geht. Wie selten die Schule ihm auch dabei hilft,

3) Es ist nach meiner Überzeugung nicht harmlos, wenn in fast all unseren Schulbüchern Uhlands Schwäbische Kunde prangt, in der das Entzweisäbeln eines Türken als ein reizender Witz dargestellt wird, oder wenn die Münchhausenschen Balladen den Kindern ausdrücklich beibringen, alles Friedensgerede taue nur etwas, wenn es als Deckmantel der Gewalt diene.

darüber sollten wir uns klar sein. Schlimmer noch steht es um den Schuler in Höheren Schulen, mag er nun männlichen oder weiblichen Geschlechts sein, dem eine völkische Romantik die Welt verstellt, der vom Hildebrandlied bis zur Kleistschen Hermannsschlacht der ewigen Variation des Landsknechtglaubens begegnet: »Im Felde, da ist der Mann noch was wert«, und der mit ihm und ohne eine Ahnung von internationalen Zusammenhängen und gesellschaftlichen Tatsachen dem Stahlhelm und der sinnlosen Fronde entgegenwächst, in der sich unsere bürgerliche Jugend gefällt.

Die Hilfe? Sie ist sehr einfach und liegt sehr nahe, wenn wir uns nur auf die Tatsache besinnen, daß die Kinder die ihnen gemäße "kindertümliche" Unterhaltung sich sehr wohl selbst, ohne besondere Unterstützung der Erwachsenen, suchen können; daß unsere Hilfe aber durchaus notwendig ist, um sie in die ungemein verwickelte und chaotische Gegenwart einzuführen. Dazu dienen nicht Märchen und Sagen und romantisch verschwimmendes Biedermeiertum sondern eine ehrliche Darstellung der europäischen Gesellschaft und ihrer Entwicklung, wie wir sie heute sehen. Wie die moderne Wirtschaft und Technik wurden, wie die staatlichen und sozialen Verbände entstanden, wie die europäische Kultur sich aus Barbarei und Aberglauben hervorkämpfte, welcher Opfer es bedurfte, bis, nicht ein deutsches Kaiserreich, aber die Gesellschaft von heute dastand, und welche Gefahren sie bedrohen: das ist nicht nur Inhalt der Geschichte, es ist ebenso sehr Inhalt aller Dichtung. Und dieses große Heldenlied der Arbeit, der Forschung und des Bekennermuts ist Kindern durchaus verständlich zu machen, verständlicher, will mir scheinen, als die Brudermorde der Nibelungen und die Menschenfresserrache Wielands des Schmiedes. Es ist gar nicht schwer von den isländischen Bauerngeschichten bis auf Max Eyths Hinter Pflug und Schraubstock und Franz Rehbeins Leben eines Landarbeiters eine Geschichte der Arbeit zusammenzustellen, eine wahrhafte Dichtung, die dem Sinn des Kindes entspricht, und die Reisebeschreibungen geben uns jedes wünschenswerte Material, das über Europa hinaus und in primitive Verhältnisse hinein führt. Es ist nicht schwer aus den alten Dokumenten und aus neuen Werken eine Geschichte der europäischen Demokratie in zwanglosen Lesestücken zu gestalten. Thomas Münzer dürfte darin freilich ebensowenig fehlen wie Morus; Seume, Forster und Schubart so wenig wie die französischen revolutionären Publizisten des 18. Jahrhunderts, wie Dostojewskij und Tolstoj; Alexander Herzen, Louise Michel, Wjera Figner gehörten neben die Helden der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist sicher, daß unsere Lesebücher dadurch an Eignung für Kinder wie an künstlerischem Wert gewinnen werden.

Und die europäische Kultur? Nur der Reichtum ist hier verwirrend, so vielfältig, in den einfachsten, klarsten, eindringlichsten Formen ist der Kampf des menschlichen Geistes dichterisch und propagandistisch gestaltet worden. Von den Fabeln des Mittelalters bis zu Tolstojs Volkserzählungen und Strindbergs Historischen Miniaturen, von Hutten bis Anatole France gibt es keine Epoche, die nicht auch kindlich faßbaren Ausdruck gewonnen hätte. Wenn wir uns nur zu der Erkenntnis entschließen, daß die Schullektüre eine internationale Angelegenheit ist. Das wird heute allerdings schwer zu erreichen sein. Und das schwerste Hindernis bildet die germanistische Ausbildung unserer Oberlehrer im Deutschen.

Was den Stoff des Unterrichts angeht, so hing die Volksschule jederzeit von der Höhern Schule ebenso ab, wie sie methodisch ihre eigenen Wege ging.

Diese Abhängigkeit ist ihr nicht gut bekommen. Seit die Prüfungsordnungen Kenntnis des Alt- und des Mittelhochdeutschen vorschreiben, seit die Germanisten examinierend feststellen sollen, was der Deutschlehrer, der stärkste Gesinnungsbildner in der Höheren Schule, zu wissen habe, sind germanische Mythologie und deutsche Folkloristik wichtiger als europäische Kultur. Die Kenntnis der Merseburger Zaubersprüche und des Heliand erlaubt und entschuldigt anscheinend die völlige Unkenntnis der europäischen Dichtung und Philosophie der Gegenwart. Es ist ein Jammer, daß die öffentliche Meinung Deutschlands hartnäckig darauf besteht solche Dinge zu ignorieren, als langweilige Fachsimpelei abzulehnen. Ein Entschluß der großen Internationalen Organisationen für Frieden und Verständigung, die Schaffung einer Kommission, die den Reichtum der vorhandenen Stoffe sonderte und sichtete, ein Schritt beim Völkerbund und bei den Länderregierungen und Parlamenten: es müßte möglich sein europäische Lesebücher, europäische Jugendbücher zu schaffen. Wird dieser Entschluß nicht gefaßt, so überlassen wir unsere Jugend einer geistigen Verwahrlosung, und wir treiben sie in eine nationalistische Enge hinein, die für das spätere Deutschland wieder die Gefahr der Isolierung bedeutet, also zu Katastrophen drängt.

Ich sehe zu schwarz? Nun, ich führe nur 2 kleine Stellen aus einem modernen Unterrichtswerk des reformfreundlichen Verlags Beltz an, der sogar sozialistische Schriftsteller verlegt. In seinen Lesebogen findet sich ein Heft, betitelt O du mein Deutschland, das von der preußischen Unterrichtsverwaltung gebilligt, meines Wissens nirgends Anstoß erregt hat und zweifellos im Unterricht der Volks- und Höheren Schulen vielfach verwandt wird. Darin steht unter ähnlichen Liedern das Sedanlied Emanuel Geibels:

»Es zog von Westen
Der Unhold aus
Sein Reich zu festen
In Blut und Graus,
Mit allen Mächten
Der Höll' im Bund,
Die Welt zu knechten
So schwur sein Mund.
Furchtbar dräute der Erbfeind.«

Und 2 Seiten weiter folgt ein Gedicht Felix Dahns Der letzte Kampf, in dem der "Erbfeind" folgende Liebenswürdigkeit gesagt erhält:

»Zieht einst ein Tag die Schuld der Ahnen, die eigne Schuld vor's Weltgericht,
Ihr seid die Schergen, ihr Romanen, ihr Slawen, doch die Richter nicht.
Wir beugen uns den Schicksalsmächten, sie strafen furchtbar, doch gerecht.
Ihr aber seid mit uns zu rechten kein ebenbürtiges Geschlecht.«

Solcher alberne Dünkel, der doch niemanden schädigt als den damit Behafteten, wird den kindlichen Gehirnen eingepfht. Der Schluß jenes freundlichen Liedes lautet:

»Brach Etzels Haus in Glut zusammen, als er die Nibelungen zwang,
So soll Europa stehn in Flammen bei der Germanen Untergang.«

So malt sich in einem germanistischen Oberlehrerkopf die Welt. In dieser Art wird mit behördlicher Genehmigung Völkerversöhnung in der Schule betrieben und die Jugend auf ihre geschichtliche Aufgabe vorbereitet. Ist ein Grund da sich um diese Dinge zu kümmern? Und werden nicht schließlich wir die Schuldigen sein, die wir diese Vergiftung zuließen, wenn eine neue Katastrophe Felix Dahns Vision verwirklicht, wenigstens soweit wir Deutschen in Betracht kommen?



ADOLF BEHNE · WEGE ZU EINER BESSERN WOHNKULTUR



WIE müssen wir bauen, um dem neuen Menschen, dem Menschen sozialer Gemeinschaftsgesinnung Möbel und Wohnung, Haus und Arbeitsraum zu schaffen, die seiner neuen Lebenshaltung, seiner neuen Stellung von Mensch zu Mensch entsprechen? Aber auch um die klare und bestimmte Ausprägung dieses neuen Menschen, der ja noch immer mit den Gespenstern des Mittelalters zu kämpfen hat, zu fördern, zu unterstützen, zu beschleunigen? Da helfen nun Rezepte gar nichts, denn es handelt sich um keine Modesache, und sodann ist ja die Arbeit noch mitten im Gang, steht noch im Beginn, und endgültige Resultate, aus denen man Rezepte formulieren könnte, liegen noch kaum vor. Es kommt nicht darauf an, daß man weiß, daß man heute keine Nippes und Genrebildchen mehr haben darf. Wohin solches Rezeptausgeben führt, hat die Tautsche Parole "Farbe!" in krasser Art gezeigt. Denn da wurde der gute brauchbare Kern, der in der Bewegung für die Farbe steckte, sofort durch die öde Anstreicherei, vor der heute wohl auch dem ersten Anreger angst und bange geworden ist, erdrückt und erstickt.

Gewiß, es ist sehr erfreulich, wenn aus den Wohnungen die Nippes und Plüschalben und die Holzbrandmalereien verschwinden. Aber eigentlich doch nur dort, wo es aus einem wahren, persönlich erlebten Überdruß geschieht, und wo es ernst gemeint ist. Dort aber, wo es widerwillig und gegen die Überzeugung geschieht, dort, wo man heimlich nur wartet, bis die neue Mode wieder für Nippes ist, und bis man seine Reiseandenken und Porzellanfigürchen und Öldrucke wieder hervorholen darf, da hat es wenig Sinn, da ist es ja eigentlich nur ein Mitmachen und oft eine Bildungsheuchelei. Wir brauchen nicht zu sorgen, was mit den Nippes geschehen wird, sobald erst der Kerngedanke der neuen Bewegung der Allgemeinheit aufgegangen ist.

Sachlichkeit: das heißt Abwerfen des Panzers, dessen eiserne Starrheit und klaffende Weite hindert an die Sachen unmittelbar heranzukommen. Nur aus dichtester, unmittelbarster Nähe können wir die Sachen gestalten, gleichgültig, ob die Aufgabe bedeutend oder gering an Umfang ist, ein tägliches Gerät oder ein Wohnhausblock. Dort, wo wir eine Sache aus dichtester Nähe gestaltend fassen, spüren wir, wie sie Leben, Bewegtheit, Gliederung und körperhafte Schönheit gewinnt, wie sie als Gestalt im Raum, im Licht zu stehen beginnt und zur Einheit mit dem ruhig flachen oder hügelig bewegten Boden, zur Einheit mit der Landschaft wird, und daß aller äußerliche, angehängte und angeklebte Schmuck banal und unpassend kleinlich wäre. Die ganze reiche Ornamentik der Vergangenheit war ja nur immer ein Ersatz für die noch nicht geglückte, noch nicht eroberte Einheit und räumliche Lebendigkeit des Baus, und in dem Moment, wo solche Lebendigkeit und Bewegtheit des Baukörpers im Raum gewonnen ist, stehen ihm die alten Ornamente so wie dem modernen Automobil ein anmontiertes Pferdegeschirr.

Im neuen Bauen bemerken wir immer wieder 2 Tendenzen: das Ganze zu fassen und einfach zu sein. Die eine bedingt die andere. Der Weg zum Ganzen führt nur über die Einfachheit. Denn jede "aparte", zwiespältige Gesinnung teilt die Sache auf, spielt Teil gegen Teil aus, setzt im besten Fall von außen künstlich zusammen, statt von innen her einheitlich zu organisieren.

Einfachheit: was ist sie? Verzicht auf Verteidigungsstellung, auf Mißtrauen, auf Festungsbauen. Sie ist menschliche Offenheit und menschliche Solidarität. Dies ist der Punkt, von dem aus die moderne Baubewegung zu verstehen ist. Die neuen Techniken, die neuen Materialien, so eminent wichtig sie sind, bleiben immer Mittel zum Zweck. Rechtwinkligkeit, Ornamentlosigkeit, flaches Dach, so erfreulich, wünschenswert und sympathisch sie sind, bedeuten nicht das Entscheidende; sie sind willkommene Folgen. Entscheidend ist, daß der Mensch die Bauart sucht, die seiner neuen solidarischen Lebenshaltung entspricht. Das Kennzeichen des modernen Menschen aber ist Offenheit, Vertrauen, Einfachheit. Der Ritter konnte die Dinge nicht in Einheit sehen. Sein Denken war von dem Begriff der Grenze bestimmt. Daher der Reichtum, die durch Schmuck abgehobene unterstrichene Abgegrenztheit seiner Formen. Etwas vom Wesen der Grenze liegt im Wesen seiner Form. Wenn wir noch heute beobachten, daß die Grenzstriche innerhalb Europas die buntesten, formenreichsten und sozusagen dekorativsten Streifen sind — mit ihren Uniformen von Grenzsoldaten und Polizisten, ihren Schlagbäumen, Wappen und Hoheitszeichen in je zwiefacher Ausfertigung dort und hier, so wird uns vielleicht klar, daß ein Zusammenhang zwischen Grenze und Form besteht. Und dann finden wir es nur logisch, daß einer der besten der modernen europäischen Künstler, der in Paris schaffende holländische Maler Piet Mondrian, ganz erfüllt vom Erlebnis des neuen, sozialen und solidarischen Menschen über alle Grenzen weg, gern von einer »formlosen Schönheit« der modernen Kunst spricht; wobei natürlich formlos nicht im Sinn unseres alltäglichen Sprachgebrauchs als chaotisch, ungelöst zu verstehen ist sondern als geordnet nach einem höhern Gestaltungsgesetz, das die Verbindung nach allen Seiten hin wichtiger nimmt als die Abhebung, keine sich isolierende, sich abgrenzende »Form« mehr duldet.

Was also, wird immer wieder die Frage an uns lauten, was sollen wir nun in Wirklichkeit tun, und womit sollen wir anfangen?

Mit Vernunft wohnen, bewußt an der Rationalisierung, Vereinfachung, Vermenschlichung unseres Wohnens arbeiten. Daß das leicht gesagt ist, aber schwer, oft ganz unendlich schwer getan, wissen wir. Die Hemmungen, die alte schlechte Räume, verbrauchte Möbel, zu enge und überbelegte Stuben und der ganze trostlose Druck schlimmer Mietskasernen bedeuten, verkennen wir wirklich nicht. Es gibt ein Wohnungselend, vor dessen erschütternder Dumpfheit einem der Mut zu guten Ratschlägen vergeht, ein Wohnungselend, das nur radikaler Abbruch bessern kann und nur radikaler Neuaufbau tilgen. Im allgemeinen aber ergibt sich doch auch unter ungünstigen Verhältnissen von Zeit zu Zeit die Möglichkeit der Verbesserung, wenn jede Reparatur, jeder neue Anstrich, jede neue Tapete und jedes neue Stück der Einrichtung zum Anlaß genommen wird einen Schritt nach vorn zu tun: nicht in dem Streben sich einer neuen Modiform anzupassen sondern allein in dem Streben nach Verbesserung der Funktion und der Leistung der Wohnung, das heißt der Sache. Nein, wir unterschätzen nicht die Schwierigkeiten, die mit der Abnahme der Mittel nicht in einfacher Progression oder im Quadrat sondern in der 4., 5. Potenz größer und größer werden. Erinnern wir uns nur, daß in allen Branchen die einfachen Formen nicht die billigsten sondern die teuersten sind, und, wie jeder Gang durch die Straßen und Bazare lehrt, die billigsten Sachen immer die reichsten sind, für welchen Luxus sich der Produzent

natürlich durch Minderwertigkeit des Materials und der Arbeit schadlos hält. Bei jeder Sache, die bearbeitet wird, sollen wir uns fragen, einmal und zunächst, ob sie denn auch wirklich notwendig und nützlich sei oder etwa nur Konvention, guter Ton und allgemeiner Usus; und ferner, wie man es macht, daß sie am leichtesten, frischesten, am gesündesten, staubfreiesten, bequemsten und hellsten ist.

Nur der erste Anfang, nur der Entschluß ist schwer. Hat man sich erst einmal entschlossen mit dem Gehenlassen aufzuhören und bewußt zu wohnen, zu leben, dann stellt sich uns eine Aufgabe nach der andern. Nicht das ist das Wichtige Umfassendes, Großes zu leisten (wo das möglich ist, um so besser) sondern in allererster Linie diese Fragen in das Bewußtsein aufzunehmen, sich ein Wissen um sie und schließlich ein Ziel zu schaffen. Dann wird sich das Interesse bald über Besenkammer und praktischen Herd hinaus auf die ganze Wohnung erstrecken, auf ihren Grundriß und auf das beobachtende Studium der scheinbar so komplizierten, in Wahrheit doch logischen und jedem zugänglichen Zusammenhänge alles Bauens. Bauen ist doch nichts anderes als Raum so organisieren, daß das Leben sich am besten entfalten und auswirken kann. Über gutes und richtiges Bauen nachdenken heißt nichts anderes als über gutes und richtiges *Leben* nachdenken. Denn, um es nochmals zu sagen, nicht irgendwelche neue Stilformen wollen die neuen Architekten durchsetzen, sie wollen beitragen das Leben der Allgemeinheit besser und richtiger zu gestalten.

Je sachlicher die Architekten dabei sind, um so dichter und unmittelbarer kommen sie ja an die Bedürfnisse und Wünsche des Mieters heran, um so eher wird also ihre Arbeit den Anschein des Diktatorischen verlieren, der sie manchem heute noch unsympathisch macht. Wenn der Mieter allmählich spürt, daß die Arbeit des Architekten wirklich *für ihn* geleistet wird, so wird sein Interesse an der Arbeit des Architekten wachsen, und an die Stelle passiver Resistenz tritt langsam Vertrauen und am Ende Zusammenarbeit. Im Sachlichen treffen sich Architekt und Mieter. Freilich muß man da an den Mieter denken, der die Verpflichtung zur Besserung der Wohnsitten beizutragen anerkennt und nicht am Alten hängt, nur weil es alt ist. Aber beim Architekten muß man auch nur an *den* denken, der nicht für seine Monographie baut sondern für Menschen. Nicht jeder moderne Architekt ist auch schon ein moderner Mensch.

HILTGART VIELHABER · ZUM 100. TODESTAG PESTALOZZIS



M 17. Februar sind es 100 Jahre, daß Johann Heinrich Pestalozzi dahinschied. Dieser seltene Mann hat ein Leben hindurch gegen Mißgunst und Verdächtigungen offener und geheimer Gegner kämpfen müssen. Mehr noch. Er stand in ständigem Kampf mit sich selbst, das heißt bei ihm: in einem niemals unterbrochenen Entwicklungswillen. Kein Vorwurf traf ihn, der nicht innerste Prüfung seiner selbst und seiner Arbeit erzwungen hätte. In den mannigfachen Anstalten, die er nach einander geleitet, zum Teil ins Leben gerufen hatte, begegnete ihm keine Schwierigkeit, keine Hemmung, durch die er nicht gefördert und beharrlicher geworden wäre.

Die schwerste Zeit war wohl, als er den ersten Versuch zur Menschenbildung machen wollte. So hatte er im Kanton Bern Ödland gekauft und darauf Landhaus und Wirtschaftsgebäude erbaut. Durch die Bewirtschaftung sollte sich die Anlage rentieren. Die Nachbarn, schweizerische Bauern, blickten mißtrauisch auf diesen Neuling, der sich mit besserm Wissen womöglich über sie zu stellen meinte. Man boykottierte ihn, entzog ihm Kredit, und schließlich ging alles in die Brüche. Da kam eine Magd, die ihn von früher kannte, trotz seinem Sträuben in sein Haus. Ihre Umsicht, ihr unermüdlicher Arbeitseifer bringen Ordnung hinein und helfen aufwärts. Pestalozzi hat dieser Frau in Lienhardt und Gertrud ein Denkmal der Dankbarkeit errichtet.

In Deutschland lebten damals Freunde und Verehrer des Schweizer Reformators. Allein erst als Georg Heinrich Ludwig Nicolovius in seiner Vaterstadt Königsberg das Departement für Schulen in der Provinz Ostpreußen übertragen wurde, begann man Pestalozzis Ideen in die Tat umzusetzen. Nicolovius hatte 1791 auf einer Reise Pestalozzi kennen gelernt und war seither in ständigem Briefwechsel mit ihm geblieben. In Königsberg gründete er nun nach dem Muster des Schweizer Vorbilds eine sogenannte Normal-*schule*, wo nach Pestalozzis System die Anpassung an die Individualität des Lernenden geübt wurde. Auch beschloß er alljährlich eine Reihe von Junglehrern nach der Schweiz zu senden. Sie sollten hier 3 Jahre hindurch unter Leitung Pestalozzis dessen Methode studieren, um sie nachher in Preußen einzuführen. Man wollte auch bei uns versuchen Menschen zu erziehen. Nicolovius schrieb nach dem ersten Kennenlernen an Jacoby: »Das kann ich Dir sagen, daß es Pestalozzi mit der Wahrheit Ernst ist wie wenigen; daß ich nie so viel Kraft und Sanftmut, so viel Wunsch zu wirken und so viel stilles Harren auf Winke der Vorsehung vereint sah.« Pestalozzis Glück über den verstehenden jungen Freund äußerte sich in immer neuen Bekenntnissen. »Seit langer Zeit war es einer der lebhaftesten Wünsche meines Herzens einen oder mehrere junge Männer zu finden, mit denen ich bei meinem nahenden Alter mit Vertrauen über die Erfahrungen meines Lebens reden, und denen ich, mit Sicherheit nicht mißverstanden zu werden, auch noch unreife Wünsche in den Schoß legen könnte. Denken Sie Sich meine innigste Befriedigung in Ihnen einen solchen Mann gefunden zu haben.« An die Gräfin Julie Reventlow schreibt er: »Es ist freilich wahr: Wer das Interesse der Menschheit in der Brust trägt, dessen Dasein ist geheiligt. Aber wenn dieser kraftlos, wie ein Lahmer am Weg, sein Leben damit zubringen muß vorübergehenden blinden Leuten zuzurufen: Nehmt mich auf eure Schultern, ich will euch den Weg weisen, den ihr nicht seht, und ihn im langen Leben auch kein einziger auf seine Schultern nimmt, dann ist dieser Arme zu bedauern. Freundin, es ist eine große Last um ein verlorenes Leben. Aber ich habe Nicolovius gefunden, und mein Leben ist nun nicht mehr verloren.« Er mahnt Nicolovius: »Werde Erbe meiner Wünsche für die Menschheit.«

Und Nicolovius wird wirklich Erbe. Seine Besprechung von Pestalozzis Nachforschung über den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengeschlechts, dann sein Vortrag über Pestalozzi in der Eutiner Literarischen Gesellschaft, schließlich die Umwandlung der Pädagogik nach Pestalozzis System, alles bewies, wie tief der geniale Schaffenswille Pestalozzis ihn durchdrungen hatte. Pestalozzis Glück über die neuen Schüler äußerte sich

öfter: »Der Gedanke ist groß. Die Unglücklichsten suchen jetzt bei den Unglücklichen Hilfe. Der Gedanke ist groß: Die Kraft, die das Unglück bildet, wird nunmehr als eine höhere Kraft erkannt; und der Jammer, welcher der glücklichen Sorglosigkeit über das Haupt gewachsen, hat den Taumelnden endlich den Schleier ihrer Kraftlosigkeit von den Augen gerissen. Freund, ich labe mich an dem Gedanken, die Zeit der Ernte sei für jeden, der für Wahrheit und Liebe nur arbeiten will, genahet.« Ein andermal schreibt er über die Menschenbildung, die vom Staat aus organisiert werden müsse. Dann wieder, daß er sein Leben zum Teil verloren schätze, wenn es ihm nicht gelänge die Elementarbildung auch in Volks- und Armenschulen einzuführen. Und weiter: »Das nämliche geschieht, wenn ich nicht vor meinem Tode in die Lage komme eine Zahl armer Jünglinge nach meiner freien eigenen Wahl um mich her zu versammeln und sie in den untersten Punkten der Volksbildung nicht nur zu unterrichten sondern zu enthusiasieren.« In einem der letzten Briefe an Nicolovius heißt es: »Mein Werk ist gerettet . . . Es blüht in meiner Armenanstalt mit einer Kraft und mit einer Sicherheit, die mir jede Stunde meines jetzigen Lebens zum heitersten Segen machen.«

Vieles in Pestalozzis System wird dem ewigen Wandel der Entwicklung unterworfen bleiben. Seine Forderung Menschen zu bilden weist heute noch als Aufgabe, als Mahnung in die Zukunft.

ARNO NADEL · DEN ORPHIKERN ZU EHREN



IE sagten:
 »Zeus der Anfang,
 Zeus die Mitte,
 Und alles aus Zeus.«

Wie ein Tränenhimmel,
 Aufgelöst vor Seligkeit und Schmerz,
 Brachten sie
 Aus dem Becher ihrer Seele
 Das tiefste Behagen herauf
 Und sprachen das Unverständliche.

Immer aber,
 Alle Jahrtausende,
 Kommt ein ferner Bruder
 Auf grauem Boden
 Und nimmt mit leisen Fingern
 Die Heiligkeit auf.

Tönt immer zuletzt
 Das alliebende Geheimnis,
 In runden Lüften verlassen:
 »Zeus der Anfang,
 Zeus die Mitte,
 Und alles aus Zeus.«

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Ludwig Preller

Kind und Gesellschaft

Kein Zweifel, daß die Nachkriegszeit das Interesse weiterer Kreise an Kindesleben,

Kindesentwicklung und Kindesnot verschärft hat. Der Anstoß kommt von außen und innen. Von außen: Wirtschaftliche Gruppen weisen auf die Verwahrlosung oder auf die Wirtschaftsnot der Jugend hin, die Erziehung sieht sich dem Widerspruch zwischen langgeübter Übermittlung von reinem Wissensstoff und der umfassendern Vorbereitung der jugendlichen Persönlichkeit auf eine Lebensaufgabe gegenüber. Von innen: Die Jugend selbst fordert in der Jugendbewegung das Recht auf Eigengestaltung, die psychologische Wissenschaft, insbesondere die Individualpsychologie, ergründet die Art kindlicher und jugendlicher Weltbetrachtung. Die Frage spitzt sich zu: Wie steht das Kind in der Gesellschaft? Spezieller: Welche Voraussetzungen bringen das Kind in Gegensatz zur Gesellschaft? Und: Wie verhält sich die Gesellschaft zum Kind? Besonders diese speziellen Fragen beanspruchen die Aufmerksamkeit des Sozialpolitikers. Jugendgericht und Erziehung weisen ihm ihr Material zu, die Fürsorge übernimmt es. Diese Jugendfürsorge aber hat verwinkelten Ursprung. Was in den Jahrhunderten angeblich christlicher Ethik entsprang, wird in der Gegenwart als wirtschaftliche Notwendigkeit erfaßt: das Kind ein heranwachsendes Kapital. Die Gesellschaft hat mit ihren Pfunden zu wuchern. Nun ist der verwahrloste Jugendliche ein Kapitalsausfall, die gesellschaftliche Betreuung der Kinder, denen der Schutz des Gesellschaftskerns, der Familie, fehlt, eine Kapitalswahrung. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn man den Ursachen des Fürsorgeanfalls stärker nachgeht: Fürsorgeverhütung spart Fürsorgevergütung. Gleichzeitig aber begreift die Arbeiterklasse selbst diese Aufgabe als vornehmlich ihre Aufgabe. Man geht nicht fehl, wenn man der proletarischen Jugendbewegung ein gut Teil Verdienst hieran zuweist. Die Blickrichtung des Proletariats geht dabei notwendig schärfer soziologisch: es sucht die gesellschaftlichen Ursachen der Kindesnot, und sozialistisch: die Aufgaben werden prinzipiell als Aufgaben der Gemeinschaft angepackt.

Eine Reihe Veröffentlichungen der letzten Jahre dient dem eben gekennzeichneten Aufgabenkreis: Max Rehm Das Kind in der Gesellschaft /München, Ernst Reinhardt/, Otto Felix Kanitz Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft /Jena, Uraniaverlag/ und die Schriftenfolge Schwer erziehbare Kinder /Dresden, Verlag Am andern Ufer/, von der hier 2 Hefte vorliegen: Otto Rühle Das verwahrloste Kind und Otto Naegele Das kriminelle Kind (siehe zu alledem auch diese Rundschau, 1926 Seite 399 und folgende).

Rehms Werk ist grundlegend. Eine Schilderung des vernachlässigten Kindes vom Altertum bis zur Gegenwart mit dem Gipfel des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Eine Fülle des Materials. Kein Wohlfahrts- oder Sozialpolitiker kann an dem Buch vorbeigehen. Sein Mangel jedoch liegt in der Grundeinstellung, die vorwiegend geistesgeschichtlich ist, mit Bevorzugung christlicher Wohlfahrt. Die Arbeiterwohlfahrt fehlt bei seiner Betrachtung an den entscheidenden Stellen. Daneben sind Ansätze soziologischer Betrachtung. Eine klare Blickrichtung fehlt. Das ist sehr schade für die fleißige und sonst gut brauchbare Arbeit. Die neuzeitliche kapitalistische Einschätzung des Werts der Jugendfürsorge wird in der Arbeit klar herausgestellt. Die psychologische Erkenntnis der Eigenart des Kindes und die Forderungen an die Jugendfürsorge, die sich hieraus ergeben, fehlen dagegen. Bei aller Wärme kommt Rehm so an den Kern der Sache nicht heran.

Dieser Kern: das Kind im Kreis so andersgearteter Erwachsener, ist das Thema Kanitz'. Nach ihm lastet zwiefacher Druck auf den Proletariatskindern: die Leiden ihrer Klasse und die Not als Schwächste ihrer Klasse. Der hervorragende Wiener Förderer der Kinderfreundebewegung dringt mit dieser Grundeinstellung tief in die Probleme; er schont dabei weder Bürgertum noch Proletariat. Und jeder Sozialist, gleichviel welcher Herkunft, sollte sich Kanitz' ernste Frage vorlegen: Habe ich das Lippenbekenntnis des Sozialismus in meinem engsten Wirkungskreis, der Familie, besonders aber am Kind zur Wahrheit werden lassen? Bringe ich dem Sozialistenkind nicht einen kapitalistischen, auf möglichste Hochgeltung gegenüber den "anderen" bedachten Lebensplan bei?

Endlich die Serie Schwer erziehbare Kinder: Broschüren, die zum Nachden-

ken zwingen. Das Kind in individualpsychologischer Betrachtung nach Alfred Adler, mit allen Vorzügen und Mängeln der Methode. Besonders bei Otto Rühle in seiner bekannten Weise allzu dialektisch zugespitzt. So, als könne neben der Individualpsychologie keine andere Methode Erklärungen bringen: ein Fehler, dem schon die Psychoanalyse verfiel. Und doch wünscht man die Broschüren in die Hand jedes Erziehers. Die Individualpsychologie bringt verstehende Güte. Wo wäre diese nötiger als in der Erziehung?

Informationsmittel Das von Richard Reich herausgegebene äußerst handliche, wirklich brauchbare

Taschenbuch der Sozialversicherung /Stuttgart, Verlag für Wirtschaft und Verkehr/ erscheint in 8. Auflage.

Von der textlichen Zusammenfassung der *Reichsversicherungsordnung* mit Anmerkungen /Berlin, Julius Springer/ (siehe auch diese Rundschau, 1926 Seite 550) liegen nun der 2. Band (Krankenversicherung) und der 3. (Unfallversicherung) in der vom 1. Band her bekannten sorgfältigen Ausführung vor.

Das *Rote Kreuz* ließ ein übersichtliches Verzeichnis seiner Männer- und Frauenvereine in Deutschland erscheinen.

Mit großem Interesse liest man den Bericht der Gewerkschaftskommission Österreichs über die *Arbeiterkammern* in Österreich 1921 bis 1926 /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/, über ihre Entwicklung und ihre Tätigkeit. Hier wie in den Berichten der Bremer Arbeitskammer über das Jahr 1924, der Bremer Angestelltenkammer über das Jahr 1925 und des Arbeiterrats Groß Hamburg über das Jahr 1925 werden in anschaulicher Weise Wirken, Erfolge, Erfahrungen und Rückschläge dieser Arbeiterkammern dargestellt. Mag auch das Eintreten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für paritätische Handelskammern die richtigen Wege für die Zukunft weisen, so darf man doch auch die Erfolge der Arbeiterkammern für die Gegenwart nicht verkennen.

Kurze Chronik Die 3. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 4. Dezember 1926

regelt die sogenannte *Wohlfahrtsrente*, die den durch die Inflation geschädigten »Anstalten und Einrichtungen der freien und kirchlichen Wohlfahrtspflege« die Fortführung ihrer sozial wichtigen Tätigkeit ermöglichen soll. Äußerst wichtig ist die im § 2 zum

erstenmal amtlich festgelegte Begriffsbestimmung der Wohlfahrtspflege. ◊ Durch eine Verordnung vom 28. Dezember 1926 wurden die Unterbrechungen im Bezug der *Erwerbslosenunterstützung* geregelt. Nunmehr schafft eine 3monatige Unterbrechung durch Arbeit Abschluß des bisherigen und Beginn eines neuen Unterstützungsfalls. ◊ Durch eine Verordnung vom 9. Februar 1927 wurde die *Arbeitszeit* gesundheitlich gefährdeter Arbeitnehmer in Metallhütten, Glashütten und -schleifereien auf Grund des § 7 der Arbeitszeitsverordnung auf höchstens 8 Stunden beschränkt. ◊ Der Jenaer Volkswirt und Sozialpolitiker *Gerhard Kehler* ist dem Ruf als ordentlicher Professor auf den Lehrstuhl für Staatswissenschaften an der Universität Leipzig gefolgt. Damit gelangt gegenüber seinem Vorgänger Ludwig Pohle, der die sozialpolitische Praxis prononciert ablehnte, ein positiver Vertreter der Sozialpolitik auf diesen wichtigen Lehrstuhl der drittgrößten deutschen Universität.

Literatur Die internationalen Wanderungsbewegungen behandelt eine Studie des *Internationalen Arbeitsamts* in Genf für die Jahre 1920 bis 1923. Mangel wie Fortschritt der internationalen Vergleichbarkeit der Wanderungsbewegungen kommen klar zum Ausdruck und begründen treffend die Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamts zum Ausbau internationaler Sozialstatistik. ◊ In den Schriften des *Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge* /Karlsruhe, G. Braun

bespricht Johannes Hardraht die gegenwärtige Entwicklung des öffentlichen Fürsorgewesens auf dem Land. Heinrich Hartmann die Fürsorge für männliche jugendliche Wanderer vom Standpunkt der Jugendfürsorge, Martha Heynacher die Berufslage der Fürsorgefrauen. 3 Hefte als Vorbericht des 39. Fürsorgetags in Breslau 1925, von denen jedes für sich eine vorzügliche Einführung in das betreffende Sachgebiet darstellt. Ganz besonders gilt dies von Hardrahts Ausführungen und von denen Heynachers, deren Referat bekanntlich die großen Mängel in der Lage der Fürsorgefrauen in der Öffentlichkeit objektiv belegte. ◊ Eine Monographie über die Arbeits- und Lohnverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe gibt *Julius Blach*, Halberstadt, H. Meyer/. Das ausführliche Werk bringt eine wertvolle historiographisch objektive Schilderung der Entwicklung in diesem Gewerbe.

Wirtschaft / Max Schippel

Währungs- sanierung

Das Jahr 1926 bietet international selbstverständlich noch immer kein einheitliches Bild. Als Anzeichen des Weiterfortschreitens der Erholung von den zerrüttenden Folgen des Weltkriegs können immerhin die ständig sich bessernden Währungsverhältnisse angesehen werden. Zwar brachten die ersten Monate des Jahres nochmals, zum Teil aus außenpolitischen Gründen, eine schwere Erschütterung des französischen Franc, die auf Belgien und Italien zurückwirkte. In London erhielt man für 1 Pfund Sterling Anfang des Jahres 129,25 Francs, am 30. Juni 174,0, Ende Juli sogar 200, tageweise 245½ Francs. Die Energie und Umsicht der neuen Regierung Poincaré brachte jedoch seit August einen großen Umschlag, so daß das Jahr mit einer Londoner Notierung von 120,063 am 20. Dezember schloß. In Belgien, dem eine amerikanische Anleihe von 50 Millionen Dollars zu Hilfe kam, wurde am 26. Oktober die Belga als neue, für die Auslandstransaktionen bestimmte Währungseinheit (1 Belga = 5 Papierfrancs, oder 35 Belga = 1 Pfund Sterling) eingeführt. Ähnlich brachte Italien seine Lira, die ihre größte Entwertung zeitweise im Juli mit 154¾ auf das Pfund Sterling aufwies, seit September auf einen zunehmend günstigeren Stand (Juli und August durchschnittlich 145,164 und 147,418, November und Dezember 115,060 und 109,500). Alle 3 ehemals zur lateinischen Münzunion verbundenen Länder machen freilich zurzeit in wachsendem Maß die unausbleiblichen Rückschläge jeder Deflationsgewaltkur durch: Preissenkungen und Krediteinschränkungen lähmen periodisch die Produktion und erzeugen eine ausgebreitete Arbeitslosigkeit, die in Frankreich wiederum zuerst die während des Wiederaufbaus und der Preisauflähmung außerordentlich stark herangezogenen ausländischen Arbeiter; Belgier, Italiener, Polen, trifft. England hatte im Vorjahr diese Übergangskrankheiten der Währungssanierung bereits hinter sich und sah selbst durch den Kohlengrubenstreik, vom 1. Mai bis zum November und Dezember, und dessen produktionslähmende Folgen das Pfund Sterling, gemessen am Dollar, kaum getroffen. Der japanische Yen, der nicht durch den Krieg sondern durch das Erdbeben und Feuer von 1923 erschüttert wurde, hat praktisch seine alte Goldparität wiedererlangt; sogar eher, als dies die Regierung, die eine langsamere Höherwertung und eine entsprechend stu-

fenweise Preisanpassung erstrebte, dachte und wünschte. Als international günstiges Symptom kann man es ferner betrachten, daß die Vereinigten Staaten zuletzt nicht mehr so stark für Auslandsregierungsanleihen in Anspruch genommen wurden, weil die Unterbringung an Ort und Stelle mehr und mehr wieder gelingt, ja daß bereits ein gewisser Rückfluß und Rücklauf nach den europäischen Ländern bemerkbar wurde.

Deutschland In Deutschland blieben die ersten Monate 1926 noch vollkommen krisenhaft, also eine Art Fortsetzung des Jahres 1925, nachdem 1924 mit der plötzlichen Währungsstabilisierung von Ende 1923 eine Periode erneuten Gedeihens hereingebrochen schien. Die Abstoßung überflüssiger und unzweckmäßiger Unternehmungen, die Zurückführung des Personenapparats auf rationellere Grundlagen, die Rationalisierung der Produktionsanlagen und Produktionsverfahren schritten eher noch beschleunigt fort, zum Teil unter dem Druck der Kreditabschnürungen und der Kapitalsnot und -knappheit, und immer mit der nächsten Wirkung, daß die Kaufkraft der großen Massen noch weiter einschrumpfte. Etwa mit dem Monat Mai glaubte man schwache Regungen des Wiederauflebens wahrzunehmen. Stärker waren sie zunächst nur in jenen Produktions- und Handelskreisen, denen der Ausfall des englischen Kohlenwettbewerbs vorübergehend, und zwar in ganz überraschendem Maß, Aufträge aus englischen Absatzgebieten und sogar aus England selber zuführte. Dieser Anstoß pflanzte sich nach vielen Seiten fort. Die Leihkapitalflüssigkeit steigerte sich, wenn sie leider auch übermäßig von den abnormen Auslandskreditzuflüssen abhing. Der Reichsbankdiskont hatte am Jahresende 1925 noch 9 % betragen, er sank am 12. Januar 1926 auf 8, am 27. März auf 7 und bald darauf auf 6½ %, um seit dem 5. Juli ein halbes Jahr auf 6 % zu verharren; erst am 11. Januar 1927 wurde er weiter, auf 5 %, herabgesetzt. Die Kapitalsbildung in den Unternehmungen, die Spartätigkeit in weiteren Kreisen begann allmählich wieder. Aber die Zahlen der Arbeitslosen- und Kurzarbeitsstatistik bleiben ganz unerhört, sie verraten bestenfalls erst in der 2. Jahreshälfte eine leise Wirtschaftserholung. Auf ihrem Gipfel im Februar 1926 stand die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung mit 2 060 000 Personen. Im Juni hatte sie sich auf 1 750 000, Anfang November auf 1 308 000 ermäßigt,

wir finden sie aber in der 1. Dezemberhälfte (wobei natürlich bloße Saisonbewegungen mitspielen) wieder auf 1 464 000, in der 2. Hälfte auf 1 745 000. Der hierdurch bewirkten steigenden Budgetbelastung stand während des ersten Jahresteils ein Zurückbleiben der Lohn- und Gehaltssteuereinnahmen hinter den Voranschlägen gegenüber. Die optimistischen Erwartungen, die dennoch zurzeit überwiegen, gründen sich deshalb vorwiegend auf die Beobachtung, daß ein großer Reinigungs- und Rationalisierungsprozeß die Aussichten Deutschlands für ein Wiederemporringen wesentlich verbessert haben muß, und daß die Vergiftung der außenpolitischen Beziehungen Deutschlands, vor allem gegenüber Frankreich, nachgelassen, die Aussicht auf internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit dagegen, abermals vor allem mit Frankreich, in erfreulicher Weise, trotz allen immer wieder hervorbrechenden Störungen, zugenommen hat.

Vereinigte Staaten von Amerika

Das leuchtende Gegenstück zu allen Bedrängnissen und Schwierigkeiten Europas, England im Jahr des Bergarbeiterstreiks eingeschlossen, sind auch 1926 die Vereinigten Staaten geblieben. Auf den meisten Produktionsgebieten überholt das Jahr 1926 alle früheren Rekorde. Die Bundesschuld konnte man 1926 um nicht weniger als 1 Milliarde Dollars verringern. Fast beurteilt man es wie die Milderung einer Verlegenheit, daß die "günstige Handelsbilanz" von 670 Millionen Dollars im Jahr 1925 auf über 300 Millionen im Jahr 1926 herabglitt. Die Goldeinfuhren überschritten die Goldausfuhren 1926 noch immer um etwa 90 Millionen Dollars. Die Kapitalemissionen hatten 1925 einen Rekord seit der Kriegszeit zu verzeichnen; 1926 überholt diese Leistung um etwa 500 Millionen Dollars. Die Auslandsanleihen gingen, soweit es sich um fremde Staaten handelt, zwar nach der überreichlichen frühern Inanspruchnahme zurück: von 736,38 Millionen Dollars im Jahr 1925 auf 466,63 Millionen. Aber für fremde Reiche, Staaten, Gemeinden und Unternehmungen hatte man insgesamt doch 1 212,69 Millionen übrig gegen 1 194,59 im Jahr 1925. Da Europa weniger brauchte, unterstützte man um so mehr Lateinamerika. Freilich, das Jahresende sah vielfach stiller aus als der Jahresabschnitt vorher: so in der Automobilproduktion, im Bauwesen, die geradezu Säulen der bisherigen Prosperität waren. Die Kaufkraft der Farmer bleibt verkümmert und hat im Süden nochmals schwer durch

den Sturz der Baumwollpreise gelitten. Das Ratenzahlungsgeschäft (Instalment-system) reizte zwar augenblicklich zu Mehreinkäufen als sonst; die künstlich hervorgerufene Mehrproduktion läßt jedoch die Einschränkung nach der Sättigung des Bedarfs (wie bei den billigen Massenautomobilen) um so bitterer empfinden, und außerdem scheinen für die Banken und Kreditinstitute, die das Instalmentsystem stützten, bereits Verlegenheiten entstanden zu sein. Warnende Stimmen sind deshalb nicht mehr selten, obwohl sie gegen die vorherrschende gehobene Stimmung verhallen.

Kriegs- und Nachkriegswirtschaft

Aus der Literatur sind hier abermals vor allem die weiteren Bände der von der Carnegiestiftung für internationalen Frieden herausgegebenen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs zu nennen. Der österreichischen Regelung der Volksernährung im Krieg ist ein stattlicher Band seitens des ehemaligen Staatssekretärs Hans Loewenfeld-Ruß gewidmet /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/. Ein Abriß über die Produktions- und Konsumverhältnisse vor dem Krieg sowie über das ernährungswirtschaftliche Verhältnis der beiden Teilstaaten Österreich und Ungarn zu einander im Frieden geht voraus. Es folgt dann eine Untersuchung der gesamten landwirtschaftlichen und industriellen Nahrungs- und Futtermittelproduktion, der Ein- und Ausfuhr-, sowie der Gestaltung und Regelung der Konsumverhältnisse (Kartensystem, Rayonierung, Beziehungen zum Ausland). Einheitlich weitumfassend ist der von Alberto de Stefani herstammende Band über Italien: La legislazione economica della guerra /Bari, Giuseppe Laterza & Figli/, der die Arbeitsverteilung, die Arbeiter- und Familienfürsorge, die verschiedenen agrarischen und industriellen Produktionszweige, den Transport, die Valutapolitik, die Konsumregelung, die staatliche Finanzwirtschaft und die Heeresversorgung schildert. Aus den französischen Schriften /Paris, Presses Universitaires de France/ liegen vor: La navigation intérieure en France pendant la guerre von G. de Kerviler, ferner Rouen pendant la guerre von M. J. Levainville. Endlich geben Waldo G. Leland und Newton D. Mereness mit Unterstützung von amtlichen Stellen und Archiven einen erstaunlich reichhaltigen Überblick über die amerikanischen Gesetze, Anordnungen, Kongreß- und Verwaltungsdrucksachen. Ausschlußuntersuchungen und archivalische Sammlungen heraus. Das alphabetische Ver-

zeichnis am Ende umfaßt allein 48 Seiten. Diese, der früher genannten französischen ebenbürtige Bibliographie nennt sich Introduction to the American Official Sources for the Economic and Social History of the World War /New Haven, Yale University Press/.

Die Not der amerikanischen Farmer hat dem Studium des frühern glänzenden Aufschwungs des agrarischen Unionsexports und der heutigen Bedrängnis neue Belegung zuteil werden lassen. Hervorragend ist hier eine der Veröffentlichungen des mit der Carnegiestiftung in New York zusammenhängenden Institute of Economics: Edwin G. Nourse, American Agriculture and the European Market /New York, McGraw-Hill Co./.

Die etwa bis zur Jahrhundertwende wirksamen Ursachen für die europäische Bedarfsvermehrung und die amerikanische Produktionserweiterung, die schon vor dem Weltkrieg beginnende Wandlung, die nochmalige Anreizung für die Produktions- und Absatzausdehnung durch den Weltkrieg, dann der um so schärfere Niedergang infolge der europäischen Verarmung und des Strebens nach möglicher Selbstversorgung werden hier von einem Sachkenner unter Beifügung eines dankenswert reichen statistischen Materials dargestellt. Nourse kommt dabei zu dem Schluß, daß schon vor dem Weltkrieg die Bedeutung der Vereinigten Staaten für den internationalen Agrarexport zugunsten anderer überseeischer Länder und Rußlands unaufhaltsam im Zurückgehen war, daß nach dem Krieg das Sinken der Kaufkraft der europäischen Defizitländer noch als einschränkendes Moment hinzugekommen ist, so daß die Exportsteigerung als Heilung der zeitweise gesteigerten Absatznot der Farmer nicht von Gewicht sein kann. »Wenn die amerikanische Landwirtschaft ihre Hoffnungen für die Zukunft auf die erwartete Wiederbelebung und Ausdehnung des europäischen Markts setzen wollte, so hieße dies auf Flugsand bauen.« Die im Kongreß und von der Farmeragitation empfohlenen großen und kleinen Reformmittel werden kurz gestreift, ohne daß eine Stellungnahme hierzu in der Absicht des Verfassers lag.

Ein in knappsten Umrissen gehaltenes europäisches Gegenstück hierzu bietet in den von Bernhard Harms herausgegebenen Kieler Vorträgen /Jena, Gustav Fischer/ Fritz Beckmann in der Skizze Die internationale agrare Arbeitsteilung Europas vor und nach dem Kriege. Vor dem Krieg habe sich hier eine ungemein feine gegenseitige Ergänzung herausge-

arbeitet, mit Deutschland als Brücke zwischen dem gerstebauenden Rußland und dem roggenverzehrenden Nord-europa. Diese Konstellation sei durch den Ausfall Rußlands zerstört, die Ausdehnung und die innere Ergiebigkeit der Veredlungszweige habe in Westdeutschland, Holland, Belgien und Dänemark nachgelassen, vielfach seien Verluste an Stelle der einstigen Rentabilität getreten. Die höhere Pflege der Viehwirtschaft sei der gewiesene Weg, obwohl der Ausbau zur Exportindustrie nach dänischem oder holländischem Muster sich in Deutschland verbiete. »Die größere und nächstliegende Aufgabe muß sich immer noch nach der ältern Formel richten: Ersatz der Einfuhr an Fertigwaren durch Einfuhr an Rohstoffen.« Kurt Ritter behandelt im 5. Heft seiner Agrarpolitischen Aufsätze und Vorträge /Berlin, Paul Parey/ die Überwindung der Kapitalnot in der Landwirtschaft. Ernst Schultze, der unermülich fruchtbare Volks- und Weltwirtschaftslehrer an der Handelshochschule Leipzig, warnt aufs neue vor den wirtschaftlich-sozialen Auswirkungen des Dawesabkommens (Dauerkrisis und Daweslast /Leipzig, G. A. Gloeckner/); Dieses Abkommen »fesselt die deutsche Volkswirtschaft, um aus ihr die höchsten Kontributionssummen zu ziehen, aber es leistet ihr keine Hilfe«. Die Studie Roderich von Ungern-Sternbergs über Geldwertschwund, sozialen Frieden und Staatsgefühl /Frankenstein, E. Philipps Buchhandlung/ trug bei einem Ausschreiben der Kölner Sozialwissenschaftlichen Fakultät den 1. Preis davon. Schon als Darstellung der Inflation während der Französischen Revolution, in Deutschland nach 1918, im heutigen Rußland ist sie verdienstlich. Noch eindrucksvoller sind jedoch die Ausführungen über das Anschwellen der allgemeinen sozialen Unzufriedenheit, die Klassenverschiebungen und die Massenpsyche: Betrachtungen, für die der Verfasser eine ausgebreitete Kenntnis der wissenschaftlichen wie der populären sozialistischen Literatur mitbringt.

James Goldschmidt, der Berliner Rechtslehrer, hat seinen vor dem Berliner Anwaltsverein gehaltenen Vortrag über die Lehre vom Nominalismus des Geldes und des Rechts unter dem Titel Die Aufwertungskrise /Berlin, Julius Springer/ erscheinen lassen. Er ist einer der schärfsten Gegner der Knapp-Nußbaumschen Anschauungen und bezeichnet den Nominalismus als »die Lehre, welche aus der Möglichkeit des Staates zum Mißbrauch seiner Münzhoheit eine Theorie des Geldes ableitet«.

Eine gute Übersicht über die Entwicklung des Aktien- und Börsenwesens seit der Stabilisierung bietet Walter Sulzbach im 87. Heft der Schanz-Wolfschen Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen /Stuttgart, Ferdinand Enke/: Wirtschaftsgesetzgebung und Aktienkurse in Deutschland seit der Stabilisierung. Dankenswert sind hier auch die einleitenden prinzipiellen Ausführungen über den Inhalt des Sammelbegriffs Volksvermögen, über die Bedeutung der Aktienkursverluste für die Allgemeinheit. Im 88. Heft der selben Serie schreibt Max Marcuse über die Rückbildung der deutschen Volkswirtschaft, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung: über die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige, den Dawesplan, die Steuerpolitik, die Handelspolitik und Kontinentaleuropa, im großen und ganzen von einem weitblickenden kapitalistischen Standpunkt aus.

Hauptsächlich mit Normung und wirtschaftlicher Fertigung, aber auch mit der Schonung und Mehrleistung der menschlichen Arbeitskraft beschäftigt sich ein vor den Studierenden der Universität Münster gehaltener Vortrag eines Nürnberger Mannes der Praxis, Paul Schmerse, Menschliche Arbeitskraft und Technik /Bielefeld, Rennebohm-Hausknecht/. Über Rationalisierung und Wirtschaftlichkeit in der Kaliindustrie spricht sich eine größere, mit viel statistischem Material versehene Flugschrift des Fabrikarbeiterverbands aus /Hannover, Verlag des Verbands/.

Totalliste

Am 5. Juli 1926 starb Otto Wiedfeldt in Essen, im Alter von 55 Jahren. Er wirkte zunächst als Direktor der Sächsischen Landesgenossenschaftsbank, dann als Leiter des Statistischen Amtes in Essen, hierauf im Dienst der Essener Kommunalverwaltung, endlich im Reichsamt des Innern. 3 Jahre hindurch fungierte er auch als Berater der japanischen Eisenbahnverwaltung in Tokio. 1919 wurde er in die Leitung der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp berufen, deren Generaldirektor er bis zu seinem Tod blieb. In jenen Jahren mußten die Kruppwerke auf Friedensproduktion umgestellt werden, da die Herstellung von Kriegsmaterial ihnen durch den Versailler Vertrag nahezu vollständig unterbunden war. Seine Tätigkeit bei Krupp wurde nur dadurch unterbrochen, daß er 1923 als erster deutscher Botschafter nach dem Krieg nach den Vereinigten Staaten ging. Dort blieb er nur 2 Jahre, um dann zu Krupp zurückzukehren.

Am 12. Januar 1927 starb in Berlin der Kaliindustrielle *Wilhelm Sauer*. Er stand einer Reihe bedeutender Gewerkschaften (Bergmannssegen, Erichssegen, Hohensfelds, Hugo, Ottoshall) vor, war Aufsichtsrat im Deutschen Kalisyndikat und in allen Kalifragen sachkundig. Eine der markantesten Persönlichkeiten im internationalen Wirtschaftsleben, *Lord Bearsted*, verschied in London am 17. Januar, im Alter von 73 Jahren. Als schlichter Marcus Samuel wurde er im armen jüdischen Viertel Ostlondons, in Whitechapel, geboren. Er war ursprünglich im Orientproduktenhandel (Schilddatt und Perlmutter, Reis) tätig und hatte dabei nähere Beziehungen zum Petroleumtransport und -absatz Rußlands nach Ostasien gewonnen. Ein Verfahren die Öltankdampfer zu reinigen und so auch für Rückfrachten geeignet zu machen, dann gute Verbindungen mit den Rothschilds und der japanischen Regierung hoben seine Stellung und brachten ihn 1897 an die Spitze der Shell Transport und Trading Company, die aus einer großen Fusion entstanden war, und deren Aktienkapital heute 26½ Millionen Pfund Sterling beträgt. 1907 kam weiter die Verschmelzung mit der großen Holländischen Petroleumgesellschaft hinzu, die vor allem in der Petroleumausbeutung Borneos und Javas wurzelte. Während des Krieges war die Shellgesellschaft mit ihren allseitigen Schiffs- und Handelsverbindungen und ihrer Lieferung eines hochexplosiblen Petroleumerzeugnisses eine der stärksten wirtschaftlichen Stützen der englischen Kriegsführung. Rudolf Kircher charakterisiert ihn in seinem (interessant geschriebenen und stets interessierenden, wengleich auch mehrfach zum Widerspruch herausfordernden) Buch *Engländer /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/* als »einen der größten britischen Organisatoren der letzten 50 Jahre«, als »ein starkes Aktivum in der Bilanz der nationalen englischen Politik«.

Kurze Chronik Die Goldgewinnung wird für 1926 auf 1640 Millionen Mark geschätzt. Danach hätte sich, die selbe Art der Berechnung zugrunde gelegt, die Hebung, die nach dem Tiefstand von 1922 (1310 Millionen) begann, langsam weiter fortgesetzt, doch wäre die Vorkriegsproduktion (1913 1894 Millionen) noch lange nicht wieder erreicht: was sich hauptsächlich daraus erklären dürfte, daß die Kaufkraft des Goldes gewaltig zurückgegangen ist. ◊ Die Silberproduktion erhält sich dagegen auf etwa dem gleichen Hochstand seit

1923 (in Millionen Unzen fein 1923 246, 1924 239, 1925 245, 1926 etwa 243, gegen 231 in dem Vorkriegshöchstjahr 1912). Der Silberpreis, der sich während des Krieges stark verbesserte, ist jedoch wieder stark im Sinken; im Durchschnitt betrug er im Jahr 1922 $34\frac{7}{10}$ Pence pro Unze, 1925 $32\frac{1}{8}$, 1926 jedoch nur $28\frac{11}{16}$ Pence. Sollte Indien nicht bloß, wie die britisch-indische Währungskommission vorschlug, zur Goldkernwährung sondern, wie indische Nationalisten erstreben, zur Goldvollwährung mit Goldumlauf übergehen, so wäre eine Silberkrise, nach Art der in den siebziger und achtziger Jahren, nicht unmöglich.

Literatur Die Gutachtensammlung des *Vereins für Sozialpolitik* über die neuen Grundlagen der Handelspolitik (München, Duncker & Humblot/ schreitet rüstig weiter. Der 3. Teil wendet sich unter redaktioneller Leitung Franz Eulenburgs der Weltwirtschaft zu. Allgemein gehalten sind die Beiträge Walther Tuckermanns über die Neuindustrialisierung der Erde, Melchior Palys über die Kapitalwanderungen nach dem Krieg, schließlich auch Charlotte Leubuschers über Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominien. Daran reihen sich handelspolitische Einzelländerdarstellungen: Holland und Belgien von Georg Jahn, Polen von Kurt Poralla, Großrumänien von Ernst Seraphim, Süd- und Mittelamerika von Wahrhold Drascher. Auf Gutachten über die Vereinigten Staaten und Ostasien scheint man leider verzichten zu müssen. Auch die Vereinsverhandlungen von 1926 in Wien sind unterdessen als 172. Band der Schriften erschienen. Die Referate erstatteten bekanntlich Bernhard Harms über Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, Franz Eulenburg über die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit, Friedrich Aereboe über Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft, Paul Mombert über Übervölkerungserscheinungen in Westeuropa, Wilhelm Winkler über die deutsche Bevölkerungsfrage, Fritz Karl Mann, Hans Mayer und Julius Bunzel über Steuerüberwälzung. ◊ Eine ganz vorzügliche Auseinandersetzung mit den heute wieder unversöhnlich sich gegenüberstehenden Geldtheorien ist Bruno Molls in 2. Auflage vorliegendes Heft Die modernen Geldtheorien und Währungssysteme (Stuttgart, Ferdinand Enke/. Was über Deckungs- und Kunstwährungen, Goldkernwährung gesagt wird, ist neben Machlups hier früher erwähneter Schrift die beste Vertretung der Goldkernwährung.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Wirtschaft und Gemeinde Im Januar traten Vertreter der Gemeinden Duisburg, Recklinghausen und Dortmund sowie der Unternehmervverbände in Essen zusammen, um sich darüber zu besprechen, wie man der Notlage der Ruhrgemeinden wirksam begegnen könne. Der Pressebericht über diese Beratung schließt mit dem Satz: »Vor die Frage gestellt, ob sie [die Industrievertreter] irgendwelche Vorschläge machen könnten, wie die Gemeinden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bei Festsetzung ihres Haushalts noch Einsparungen vornehmen können, konnten auch sie keine Vorschläge machen; es sei denn, daß Reich und Staat den Gemeinden einen Abbau in bezug auf persönliche und sachliche Ausgaben erlauben.« Der Vorgang ist charakteristisch. Wenn die Vertreter der Industrie, des Handels und des Handwerks, die sich als *die* Wirtschaft bezeichnen, diese mit sich identifizieren, im einzelnen Fall veranlaßt werden anzugeben, worin die Kommunen sparen können, versagen sie. Ihre Organisationen aber kämpfen gegen die Kommunen, weil sie die Herrschaft über die Kommunalverwaltung, die ihnen durch die neuen Wahlrechte genommen wurde, wiedergewinnen wollen. In einer im Dezember 1925 veröffentlichten Schrift des Reichsverbands der deutschen Industrie werden für die Gemeindeverwaltungen die folgenden Forderungen aufgestellt: Die Gesamtausgaben müssen gegenüber den Istaussgaben von 1924 um mindestens 20 % gekürzt werden. Das gilt übrigens auch für Reich und Länder. Durch den Finanzausgleich muß das notwendige Verantwortungsbewußtsein den kommunalen Körperschaften bei der Ausgabebewilligung geschärft werden. Daher darf ihnen das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer nur dann gewährt werden, wenn alle Schichten der Bevölkerung, die mittelbar und unmittelbar an der Beschlußfassung mitwirken, zu den Einnahmen beitragen. Die Gewerbesteuerlasten müssen ermäßigt werden. Ansammlung öffentlicher Gelder zur Schaffung von Rücklagen, muß grundsätzlich unterbleiben. Die Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe muß beseitigt werden. Die Kommunalaufsicht insbesondere über die Finanzen muß wieder wirksam gestaltet werden. Die Ausgabenwirtschaft der Kommunen wird als völlig verfehlt bezeichnet, ihre Finanzgebarung als besonders drückend hingestellt, und den Gemeinden wird vorgeworfen, daß

sie selbst in weitem Umfang an der übermäßigen Steigerung der kommunalen Ausgaben schuldig seien. Unzulänglicher Personalabbau, hohe Besoldung der Kommunalbeamten, Verwendung von Steuergeldern für überflüssige Zwecke sind nach Ansicht der Unternehmer die Ursachen der Ausgabensteigerung. Es ist begreiflich, daß diese Attacke den Deutschen Städtetag auf den Plan gerufen hat. Er hat in einer ausführlichen, sorgfältig ausgearbeiteten Denkschrift, Städte, Staat, Wirtschaft betitelt, gezeigt, wie sich der Finanzbedarf der Städte im Vergleich zu denen des Reichs und Preußens seit 1913 tatsächlich entwickelt hat. Daran schließt er eine Untersuchung über die Ursachen, die notwendig zu einer Ausgabensteigerung führen mußten, und macht eine Reihe sorgfältig durchdachter Vorschläge, wie man durch Vereinfachung der Verwaltung sparen könne. Die steuerliche Belastung pro Einwohner ist im Reich von 12,84 auf 60,52 Mark pro Kopf des Einwohners, also um 371%, in Preußen von 13,13 auf 36,50 Mark, also um 178%, bei den Städten von 38,30 auf 62 Mark, also um 62% gestiegen. Die Zahlen zeigen, daß der Mehrbedarf an Steuern in erster Linie durch das Reich, in zweiter durch Preußen und in dritter durch die Städte verursacht ist. Verständigerweise fügt die Denkschrift den Satz hinzu: »Es ist natürlich nicht angängig aus dem verschiedenen Ausmaß des Steuerbedarfs Vorwürfe herzuleiten.« Das ist an die Adresse der Unternehmerverbände gerichtet, die solche Vorwürfe stets ableiten und an andere Adressen richten. Die Tatsache, daß Deutschland fast 5 Jahre lang einen ungeheuren Krieg geführt hat, daß es diesen Krieg nicht zum wenigsten mit durch die Schuld gerade der Kreise verloren hat, die jetzt über Steuerbelastung und Mißwirtschaft der Gemeinden klagen: diese Tatsache besteht für sie nicht. Ihnen sind die Steuern zu hoch. Daher fort mit allem, was Geld kostet, ganz einerlei, welche Folgen daraus entstehen. Man kann die Kurzsichtigkeit nicht weiter treiben. Sehen wir uns den städtischen Finanzbedarf an. Er ist in der genannten Zeit pro Einwohner von 45,70 auf 76,30 Mark, also um 67% gestiegen. Berücksichtigt man die Geldentwertung, so ergibt sich, daß der Finanzbedarf nur unbedeutend größer und nicht mehr gewachsen ist als auch in anderen Zeiten, zum Beispiel vor dem Krieg. Zerlegt man diesen Finanzbedarf nach den einzelnen Verwaltungszweigen, so ergeben sich bei den größeren Aus-

gabeposten wirklich beträchtliche Steigerungen nur bei der Bauverwaltung und der Wohlfahrtspflege. Der Finanzbedarf stieg bei der Bauverwaltung von 3,90 auf 7,40 Mark pro Einwohner, also um 90%, bei der Wohlfahrtspflege von 5,60 auf 24,50 Mark, also um rund 337%. Von dem gesamten Finanzbedarf entfällt nunmehr auf die Wohlfahrtspflege 32,1%, gegen 12,3% im Jahr 1913. An 2. Stelle stehen die Schulverwaltungen mit 25,8 gegen 34,6%. Ihr Anteil hat also abgenommen. Dagegen ist der Anteil der Bauverwaltung von 8,5 auf 9,7% gestiegen. Diese Zahlen zeigen recht deutlich, daß die Steigerung des städtischen Finanzbedarfs so gut wie ausschließlich auf die größeren Bedürfnisse der Wohlfahrtspflege zurückzuführen ist. Diese sind aber nichts anderes als eine Folge des Krieges; das werden auch die Unternehmerkreise nicht bestreiten.

Untersucht man die großen Gebiete Personalwesen, Schulen, Polizei, Fürsorge, wie dies die Denkschrift des Städtetags tut, so kommt man überall zu einem doppelten Ergebnis. Der größte Teil der Ausgaben, die die Städte zu machen haben, besteht in Aufwendungen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind. Und selbst da, wo dies nicht der Fall ist, sind die Ausgaben größtenteils Zwangsausgaben. Wenn die Kommunen die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten, die Säuglingssterblichkeit durch ihre Einrichtungen bekämpfen, wenn sie körperlich schwache, unterernährte Kinder in Erholungsfürsorge schicken, so sind alle diese Ausgaben doch nur scheinbar freiwillig; tatsächlich müssen die Gemeinden diese Notstände bekämpfen, wenn sie nicht die Gesundheit der arbeitenden Klassen widerstandslos zugrunde gehen lassen wollen. Für die Erhaltung der Arbeitskraft sollten die Unternehmer vom Produzentenstandpunkt aus dankbar sein. Will man also die Ausgaben der Kommunen wirklich herabsetzen, so erschöpte man sich nicht in Deklamationen gegen die Gemeindeverwaltungen sondern zwingt Reich und Länder zu einer Änderung ihrer Gesetzgebung. Doch auch hiermit wäre wenig gedient, wenn die Notstände der Zeit bestehen bleiben. Diese muß man aufheben, dann werden auch die Ausgaben der Gemeinden auf ein normales Maß zurückgehen. Können die Unternehmer von sich sagen, daß sie alles getan haben diese Voraussetzung zu schaffen? Haben sie nicht vielmehr ihre zum großen Teil durch eigene Politik ruinierten Betriebe auf Kosten der Gemeinschaft saniert?

Eigenpublikationen

Von Erwin Steins Monographien deutscher Städte /Berlin, Deutscher Kommunalverlag/ ist ein weiterer Band erschienen. Er ist der Stadt *Glogau* gewidmet, die der Herausgeber als ein typisches Beispiel der deutschen Städte des Ostens hinstellt, die »Jahrhunderte lang auf vorgeschobenem Posten viele schwere Opfer gebracht und, nur auf ihre eigenen Kräfte gestützt, sich in zähem Ringen erhalten haben«. Mit der geschichtlichen Entwicklung Glogaus beginnt daher auch die Monographie, und geschichtliche Darstellungen finden wir durch das ganze Werk zerstreut. Hier betreten wir alten Kulturboden. Die weiteren Gebiete der Stadtverwaltung sind sorgfältig behandelt worden; auch das geistige Leben und die Wirtschaft der Stadt, Industrie, Handwerk, Verkehrswesen und Landwirtschaft, werden eingehend veranschaulicht. Die Schrift ist reich illustriert. Eine umfangreiche, mit zahlreichen Porträts, Stadtbildern und Abbildungen geschmückte und luxuriös ausgestattete Propagandaschrift hat der Magistrat der Stadt *Bielefeld* herausgegeben und Das Buch der Stadt genannt. Das Buch steckt seinen Rahmen weiter als die eben erwähnte Monographie. Es rundet das Bild der städtischen Verwaltung durch die Schilderung auch aller übrigen tätigen sozialen Kräfte, wie Kirchen, Zeitungswesen, Kunst und Museen, Gerichtswesen und insbesondere Industrie, Handel und Gewerbe. Ähnlich gestaltet ist die im Auftrag der Stadtverwaltung von Gottfried Entner herausgegebene Schrift über die Stadt *Neuß* /Düsseldorf, Deutsche Kunst- und Verlagsanstalt/. Bis in die Römerzeit reicht die Geschichte der Stadt zurück, deren Ruhm durch die siegreiche Abwehr der Belagerung durch Karl den Kühnen begründet wurde. Das Buch widmet diesen interessanten geschichtlichen Vorgängen eine Reihe von Kapiteln. Daran schließen sich die Darstellung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt, ihrer verkehrswirtschaftlichen Verhältnisse und Arbeiten über das soziale Leben der Stadt und die Art und Sprache ihrer Einwohner. Die eigentliche Stadtverwaltung kommt dabei etwas zu kurz. So erfahren wir nichts über das Schulwesen der Stadt. Der 2. Teil des Buches enthält Monographien der wichtigeren Betriebe der Stadt. Die Ausstattung ist noch luxuriöser als die des Bielefelder Buches; sind ihm doch eine Reihe von Originalradierungen, 4 Farbtabelle und 156 Abbildungen im Text beigegeben.

Einen Überblick über die Verhältnisse der ostpreussischen Städte, insbesondere soweit sie dem Ostpreussischen Bürgermeistertag angehören, aber auch der kreisfreien Städte, gibt das *Ostpreussische Städtehandbuch*, das der genannte Bürgermeistertag im Selbstverlag erscheinen ließ. Die einzelnen Städte und die einzelnen Abschnitte der Städtedarstellungen sind sehr ungleich bearbeitet. Viele wichtige Daten sucht man vergeblich. Immerhin ist hier das Städteleben einer Provinz in kurzen Monographien der Städte und durch reichen Bilderschmuck anschaulich gemacht.

In der Zeit der Inflation haben die meisten Städte darauf verzichten müssen *Verwaltungsberichte* herauszugeben. Neuerdings beginnen diese nun wieder zu erscheinen. Die Darstellung greift häufig bis zum Kriegsende zurück und versucht die Jahre zu erfassen, in denen infolge der Inflation, auch infolge der Besetzung und der Kämpfe um die Erhaltung des Reichs, die Stadtverwaltungen mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. So hat München-Gladbach für die Jahre 1921 bis 1925 einen Verwaltungsbericht herausgegeben, in dem die Darstellung dieser unruhigen Zeit einen großen Platz beansprucht. Berlin hat angefangen für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1924, also von dem Tag ab, an dem die neue Stadtgemeinde ins Leben trat, den Verwaltungsbericht zu erstatten /Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft/. Bisher liegen das 1. Heft (Einleitung und allgemeine Verwaltung), das 4. Heft (Wohlfahrtspflege), das 5. Heft (Schul-, Kunst- und Volkswirtschaftswesen) und das 6. Heft (Bau- und Wohnungswesen) vor.

Totenliste

Am 29. November 1926 starb der ehemalige Stadtverordnetenvorsteher und Ehrenbürger Berlins *Paul Michelet*, im Alter von 91 Jahren. In Michelet, der einer französischen Emigrantenfamilie entstammte, verkörperte sich ein Stück Berliner Geschichte. Nach jahrelangem Wirken als Bezirksvorsteher war er 1838 Stadtverordneter geworden; von 1894 ab unterstützte er Langerhans in der Leitung der Vorstandsgeschäfte, um dann 1908 selber den Vorsitz zu übernehmen, den er bis zum Kriegsende beibehielt. Noch als Achtzigjähriger war er von erstaunlicher Rüstigkeit und Sicherheit in der Amtsführung. Über alle Ressorts war er aufs genaueste orientiert, und sein Wort galt viel in allen Deputationen und Ausschüssen der Stadt Berlin.

Kurze Chronik Am 10. Dezember 1926 veranstalteten die Spitzenverbände der Unternehmerorganisationen in Berlin eine Kundgebung gegen die sogenannte kalte Sozialisierung. Es fanden sich auf ihr Hausbesitzer und Großindustrielle, Handwerksmeister und Bankdirektoren, Großhandel und Kleinhandel, Versicherungsanstalten und Landwirte einmütig zusammen, um die Verwaltungstätigkeit der öffentlichen Körperschaften für alle Schäden des Wirtschaftslebens verantwortlich zu machen. Charakteristisch waren die Ausführungen des Senators May aus Bremen, der für die Tatsache, daß in den letzten 1½ Jahren nicht weniger als 1200 Blumengeschäfte eingegangen sind, zum Teil die Konkurrenz der Stadtgärtereien und Friedhofsverwaltungen verantwortlich machte. \diamond Die Ausstellungseuche grassiert. Um für eine Theaterausstellung einen geeigneten Ausstellungsraum zu schaffen, baut Magdeburg eine bestehende Halle zur Stadthalle aus, wofür die Stadtverordneten 1,7 Millionen Mark bewilligten. War diese Ausgabe wirklich notwendig? \diamond 10 Millionen Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, die sich in Privatbesitz befanden, wurden von rheinisch-westfälischen Städten übernommen. \diamond In Wien wurde ein großer Gebäudekomplex feierlich eingeweiht, den die Stadt von den Architekten Mittag und Hauschka um einen parkähnlich angelegten Platz hat errichten lassen, mit schönen, hellen Wohnungen für 200 Familien. Ein Kindergarten und ein Jugendhort sind ebenfalls hier untergebracht. Das Ganze heißt zur Erinnerung an den ersten Präsidenten der Deutschen Republik Eberthof.

Literatur

Von dem von Otto Most herausgegebenen Sammelwerk *Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung* liegt nunmehr die 2., neu bearbeitete Auflage in 3 Göschenbändchen vor (Berlin, Walter de Gruyter & Co.). An die Stelle Otto Lyons und Franz Schrakamps, die beide verstorben sind, traten Léon Wespely und der Bearbeiter dieser Rundschau. Das Veraltete ist überall ausgemerzt worden. Die neue Auflage zeigt, welche ungeheure Umgestaltung die deutsche Stadtverwaltung erfahren hat. Die Vorzüge der 1. Auflage: gedrängte Darstellung, Klarheit der stofflichen Gliederung, zweckmäßige Einführung in die Literatur, sind auch bei der neuen festzustellen. Die 3 Bände können allen Praktikern und Studierenden dringend empfohlen werden.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert**Politik und Geist**

Was man dem deutschen Leben heute fast am meisten wünschen möchte, ist die Überwindung jenes merkwürdigen Dualismus zwischen Geist und Politik, der sich hier im Lauf der Zeit so tief eingewurzelt hat. Es wäre eine wichtige Aufgabe deutscher Geschichtsphilosophie den Werdegang dieses innern Bruchs im deutschen Leben einmal gründlich aufzuklären. Wie kommt es, daß das geistige Leben des heutigen Deutschlands, soweit es in unmittelbarer Beziehung zu den staatlich-politischen Institutionen und zum Wirtschaftsleben steht, zwar nicht arm ist an künstlerischen und ethischen Werten, doch ohne Wirkung auf grundlegende Gebiete der kulturellen Wirklichkeit bleibt? Die geschichtliche Erforschung dieser für Deutschland so wichtigen Gegenwartsfrage ließe vermutlich nicht erst die Aufklärung sondern bereits die Reformation (mit Luthers Lehre von den beiden Reichen) als entscheidende Etappe auf dem Rückzug des deutschen Geistes erscheinen. Man hört oft, die Politisierung der Literatur schließe notwendig einen Niedergang des geistigen Lebens in sich. Dies ist richtig, wenn man unter Politisierung des Geistes eine Unterordnung des Schaffens und Forschens unter staatliche, völkische Machtansprüche oder soziale Unterdrückungstendenzen versteht. Politisierung der Literatur bedeutet aber in Wahrheit, daß der Künstler, der Forscher, der Geistige überhaupt, seine Schaffungsaufgabe als Pflichtgabe an die Gemeinschaft empfindet. Der gestaltende Genius soll sich mit Herz und Verstand in die Grundlagen der Gesellschaft versenken, und wo er schöpft, soll er auch aus ihnen schöpfen, wo er gestaltet, soll er auch auf sie gestaltend wirken, denn sie bilden einen notwendigen und wesentlichen Bestandteil dessen, was die Totalität des menschlichen Seins bedingt. Alle Ökonomie, alle Politik, die vom Geist verlassen ist muß steril bleiben. Der Geistige wird durch diese Erkenntnis noch nicht zum politischen Führer. Aber es ist doch schon ein Anfang, wenn in Massen die Erkenntnis aufleuchtet, daß der Führer mehr ist als ein Funktionär, und wenn ein ernstes Gefühl für die schweren Verpflichtungen entsteht, die ein wirkliches, das heißt auf kulturelle Totalität gerichtetes Führertum gerade von der Sphäre des politischen und wirtschaftlichen Lebens her noch erwartet.

Man könnte den Dualismus, von dem hier ausgegangen wurde, und der gerade für unsere deutschen Verhältnisse als typisch zu bezeichnen ist, an einer Unmasse einzelner Symptome nachweisen. Hier sei nur auf die Sterilität des deutschen Parteilebens und der zugehörigen Journalistik und Publizistik verwiesen; auf die oft geradezu kindlich naiven Kundgebungen politisierender Professoren, Schulmänner, Theologen und Künstler während des Krieges und danach; auf das oft gerade in entscheidenden Situationen hervortretende Unvermögen deutscher Proletariatsmassen über den doktrinären Funktionär, den Salonsozialisten, den kommunistischen Routinier und die bürgerliche Zivilisationsideologie hinweg den Weg zu wahren sozialistischen Führertum zu finden. Es kann festgestellt werden, daß sich die deutsche Literatur gerade in solchen hervorragenden Vertretern, die sich früher gewissermaßen aus deutscher literarischer Tradition der politischen Sphäre ferngehalten haben, gegenwärtig bewußt die Frage vorlegt, ob es nicht angebracht sei mit dieser Tradition zu brechen und eine Verbindung herzustellen, die, wenn sie sich erst einmal auszuwirken beginnt, einen wichtigen Schritt in der innern Entwicklung des deutschen Volkes und zugleich eine wichtige Voraussetzung für ein nicht bloß politisches und wirtschaftliches Zusammenwirken mit seinen Nachbarn bedeuten kann.

Als ein Symptom für diese Wendung kann man Thomas Manns Buch Bemühungen /Berlin, S. Fischer/ betrachten, das, äußerlich gesehen, eine Sammlung von Vorträgen, Aufsätzen und Bücheranzeigen darstellt, die von Mann in den letzten Jahren gehalten, respektive in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht worden sind. Was hier vor allem hervorgehoben werden soll, ist das in dem Werk in der Tat hervortretende Bemühen des Dichters einen den neuen politischen Formen in Deutschland entsprechenden neuen Inhalt für das alte Ideal der Humanität zu finden, der nicht lediglich doktrinäre Aufwärmung klassischer Formulierungen dieser großen Aufgabe der nationalen Selbsterziehung bedeutet sondern bei aller Anlehnung an klassische Gestalter der deutschen Vergangenheit, bei aller positiven Haltung zu großen Bahnbrechern des modernen deutschen Geistes, weit genug ist, um die großen modernen Genien des Ostens, des Nordens, des Südens und des Westens brüderlich zu umschließen. Am stärksten

tritt diese politische Seite einer scheinbar so wesentlich unpolitischen geistigen Arbeit in der im Mittelpunkt der Sammlung stehenden Rede Von deutscher Republik hervor, die der Dichter im Jahr 1923 vor akademischer Jugend gehalten hat. »Die Republik«, sagte Thomas Mann an einer gewissen Stelle der Rede, »ist ein Schicksal, und zwar eines, zu dem amor fati das einzig richtige Verhalten ist. Das ist kein zu feierliches Wort für die Sache, denn es handelt sich um keine Kleinigkeit von Schicksal: Die sogenannte Freiheit ist kein Spaß und Vergnügen, nicht das ist es, was ich behaupte. Ihr anderer Name lautet Verantwortlichkeit, und damit wird deutlicher, daß sie vielmehr eine schwere Belastung ist; und zwar namentlich für das geistige Talent.« Man muß sich, wenn man solches liest, darüber klar sein, daß die politische Staatsform der Republik an und für sich noch in keiner Weise eine Garantie gegen das ungehemmte Fortbestehen derjenigen »alten« Mächte bietet, die sich in Deutschland mit so großem und dauerndem Erfolg der Aufrichtung jeder echten, das heißt auf dem Primat des Geistes beruhenden Kulturordnung entgegengestellt haben. Die Erfahrungen seit dem Krieg lassen sich sogar in mancher Hinsicht als Beleg dafür in Anspruch nehmen, daß die »alten Mächte« in der Republik fast noch größere Verheerungen anrichten können als es jemals unter dem monarchischen Regime möglich war, wenn sie eben nicht ihren Meister finden in dem geistigern, menschlichern Führertum, das die Republik nach ihrer Idee erfordert. Das Kriterium für das in Frage kommende Führertum ist selbstverständlich nicht nur der Grad des Verantwortungsgefühls sondern auch ein Inhalt, der Antwort auf die Frage nach der Verantwortung *wofür* gibt. Doch nicht für die republikanische Staatsform als solche sondern für die Republik, insofern sie als unumgängliche Voraussetzung für die Verwirklichung einer Idee angesehen wird. Und hier ist die Antwort Thomas Manns, der diese Idee in dem Begriff der Humanität findet, nicht zureichend. Wir, die wir von den werden wollenden Dingen und ihren Forderungen an uns ausgehen, müssen die Idee als Schaffensgebot weiter und strenger fassen. Aber das darf uns nicht abhalten die Bemühungen Thomas Manns zu den besonders erfreuenden Kundgebungen der zeitgenössischen deutschen Literatur zu zählen.

Von der Vergiftung des Geistes als Ursache des Krieges und der Revolution handelt ein Buch, als dessen Verfasser Gustav Büsscher zeichnet, das aber keinerlei Angaben über Verlag noch Druckerei enthält. In einem zu Wallisellen bei Zürich im Juli 1922 niedergeschriebenen Vorwort erklärt der deutsche Verfasser, das Schicksal Deutschlands im Krieg und nach dem Krieg habe ihm bewiesen, daß die deutschen Fehler größer gewesen seien, als er selbst früher geglaubt habe. Er sei auch heute noch überzeugt, daß die Vorwürfe, gegen die er Deutschland während des Krieges in der ausländischen Presse häufig in Schutz genommen habe, größtenteils ungerecht und mindestens einseitig gewesen seien. Damit habe er aber nie sagen wollen, daß er Deutschland für fehlerfrei halte. Gerade darum aber, weil er der Überzeugung sei, daß nicht nur ein einzelnes Volk oder eine einzelne Regierung sondern eine in allen Ländern mehr oder weniger verbreitete Gesinnung der wahre Urheber des Weltkrieges gewesen sei, halte er es für seine Pflicht in seinen Landsleuten das Bewußtsein ihrer eigenen Fehler zu wecken, und diesem Bestreben verdanke sein Buch, das im Untertitel eine »Untersuchung über den Weg des Machtgedankens in der deutschen Seele« verspricht, seine Entstehung. Eine annähernde Vorstellung von der Tendenz des Buches geben Kapitelüberschriften wie diese: Die Schuld des deutschen Idealismus, Der deutsche Sozialismus als Keimzelle des Machtglaubens, Das Preußentum als Nährboden des Machtglaubens, Wilhelm II als Repräsentant des Zeitgeistes, Der deutsche Nationalismus als Träger des Machtglaubens, Der Machtglaube im Bekenntnis deutscher Politiker. Originell ist in dem Werk die Darstellung des geschichtlichen Weges, den der Machtgedanke innerhalb des deutschen Liberalismus im Lauf des 19. Jahrhunderts genommen hat. Aber wie wichtig wäre es für das Verständnis der allgemeinen abendländischen Kulturlage, wenn die Entwicklung, die die liberale Parole in den anderen Ländern eingeschlagen hat, zu dieser deutschen Entwicklung anschaulich in Parallele gestellt wäre. Das gleiche gilt von der Kritik, die Büsscher am deutschen Sozialismus, am deutsch-preußischen Militarismus und seinem Zusammenbruch in der bei uns so genannten Novemberrevolution übt. Der Hauptmangel des Buches liegt darin, daß es stark in der Kulturkritik, aber schwach im Positiven ist.

Dieses Positive könnte darin bestehen, daß man sich nicht gegen die Erkenntnis der politischen Macht als einer Realität wendet oder so tut, als ob Macht oder Erkenntnis der Macht als geschichtlicher Realität an sich etwas Schlechtes wäre, sondern daß man danach fragt, ob die Macht im Dienst von Ideen, im Dienst des Guten oder, um mit Büsscher zu reden, Gottes stehe oder selber als ein Götze angebetet wird, dem ein oberster Wert an und für sich innewohne. Hätte sich Büsscher mit diesen positiven Fragen klarer auseinandergesetzt, dann wäre er auch in seiner Kulturkritik treffsicherer und fruchtbarer. Denn die Kritik der Großstädte und des großstädtischen Sozialismus in allen Ehren, aber die Predigt von der Rückkehr in ländliche Einfachheit oder zur guten alten Zeit erzeugt doch bestenfalls nur romantisches Ressentiment, wird aber nie und nimmer Überwinder der alten und Schöpfer einer neuen Welt hervorbringen.

Deutschland und Frankreich Die Besprechungen, die auf die Initiative des luxemburgischen Industriellen Mayrisch zwischen deutschen und französischen Politikern, Wirtschaftsführern und Persönlichkeiten des geistigen Lebens (Ernst Robert Curtius, Walter Simons, Henri Lichtenberger, Wladimir Graf d'Ormesson und anderen) stattfanden, haben zur Gründung eines Deutsch-Französischen Informationsbureaus über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse beider Länder geführt. Das Bureau hat eine Stelle in Paris und eine solche in Berlin. Aus Anlaß dieser Gründung schrieb d'Ormesson im Temps: die Mißverständnisse zwischen Deutschland und Frankreich seien vor allem auf Unkenntnis und auf den Irrglauben zurückzuführen, was dem einen Land nütze, müsse dem andern schaden; deshalb sei unerläßliche Voraussetzung für eine Annäherung beider Länder die Schaffung zuverlässiger Auskunftsstellen zur Aufklärung von Irrtümern und Beseitigung von Mißverständnissen. Im Echo de Paris wurde die Gründung mit der Erklärung begrüßt, Frankreich habe, um der englischen Vormundschaft zu entgehen, nur den Weg einer direkten Annäherung an Deutschland; er müsse auf breiter Basis, mit Großdeutschland, beschritten werden. Bei einer vom Lessingtheater veranstalteten Aufführung des Diktators von Jules Romains, der in der deutschen Übersetzung von Hans Feist und mit Albert Bassermann in der Titelrolle gegeben wurde, wurde der Autor in Berlin mit

großer Sympathie aufgenommen. Auch sein Roman *Lucienne* ist dem deutschen Publikum in der Übersetzung Otto Grautoffs /Berlin, Propyläenverlag/ zugänglich gemacht worden. Diese Ereignisse sind aus dem Grund sehr erfreulich, weil *Romains'* europäische Gesinnung dem gemeinsamen Schaffen Deutschlands und Frankreichs auf geistigem Gebiet besonders vorarbeitet. Dem gleichen Ziel führten Vorträge Henri Lichtenbergers entgegen, die dieser Gelehrte auf Einladung der Philosophischen Fakultät der Universität in Frankfurt und der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin über Goethe und Frankreich und über Weltbürgertum hielt. Der Aufgabe Deutschland und Frankreich auf literarischem und künstlerischem Gebiet anzunähern dient ebenfalls die von Raymond Charpentier, dem frühern Herausgeber der *Comœdia*, gegründete Pariser Wochenschrift *Chantecler*. Ihre Januarnummer brachte Nachrufe auf Rainer Maria Rilke und Siegfried Jacobsohn. Wenige Tage vor dem Tod Rilkes erschien ein Heft *Reconnaissance à Rilke* der *Cahiers du Mois* /Paris, Emile-Paul Frères/, in dem eine Gruppe französischer Dichter sich vereinigt haben, um dem Dichter, der seine letzten Jahre in Frankreich verbracht hatte, die Huldigung Frankreichs darzubringen.

Deutschland und Frankreich hieß auch das Thema, mit dem die Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte am 31. Januar die Reihe ihrer kontradiktorischen Vortragsabende in Berlin, die sie im vorigen Jahr unter dem Titel *Der Aufbau* begonnen hatte, wiederaufnahm. Der überfüllte Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats bewies, wie sehr der Gedanke der deutsch-französischen Gemeinschaftsarbeit bereits ein Postulat aller geworden ist, die einen neuen Aufbau wollen. Julius Kaliski zeichnete in seinem einleitenden Referat in knappen Strichen den Leidensweg der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seit dem Ausgang des Weltkriegs. Obgleich der Annäherung beider Völker an einander von englischer und vönglischer Seite immer wieder neue Hindernisse in den Weg gelegt wurden (in ausgezeichnete Weise zeigte später Richard Kleineibst durch die Wiedergabe von Aussprüchen englischer Wirtschaftskapitäne, wie die englische Industrie gegen Deutschland und Frankreich gearbeitet hat), hat es sich doch so sehr erwiesen, daß für beide Völker die Kooperation einfach eine Lebensnotwendigkeit ist, daß 3 Jahre nach dem Ruhrkrieg der Eisenpakt abgeschlossen wurde. Freilich, un-

sere Öffentlichkeit kann sich doch ihr Übelwollen noch nicht abgewöhnen. Wie ist Poincarés Revalorisierung des französischen Franc mit Entstellungen und falschen Prophezeiungen schlecht gemacht, als verfehlt und hoffnungslos hingestellt worden! Und doch hat gerade diese Tat bewiesen, wie ernst und ehrlich man in Frankreich die Aufrichtung der Wirtschaft, der französischen und damit der kontinentaleuropäischen, betreibt. In der Aussprache stellte Arnold Rechberg dar, wie sehr die deutsch-französische Wirtschaftsgemeinschaft schon in der kurzen Zeit ihres doch recht fragmentarischen Bestehens der deutschen Wirtschaft genützt hat. Der Vorsitzende des Schlesischen Landbunds, Prätorius Freiherr von Richthofen, betonte, daß gerade die deutsche Landwirtschaft an einer stabilen Währung in Frankreich wie in Polen stark interessiert sei. Kurt Tucholsky führte das Leben des französischen Volks im Alltag vor Augen: ein wohlthuender Gegensatz zu vielen literarischen Impressionen, in denen meist nur der betreffende Autor, nicht der Gegenstand gespiegelt wird. Die Bedeutung der deutsch-französischen Annäherung für die Menschheitskultur zeigte in schönen, dem Hörer sich tief einprägenden Sätzen Maximilian Harden. Es geht in der Tat nicht nur um Eisen und Kartoffeln, es geht um das Schaffen selbst. (Wie sehr fehlt uns da in Deutschland seit einigen Jahren Hardens Zukunft.)

Frankreich Die wichtigste Voraussetzung jeder Zusammenarbeit ist gegenseitige Kenntnis. Sie zeigt, worin man sich verstärkt, worin man sich ergänzt, sie nimmt jedem die Selbstgefälligkeit, verhindert ebenso Würdelosigkeit. Daher bedeutet die Verbreitung der Kunde französischer Kultur in Deutschland, deutscher Kultur in Frankreich eine Vorbereitung produktiver Gesamtleistung. Was auf diesem Gebiet geschieht, muß mithin in dieser Rundschau stets mitgeteilt werden. Auf Otto Grautoffs verdienstliche Arbeiten über das moderne Frankreich ist wiederholt in dieser Rundschau (1925 Seite 422 und 1926 Seite 329 und folgende) hingewiesen worden. Eine weitere wertvolle Ergänzung dieser Arbeiten bildet die aus gesammelten Aufsätzen zusammengestellte Schrift *Das gegenwärtige Frankreich* /Halberstadt, H. Meyer/. Der an die Spitze gestellte Aufsatz *Neue Aufgaben zur Frankreicherkennntnis*, in dem sich Grautoff besonders für die Schaffung eines Jahrbuchs mit kulturkundlichen Materialien über das heu-

tige Frankreich und für ein in Deutschland zu schaffendes Frankreichsinstitut einsetzt, ist bereits seinerzeit hier gewürdigt worden. Aus dem neuen Band sind besonders die vergleichenden Betrachtungen hervorzuheben, die der Verfasser über den Klassizismus und die Romantik in Frankreich und Deutschland anstellt. Dann bemerkenswerte Betrachtungen über das Weltgefühl in der neuern französischen Malerei, über die Eigenart der französischen Erotik, die besonders in Deutschland immer wieder falsch gedeutet wird. Weiter gibt Grautoff eine Schilderung der Wandlung des französischen Geistes um 1925, woraus besonders der Teil hervorzuheben ist, der sich auf die bei uns viel zu wenig beachtete französische Provinz bezieht. Auch der Aufsatz über Anatole France und die Jugend bringt Gesichtspunkte, die für das deutsche Verständnis des französischen Geisteslebens seit dem Krieg, im Grunde schon von vorher, ganz besonders wichtig sind. An den Materialien, die Grautoff im 2. Teil seines Buches darbietet, und die sich mit dem geistigen Leben in der Provinz, dem Collège de France, den Organisationen der französischen Studentenschaft, der Vertretung der Germanistik in Frankreich und der Frage der Wiederaufnahme der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beschäftigen, fällt als besonders beachtenswert auf der an dem Bildungsgang und den Studiengebieten führender französischer Germanisten (Henri Lichtenberger, Charles Andler, Edouard Vermeil usw.) erbrachte Nachweis eines sich auf alle Grundgebiete des deutschen Kulturlebens erstreckenden wissenschaftlichen Interesses und damit abermals einer Erscheinung des beiderseitigen Geisteslebens, die die vergleichende Betrachtung gar nicht genug betonen kann. Eine wertvolle Übersicht neuerer, 1919 bis 1926 veröffentlichter zur Erkenntnis Frankreichs wichtiger Schriften, die Sammlern und Bibliotheken Anregungen geben soll, beschließt die lesens- und empfehlenswerte Schrift.

Auch Victor Klemperers Buch Die moderne französische Literatur und die deutsche Schule /Leipzig, B. G. Teubner/ will eine bessere Beurteilung französischen Geisteslebens durch Deutsche fördern. Es ist aus 3 Vorträgen hervorgegangen, die vor deutschen Neuphilologen gehalten und von dem Bestreben geleitet wurden das Anders-, nicht das Besser- oder Schlechtersein der französischen Literatur im Vergleich zur deutschen klarzustellen. Der 1. beschäftigt sich mit der Art, wie der französische

Geist literarische Einflüsse, die ihm im 19. Jahrhundert von Deutschland her gekommen sind, verarbeitet respektive zurückgewiesen hat. An den Strömungen der Romantik, des Positivismus und der Neuromantik, so wie sie im französischen Geistesleben des 19. Jahrhunderts hervorgetreten sind, wird diese Frage näher untersucht. Wesentlich sind da zum Beispiel die Bemerkungen über Renan, der bei allem Skeptizismus doch ein Wegbahner für die neue französische Gläubigkeit geworden ist, die sich bewußt von den Unzulänglichkeiten des kritischen Historismus abkehrt und einer neuen, erst recht wieder echt französischen Katholizität zuwendet. An einem kleinen, aber doch sehr treffend ausgewählten Beispiel einiger Zeilen aus Rimbaud wird gezeigt, daß man der zu erkennenden Eigenart nicht gerecht wird, wenn man an ihr vorwiegend das, was dem Betrachter wesensverwandt ist, als ihren Kern betrachtet. Die Art, wie Klemperer eine vollkommen richtige Methode kulturkundlicher Forschung auf die Betrachtung der französischen Literatur anwendet, mutet hie und da ein wenig pedantisch an, und die gezogenen Folgerungen münden oft in Feststellungen aus, die ans Selbstverständliche grenzen. Aber bei der gerade in der deutschen Beschäftigung mit fremden Kulturkreisen oft anzutreffenden Vorliebe nur das positiv wertend herauszuarbeiten, was gerade dem Betrachter als wesensverwandt erscheint, statt auch das Wesensfremde, erst recht dieses, zu berücksichtigen und so zu wirklich umfassender Kulturerkenntnis vorzudringen, wird auch solches Selbstverständliche verdienstvoll. Im Sinn einer auf das romanistische Studiengebiet angewandten humanistischen Kulturkunde, die weder bloße Philologie noch bloßer Ästhetizismus, weder allzu vage Kulturwertung noch einseitig pazifistische oder chauvinistische Kulturbetrachtung ist, beantwortet Klemperer auch im 2. Vortrag die Forderung der romanistischen Kulturkunde für die Gestaltung des akademischen Studien- und Prüfungswesens und für den Unterricht in den Oberklassen der deutschen Höheren Schulen. Der 3. Vortrag schließlich, der von der Stellung der neuesten französischen Literatur in der deutschen Schule handelt, kommt zu dem folgenden Ergebnis: »Sie [eine französische Dichtung] wird dem Unterricht nur dann wirklich dienen, wenn man sie nicht aus dem Zusammenhang der langen und großen Entwicklung reißt, in die sie hineingehört. Und niemals sollte der Lehrer ein Buch seiner

Klasse vorlegen, demgegenüber er sich nicht klar ist über die Zusammenhänge mit dieser Entwicklung. Denn dessen kann er unbedingt gewiß sein, daß jedes Buch der französischen Literatur, aber auch jedes wie immer gerichtete Buch mit der französischen Tradition verflochten ist. Mit ihr vor allem, und dann erst irgendwelchen fremden Einflüssen, die alle nur so weit zu wirken vermögen, als sie nicht den dauernden Grundeigenschaften des französischen Geistes widersprechen. Es ist damit, wie mit dem neuesten Aussehen der französischen Hauptstadt: Automobile und Neubauten und Engländer in Massen, aber wenn man genau hinsieht, erkennt man dennoch das alte Paris.«

Zu dem Besten, was je in deutscher Sprache über Paris geschrieben worden ist, gehört ein kleiner Essay Paris, den Karl Scheffler in seine neue Essaysammlung *Zeit und Stunde* /Leipzig, Inselverlag/ aufgenommen hat. Dieser wahrhaft klassische Aufsatz, der bei aller Kürze gehaltvoll, bei allem Enthusiasmus sachlich, bei allem Einfühlungsvermögen für fremden Geist und fremde Schönheit doch deutsch ist, sollte in keinem Buch, das die deutsche Jugend in die Seele Frankreichs einführen will, fehlen. Den Ausgangspunkt der Betrachtung bildet der Stadtplan von Paris, dessen Entwicklung bis in die Zeit Napoléons III noch einmal in seinen entscheidenden Phasen nachgezeichnet wird: »Es ist ein Wachstum gewesen, das sich in allen Jahrhunderten mit starker Bildhaftigkeit ausgeprägt hat, und dessen Denkmale historisch so geordnet und erhalten sind, daß Paris zur schönsten und lebendigsten Hauptstadt Europas geworden ist.« Das Wunderbare an dieser Stadt ist ja in der Tat, daß sie, wie kaum eine andere Stadt der Welt, Nationales und Allgemeinemenschliches, Aristokratisches und Demokratisches, Historisches und Modernes in sich vereinigt, daß ihr Bild wie aus einem Guß ist, und daß der Geist, der während der Jahrhunderte durch viele Stilformen dahinging, immer der eine, gleiche geblieben ist. Was sich beim Anblick von Paris ferner immer wieder als besonders schön aufdrängt, ist, wie Scheffler mit Recht hervorhebt, dies, daß es, obwohl die endgültige Fixierung seines Plans und seiner Architektur bereits in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgt ist, so gar nicht museumshaft wirkt und eigentlich moderner ist als aller Amerikanismus. Die ganze Sinnlichkeit des französischen Genies, seine schöpferische Naivetät, seine Begabung für Anmut, Maß, Form und

phantasievolles Spiel, spiegeln sich im Bild dieser Stadt, deren Bevölkerung vor allem mit dem Auge lebt, wider, und die darin zum Ausdruck kommende Be-seelung des Materielle ist es vielleicht auch, was die Deutschen, wenn sie sie selber sind (was in unserer Zeit des aufgeregten und im Grunde doch stumpfen Amerikabyzantinismus nur sehr bedingt der Fall ist), immer mehr zum französischen als zum angelsächsischen Wesen hinzieht. (Hier sei auch erwähnt, daß von Scheffler auch schlußreichem Buch Paris, das vor dem Krieg, gleichfalls im Inselverlag, erschien, vor kurzem eine 2. Auflage herauskam.) Auf manches andere, was Scheffler in seiner Essaysammlung vortrefflich herausgearbeitet hat (zum Beispiel die Gefahr, die für Deutschland darin liegt, daß es seine staats- und kulturpolitischen Talente heute mehr denn je verbitternder Einsamkeit ausliefert, statt sie in den Dienst schöpferischen Aufbaus zu stellen), wird man noch in andern Zusammenhang zurückkommen.

Lesebücher Jean Pauls politisches Bekenntnis nennt sich ein »Taschenbuch für Deutsche«, das aus den Werken *Jean Pauls* solche Stücke ausgewählt hat, die noch für die Gegenwart beachtenswert erscheinen können /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Die Auswahl bringt zunächst eine Anzahl zusammenhängender Abhandlungen, die Jean Pauls politischen Schriften, nämlich der Friedenspredigt, den Dämmerungen für Deutschland und den Politischen Fastenpredigten während Deutschlands Marterwoche entnommen sind. Hinzu kommen Stücke aus einem Tagebuchsatz von 1817 und aus dem *Hesperus*. Dann folgen, nach Rubriken geordnet, einzelne Gedanken, die den übrigen Werken Jean Pauls entnommen sind. Die Sammlung schließt mit der zuerst im Kriegskalender auf 1810 veröffentlichten Humoreske *Mein Aufenthalt in der Nepomukkirche während der Belagerung der Reichsfestung Ziebingen*.

Eine schöne Auswahl aus *Heines* literarischem Schaffen bringt Heinrich Werneke in seiner Schrift *Ausgewählte Stücke von Heinrich Heine* /Kehl, Selbstverlag H. Werneke/. Das konventionelle, meist durch den Schulunterricht genährte Urteil läßt Heines Lyrik gelten, konstatiert seine vor nichts haltmachende Ironie und gibt so ein ebenso unvollständiges wie oberflächliches Bild seiner Persönlichkeit und seines Lebenswerks. Eine Auswahl wie die erwähnte, die vor allem auch Heines politische Publizistik mit

berücksichtigt, kann nur dazu dienen dieses Bild zu vervollständigen und überdies menschlich zu vertiefen. Die Erziehung hat die Aufgabe den menschlichen Genius da, wo er am Weltübel leidet, und wo er in reiner und edler Begeisterung für Freiheit und Menschenwürde, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit flammt, auf die Jugend wirken zu lassen. Die Behandlung, die Heine und sein Werk in dieser Hinsicht durch die deutsche Nachwelt erfahren haben, bietet ein beschämendes Beispiel dafür, wie vieles vom guten Deutschland durch schlechte Geschichtsschreibung verschüttet worden ist, und welche Aufgaben hier noch einer deutschen Geschichtsschreibung und Erziehung harren.

Einer anders gearteten Korrektur konventioneller Anschauungen über Persönlichkeiten der deutschen Geistesgeschichte will die von Anton Kuh eingeleitete und herausgegebene Auswahl Börnes der Zeitgenosse /Wien, Verlag der Wiener Graphischen Werkstätte/ dienen, nämlich derjenigen, die das Bild Börnes des Klassikers erfährt, wenn dem Leser das des Zeitgenossen nahegerückt wird. Die Stücke der Auswahl sind den Pariser Briefen, den Kritiken, den Vermischten Aufsätzen sowie den Fragmenten und Aphorismen entnommen. Die Absicht, von der sich der Herausgeber dabei leiten ließ, formuliert er mit folgenden Worten: »Dem Herausgeber lag daran aus 2000 durch ihre Stoffbedingtheit oft schon verwelkten Seiten einen Extrakt zu ziehen, der eine Literaturlegende Lügen straft und des Autors zeitgenössisches Anrecht, vielmehr Vorrecht, nachweist. Es kam also vorwiegend jener Teil Börnes in Betracht, der noch tagbezüglich fortlebt. Wenn hierbei fast mit Mühe der Neigung das Verschulden germanistischer Reverenz wiedergutmachen und den andern Teil auch dort hinzuopfern, wo er zugleich die höchste Meisterschaft deutscher Prosa darstellt, widerstanden wurde, so geschah es aus dem Grund: neben denen, die den Zeitgenossen Börne nicht kennen, auch die zu ihm zu bringen, die nicht einmal den Schriftsteller kennen.«

Endlich sei noch angezeigt, daß 2 Berliner Gymnasiallehrer, Ernst Pilch und Gustav Schultze-Buchwald, für die Primaner Höherer Lehranstalten eine Anthologie *moderner Dichtung* zusammengestellt haben, die die Literatur vom Naturalismus bis zur Gegenwart umfaßt /Leipzig, O.R. Reiland/. Solche Versuche können nicht genug gelobt werden, mag man auch über die Anwendung der Methode hier und da andere Meinung hegen.

Zeitschriften Vorzügliche Aufsätze zur Orientierung über solche Vertreter und Gebiete des modernen europäischen Geisteslebens, die sonst in der linksgerichteten oder freigeistigen deutschen Literatur weniger beachtet werden, bringt die seit Oktober 1925 erscheinende und von Friedrich Schreyvogel herausgegebene Monatschrift *Abendland* /Köln, Gildeverlag/. Unter ihren Mitarbeitern vereinigt sie die katholische Intelligenz Österreichs, Deutschlands, Italiens, Frankreichs, Polens zur Durchdringung von Grundfragen der europäischen Kultur, Politik und Wirtschaft im Sinn des katholischen Universalismus, gibt aber auch solchen Stimmen das Wort, die außerhalb des Katholizismus stehen.

Die von Engelbert Graf herausgegebenen *Jungsozialistischen Blätter* /Berlin, Arbeiterjugendverlag/ widmen das Oktoberheft 1926 vorwiegend der Frankreichkunde. Alfred Faust gibt eine vortreffliche Einführung in das allgemeine Verständnis der französischen Politik, Richard Kleineibst behandelt wesentliche Züge des französischen Lebens, und Anna Siemsen charakterisiert einige hervorragende Vertreter der französischen Literatur (France, Rolland, Philippe, Péguy, Barbusse, Werth).

In eigenem Verlag und eigener Redaktion gibt Heinrich Werneke in Kehl am Rhein eine der deutsch-französischen Verständigung dienende Zeitschrift *Frankreich* heraus. Das mit Bildern aus dem französischen Kulturkreis geschmückte Blatt bringt ausgewählte Stücke aus der klassischen französischen Prosa und Dichtung, deutsche Übersetzungen guter französischer Lesebuchstücke, Schilderungen von Land und Leuten, französischen Sitten und Gebräuchen und dazwischen klassische Urteile über Frankreich, seine großen Führer und kulturellen Leistungen. Die Verdienste, die Werneke sich in jahrelanger, von feinstem Verständnis und vorbildlicher Gesinnung getragener Arbeit um die geistige Annäherung der deutschen und französischen Jugend erworben hat, sind nicht hoch genug anzuschlagen.

Unter den französischen Zeitschriften, die für den Gedanken eines neuen Europas eintreten, ist mit an erster Stelle die von Louise Weiß seit 8 Jahren herausgegebene *Europe Nouvelle* zu nennen. Eine Sondernummer, die alljährlich zu den Genfer Völkerbundsversammlungen erscheint, behandelt jeweils die wichtigsten Fragen dieser Tagungen. Die letzte stellte den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in den Mittelpunkt.

Kurze Chronik Der *Friedensnobelpreis* für 1925 wurde Chamberlain und Dawes, der für 1926 Briand und Stresemann zugesprochen. ◊ In einer *kulturpolitischen Kundgebung* in München gaben unter anderen Heinrich Mann, Thomas Mann und Vertreter der Musik und der bildenden Künste der Überzeugung Ausdruck, daß die Stadt München augenblicklich unter dem Einfluß der politischen Reaktion und der geistigen Engherzigkeit ihre traditionelle Bedeutung als wichtiges Zentrum schöpferischen Lebens auf den Gebieten des geistigen und künstlerischen Schaffens immer mehr verliere. Auch der derzeitige Rektor der Universität München, der Romanist Karl Voßler, rief am Reichsgründungstag zu einer neuen kulturpolitischen Gesinnung auf; ein Symptom dafür, daß München wieder den Zusammenhang mit dem europäischen Geist sucht. ◊ Mit der Leitung des Deutschlanddienstes in der Abteilung für Auskunfft und Literaturnachweis beim *Pariser Völkerbundsinstitut für geistige Zusammenarbeit* wurde Margarete Rothbarth betraut. Sie gibt in dem Organ *Völkerbundsfragen der Deutschen Liga für Völkerbund* regelmäßig aufschlußreiche und sachkundige Chronikberichte über die laufenden Arbeiten des Völkerbunds. ◊ In Brüssel hat sich ein *Deutsch-Belgisches Komitee* gebildet, das neue Wege für eine geistige Annäherung zwischen Deutschland und Belgien suchen soll. ◊ Die chinesische Regierung hat der Bibliothek des Völkerbunds in Genf ein Exemplar der aus 800 Bänden bestehenden *chinesischen Enzyklopädie* geschenkt. ◊ Auf der Breslauer Tagung der deutschen *Geschichtslehrer* an Höheren Schulen im Oktober 1926 sprach Hermann Pinnow, der Verfasser des bei Teubner veröffentlichten *Geschichtslehrbuchs*, über die Behandlung der deutschen Dinge in den ausländischen Geschichtsbüchern. Er forderte, daß sich auch die deutschen Geschichtslehrer in die große Gemeinschaftsarbeit der Geschichtslehrer, die sich augenblicklich in Europa in der Frage der Lehrbücher bildet, hineinstellen und an der dauernden Befriedung der Völker mitarbeiten müßten. Der Verband der deutschen Geschichtslehrer sollte zusammen mit anderen nationalen Fachlehrervereinigungen die Geschichtslehrbücher unter dem Gesichtspunkt der Völkerverständigung überprüfen. Der preußische Unterrichtsminister Becker hielt eine Rede gegen den Pragmatismus und Positivismus der Geschichtsdarstellung; er trat für das Recht des Historikers auf einen vom

Geist getragenen Subjektivismus ein und begrüßte die Wendung zur Geschichtsphilosophie in der neuern Geschichtswissenschaft. ◊ In *Saloniki* wurde eine Universität gegründet, die besonders hohe Bedeutung für das mazedonische Griechenland haben wird. Die wichtigsten Lehrstühle wurden mit Gelehrten besetzt, die sich durch ihre Arbeiten auch im Ausland schon einen Namen gemacht haben, wie Hadschidakis, Zundas und Karolidis. ◊ Die Anzahl der staatlichen Schulen *Spaniens*, die jetzt etwa 1000 beträgt, soll auf 1500 erhöht werden, um das Analphabetentum zu bekämpfen, das nach der Statistik 50 % der Bevölkerung umfaßt. ◊ In Ungvar in Karpathorußland wurde die erste *Zigeunerschule* eröffnet; die Unterrichtssprache ist das Slowakische. Es ist der erste Versuch in der Tschechoslowakei die Zigeuner der Schulbildung zuzuführen.

Literatur Ein »vollkommen neuer Typ eines einbändigen Nachschlagewerks« will *Der Kleine Herder* sein [Freiburg, Herder & Co.]. Keine Enzyklopädie, kein Konversationslexikon sondern in der Hauptsache ein praktisches Hilfsbuch, im Geschäftsleben, auch in der Schule und in öffentlichen Veranstaltungen. Entscheidend für die Auswahl und für die Erklärung war die Brauchbarkeit im täglichen Leben. Alles auf denkbar kleinstem Raum, für jedes Stichwort meist nur wenige Sätze, dazu aber auch Bilder und Tafeln. Daß da manches unvollständig bleiben muß, ist klar. So muß man es gerade hier bedauern, daß bei dem Stichwort Auer wohl der Erfinder des Gasglühlichts, ferner ein Volkserzieher und dann auch Erhard Auer aufgezählt sind, aber Ignaz Auer, dieser wahrhaft Große der deutschen Sozialdemokratie, dessen gleichen nicht wiedergekommen ist, überhaupt nicht genannt wird. Der 1. Halbband, der von A bis K geht, umfaßt 752 Seiten. Die Tendenz des Ganzen wird klarer hervortreten, wenn man auch den 2. Halbband in die Beurteilung einbeziehen kann. Einstweilen kann gesagt werden, daß sie bei diesem Werk des führenden katholischen Verlags nirgends aufdringlich hervortritt, so daß man dieses Nachschlagebuch jedem Menschen des praktischen Lebens empfehlen kann, ohne befürchten zu müssen, daß dadurch bestimmte, durch Generationen sich fortpflanzende, aber darum doch irreführende Anschauungen auf den Leser übertragen werden, wie dies durch die Abhandlungen der großen Konversationslexika allzu oft geschieht.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Geschichts-
philosophie

Es ist in der augenblicklichen Situation der Philosophie begründet, daß in die-

ser Rundschau so häufig auf die Problemlage in der gegenwärtigen Geschichtsphilosophie hingewiesen wird. Denn von hier aus gehen heute die treibenden Kräfte, die die Entwicklung der systematischen Philosophie leiten. Es war zu anderen Zeiten anders; im 17. Jahrhundert und in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es hauptsächlich die von der Naturwissenschaft gestellten Probleme, deren philosophische Bearbeitung die Systemgestaltung beeinflußte. Heute, wie zu Hegels Zeiten, ist es das Problem der Geschichte, das im Mittelpunkt steht. So sehr die kulturellen und politischen Erschütterungen und Umwälzungen der Gegenwart den philosophierenden Geist auf die Fragwürdigkeit der Geschichte hinweisen mögen, es ist eben so sehr in der immanenten Entwicklung der Philosophie seit über einem Jahrzehnt begründet einen Primat der Geschichtsphilosophie aufzurichten. Ein Herkommen neuer Einsichten zeigen 2 Schriften, die in mancher Hinsicht für die gegenwärtige Lage in der Geschichtsphilosophie symptomatisch sind.

Die Geschichtsphilosophie bewegt sich um 2 große Problemgruppen. Die eine ist die Frage nach der Eigenart der geschichtlichen Erkenntnis; eine Logik der historischen Erkenntnis wird in ihr gesucht als ein Gegenstück zu der seit Kant vorhandenen Logik der Naturerkenntnis. Die andere hat die materiale Seite des Geschichtlichen zu ihrem Gegenstand; die Fragen der Sinndeutung des historischen Prozesses, der bewegenden und gestaltenden Faktoren sind in diesem Teil der Geschichtsphilosophie gemeint. Die erste Problemgruppe wurde zuerst von Dilthey, dann von Windelband, Rickert, Simmel, Troeltsch und vielen anderen eindringend behandelt. Großes und vielleicht dauernd Wertvolles ist hier erreicht worden. Bemerkenswert aber war bis vor einigen Jahren, daß hier eine schier unüberbrückbare Diskrepanz zwischen der Rickertschen Lehre und der Marburger Auffassung bestand. Bei Rickert kommt dem historischen Erkennen eine größere Wirklichkeitsnähe zu als dem naturwissenschaftlichen, und ferner ist es nach ihm dadurch charakterisiert, daß es eine Wertbeziehung herstellt und damit ein irrationales Moment enthält. Für die Mar-

burger Schule ist wissenschaftliche Erkenntnis im strengen Sinn eigentlich nur in der Naturwissenschaft möglich. Die Geschichte wird von der Ethik her verstanden gemacht, Geschichtsphilosophie geht völlig in der Ethik auf und hat außer ihr keinen selbständigen Bereich. An dieser Auffassung ist zweifellos so viel richtig, daß die historische Wirklichkeit in einer ganz andern Dimension liegt als die naturwissenschaftliche. Das historische Sein ist das unter dem Gesetz der Freiheit stehende Entfalten der Werte in der Mannigfaltigkeit ihrer Konkretionen. Es ist schon etwas Richtiges daran die Geschichtsphilosophie in eine universal gedachte Ethik einzugliedern. Aber andererseits ist es doch keine Frage, daß es auch vom Geschichtlichen eine Wissenschaft gibt, und es ist weiter auch fraglos, daß diese Wissenschaft vom Geschichtlichen ganz anders konstituiert sein muß als die Naturwissenschaft, eine Hervorhebung, die wir Windelband und Rickert verdanken.

Diese beiden Notwendigkeiten mit einander zu verbinden unternimmt Kurt Sternberg in seiner Schrift *Zur Logik der Geschichtswissenschaft* (Berlin, Pauverlag Rolf Heise). Der Standpunkt des Verfassers ist derjenige der Marburger Schule, den er früher mit aller Unbedingtheit vertrat. Es ist nun interessant zu sehen, wie in der kürzlich herausgegebenen 2. Auflage dieser Schrift eine sehr starke Annäherung an die Lehre Rickerts erfolgt. Früher glaubte Sternberg, es genüge eine Logik des geschichtlichen Erkennens zu geben; denn im historischen Erkennen stecken nur logische Elemente, und diese seien die gleichen wie im naturwissenschaftlichen. Jetzt aber sieht er, daß in der Konstituierung des historischen Gegenstands mehr als nur logische Elemente enthalten sind, und mit Rickert erkennt er die Bedeutung des Ethischen an. Wie die Verbindung dieser beiden heterogenen Sinnbezüge erfolgt, das wird zwar nicht ganz einwandfrei deutlich gemacht. Aber daß in der Richtung dieser Vereinigung die Aufgabe der Theorie des historischen Gegenstands liegt, das wird doch mit aller Deutlichkeit gesehen. Damit wird anerkannt, daß es mit dem Wissenschaftscharakter der Geschichte eine eigene Sache ist, insofern es hier nicht nur auf Faktisches ankommt, und daß Beurteilungen ein wesentliches Moment aller historischen Begriffsbildung sind: eine Anschauung, die natürlich allem historischen Positivismus aufs schärfste widerspricht.

In den andern Problembereich der Geschichtsphilosophie, von dem oben gesprochen wurde, gehört eine Studie *Arthur Lieberts Mythos und Kultur* / Berlin, Panverlag Rolf Heise/. Das hier zur Untersuchung gestellte Problem geht von der Beobachtung aus, daß überall, wo wir ein fruchtbares Geistesleben finden, ein Mythos die Grundlage jeder Geistes-schöpfung ist, und daß dieser Mythos die Sinneinheit aller in einer bestimmten Epoche geschaffenen Gebilde begründet. An vielen Beispielen aus der Geistesgeschichte wird dieser Sachverhalt deutlich gemacht. Die Frage ist nun, ob unsere Zeit auch einen Mythos besitzt, dem diese Bedeutung zukommt. Denkt man an die Arbeit der Naturwissenschaften, an die historische Kritik und an die Psychologie, die sich alle darin vereinigen jeden von der Tradition überkommenen Mythos zu zerstören, so könnte man die Frage verneinen. Liebert glaubt aber zeigen zu können, daß unser Geistesleben ebenso unter einem ganz konkreten Mythos steht, wie das von jeder andern Zeit behauptet werden muß. Nach einem kurzen Überblick über die Kulturkrisis der Gegenwart und die sie treibenden Kräfte weist Liebert auf die Bedeutung des Orients hin. Was für die Renaissance die Antike oder ein Plotinisch aufgefaßter Platonismus war, was für die Zeit Goethes und Humboldts wiederum die Antike bedeutet hat, das ist uns Heutigen der Orient. Man sieht: Mythos bedeutet hier ein kulturelles Idealbild, das sich an einer historisch gegebenen Kultur orientiert, aber in einer freien schöpferischen Tätigkeit über das nur Faktische hinausgeht. In diesem Sinn kann Liebert sagen: »Es ist der Orient, vornehmlich in seiner religiösen Gestalt, der als Mythos vor unseren Blicken emporsteigt.« Und noch konkreter wird er dann später bestimmt als »Mythos vom ewigen Sein«.

Das Bemerkenswerte an dieser Untersuchung ist ein Zweifaches: die Behauptung von der schöpferischen Bedeutung des Mythos und die Bestimmung des für unsere Zeit gültigen Mythos. Um mit diesem zu beginnen, so muß erwogen werden, ob wirklich die schöpferischen Kräfte unserer Zeit von dem Idealbild des Orients bestimmt sind. Manche wichtige Erscheinung unseres Kulturlebens stammt gewiß daher, aber ebenso sicher ist, daß vieles andere wesentlich anderen Tendenzen entspringt. So wichtig für den Gang der nächsten kulturellen Entwicklung derartige Richtungsdeutungen oft auch sind, so sehr muß man

sie doch von einer kulturwissenschaftlichen Erkenntnis unterscheiden und sie mehr als ein Bekenntnis auffassen, das der Geist der Zeit ablegt. Der andere Punkt der Liebertschen Untersuchung: die Bedeutung des Mythos überhaupt für die Kulturentwicklung, wirft ein wichtiges Problem auf. Nämlich die Rolle, die dem Mythos hier zugeschrieben wird, ist nichts anderes als die der Kantischen transzendentalen Apperzeption, aber in einer viel mehr erfüllten Weise. Wie in der Erkenntnis die Apperzeption das einheitstiftende und sinngebende Element ist, die Idee des Systems der Erkenntnis, so wird hier der Mythos zu dem alle kulturellen Äußerungen einer Zeit zusammenfassenden und sie begründenden Sinngehalt. Es wäre angebracht die Beziehungen, die dieser Mythosbegriff zu dem Hegelschen Begriff der historischen Idee hat, zu untersuchen. Es werden sich da viele Vergleichspunkte ergeben. Es wird dann auch deutlich werden, daß Liebert hier einen fruchtbaren Begriff in die Geschichtsphilosophie eingeführt hat.

Weltanschauung Der Frankfurter Philosophieprofessor *Georg Burckhardt* läßt ein Werk *Weltanschauungskrisis und Wege zu ihrer Lösung* /Leipzig, Robert Noske/ erscheinen. Der bisher veröffentlichte 1. Band enthält eine kritische Auseinandersetzung mit Erscheinungen unserer Zeit, die als typisch angesehen werden müssen. Das geistige Leben der Gegenwart wird von einer hohen Warte überblickt. Dabei ist beachtenswert, daß es dem Verfasser gelingt von dem Standpunkt einer ästhetisch-ethischen Persönlichkeitskultur ein inneres Verständnis für unsere so ganz anders geartete Zeit zu finden. Man darf auf den 2. Band, der die eigenen Aufstellungen des Verfassers bringen wird, gespannt sein.

Zu den wertvollsten geistesgeschichtlichen Untersuchungen der letzten Jahre gehört das Werk *Carl Schmitts Politische Romantik* /München, Duncker & Humblot/. Die sich in der deutschen Romantik mannigfach verbindenden verschiedenen Gedankenmotive, die auf eine politische Haltung des Geistes hindrängen, werden subtil analysiert. Die Romantik ist zu einem Teil eine politisch-revolutionäre Bewegung, jedenfalls weit mehr als eine konservative und reaktionäre. Auf diesen Zug im Wesen der Romantik hingewiesen zu haben ist ein großes Verdienst dieses Buches, dessen Schönheit und großer geistiger Gehalt

bei weitem nicht in einem Referat wiederzugeben ist. Außerordentlich bemerkenswert ist der Versuch des Verfassers in der Struktur der romantischen Weltanschauung einen okkasionalistischen Zug aufzuweisen, der es ihr gestattet Parallelen zu ziehen, zum Beispiel zwischen Tieck und Geulincx.

Bemerkenswert ist die Studie *Erich Ungers* Gegen die Dichtung /Leipzig, Felix Meiner/. Der Verfasser lehnt die Trennung von Erkennen und Dichten ab. Die Verselbständigung des Dichtens führt zu einer Entleerung des Erkennens, das allmählich zu totem Formalismus kommt. In Wahrheit ist das geistige Leben eine Einheit. Produktives Erkennen enthält das Dichterische in sich. Es ist ein neuer Versuch gewisse Härten und Einseitigkeiten, zu denen die Erkenntnistheorie im Gefolge Kants geführt hat, zu überwinden. Dabei stellen sich verschiedentlich Beziehungen zu Hegels Logik heraus, ein Zeichen dafür, daß der Verfasser weniger einem Irrationalismus das Wort redet oder gar einem Intuitionismus als vielmehr einer Inhaltslogik. Die Schrift regt zur Auseinandersetzung über das Wesen dessen an, was wir als geistig empfinden.

In *Theodor Litts* Buch Individuum und Gemeinschaft /Leipzig, B. G. Teubner/ wird wieder der Versuch unternommen einen gemeinsamen Ausgangspunkt für die Soziologie und die Kulturphilosophie zu finden. Die Möglichkeit hierzu bietet eine durchaus originelle Erfassung des Begriffs Person, die eine Sinnbezogenheit ist, und zwar so, daß sie dem Gefüge der überpersonalen Lebenseinheiten entgegenkommt. Man hat den Eindruck, daß hier eine der besten und scharfsinnigsten Begründungen der Kulturwissenschaften gegeben ist.

Ein tieferschürfendes Buch *David Koigens* Der moralische Gott /Berlin, Jüdischer Verlag/ untersucht die Beziehungen zwischen Kultur und Religion. Allerdings wird das Problem ganz auf das Gebiet der Geschichtsphilosophie gezogen, indem der Zusammenhang von Religion und Kultur nicht an sich und damit systematisch untersucht wird sondern in seiner wandelbaren geschichtlichen Konkretheit. Die Farbigkeit, die so der Verfasser gewinnt, und die seine ungemein eindringenden Betrachtungen belebt, muß er dann allerdings durch eine prinzipielle methodische Unsicherheit bezahlon. Immerhin ist die Darstellung der fortschreitenden Ethisierung der Religion sehr gut, sie gibt dem Religionswissenschaftler manchen neuen Gesichtspunkt.

Die Bauhütte nennt sich ein Werk *Erwin Guido Kolbenheyers* /München, Albert Langen/, das »Elemente einer Metaphysik der Gegenwart« geben will. Eine lebensnahe, geistvolle, von großen Gesichtspunkten getragene, in vielem originelle Gedankenschöpfung wird hier vorgelegt. Alles in allem eine Verbindung von biologischen Überlegungen mit psychologisch-kulturphilosophischen.

Eine Zusammenstellung aus den Werken *David Friedrich Strauß* hat Paul Sakmann unter dem Titel Wahrheit, Welt und Schicksal erscheinen lassen /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Die edle Persönlichkeit und das reine Menschentum des Verfassers des Lebens Jesu findet oft einen ergreifenden Ausdruck. Es ist wahr, wenn der Herausgeber in seiner Einleitung bemerkt, daß wir Strauß überhaupt nicht kennen, wenn wir ihn nur von Nietzsches Polemik aus sehen.

Neuausgaben In der Philosophischen Bibliothek/Leipzig, Felix Meiner/ hat Raymund Schmidt

Kants Kritik der reinen Vernunft neu herausgegeben. Man behauptet nicht zu viel, wenn man diese Ausgabe ein Wunderwerk der Editionstechnik nennt. Was seit über 100 Jahren an textkritischer Arbeit geleistet worden ist, das ist hier zusammengetragen. Zugrundegelegt ist natürlich die 2. Ausgabe. Die Abweichungen von der 1. sind durch eine besondere Drucktype kenntlich gemacht. Größere Abweichungen der beiden Ausgaben sind einander gegenübergestellt, so daß man so gut wie bisher noch nie die systematischen Veränderungen, die zur 2. Ausgabe geführt haben, erkennen kann. Am Rand stehen die Seitenzahlen der beiden Ausgaben. In den Fußnoten erhält man die Varianten aller bisherigen Ausgaben und alle Konjekturen. Ein besonderer Band wird ein sehr umfangreiches Sachregister bringen, womit ebenfalls ein tiefempfundenes Bedürfnis der Kantforschung befriedigt wird. Ebenfalls in der Philosophischen Bibliothek hat Walther Eckstein von *Adam Smith* die Theorie der ethischen Gefühle herausgegeben. Die Übersetzung, die sehr geschickt ist, begleiten eine ausführliche Einleitung, eine Bibliographie, zahlreiche Anmerkungen und ausführliche Register. Es ist ein Verdienst des Verlags von diesem wichtigen Werk eine gute Übersetzung herausgebracht zu haben, die auch gesteigerten modernen Anforderungen entspricht; denn die bisherigen deutschen Ausgaben stammen aus den Jahren 1770 und 1791.

Totenliste

Anfang Oktober 1926 starb auf einer Studienreise in Rom der Königsberger Kantforscher *Otto Schöndörffer*, im Alter von 66 Jahren. Als Schüler und Freund Emil Arnoldts hat er Kants Briefwechsel sowie die Gesammelten Schriften Arnoldts herausgegeben, deren 10 Bände in den Jahren 1907 bis 1911 bei Bruno Cassirer in Berlin erschienen. Auch schrieb er ein Buch über Kants Leben und die Fundamente der Kantischen Philosophie.

Der außerordentliche Professor für Geschichte der Philosophie an der Universität Budapest *Josef Banoczi* starb Mitte November in seinem 78. Lebensjahr. Seine Hauptwerke sind die von der Akademie der Wissenschaften preisgekrönte Monographie des Sprachforschers Nikolaus Revay und das literarhistorische Werk Karl Kisfaludy und seine Werke. Er gab Arbeiten Johann Erdélyis heraus, übersetzte Kants Kritik der reinen Vernunft und einiges aus Schopenhauer ins Ungarische.

In Wien starb in der 1. Hälfte des Dezembers an den Folgen einer Gallensteinoperation *Rudolf Eistler*, in seinem 52. Lebensjahr. Es sind besonders seine Nachschlagewerke, sein Lexikon philosophischer Begriffe, das in 4 Auflagen erschien, sowie sein Philosophisches Lexikon zu erwähnen. Auch verfaßte er eine Einführung in die Erkenntnistheorie und eine Arbeit *Der Zweck*. Am 4. Januar 1927 starb in Göttingen plötzlich am Herzschlag der Mathematiker *Carl Runge*, in seinem 70. Lebensjahr. Sein Hauptgebiet war die Theorie des numerischen Rechnens. Er bemühte sich auch die Anwendung der Mathematik den Technikern zu erleichtern. Ein Vierteljahr vor seinem Tod hatte ihn die Technische Hochschule Hannover zum Ehrendoktor ernannt.

Kurze Chronik Die Spinozagesellschaft will in Erinnerung an den 250. Todestag Spinozas am 27. Februar 1927 sein Wohnhaus im Haag ankaufen. Es soll renoviert und als *Spinozamuseum* mit einer Bibliothek der gesamten Literatur über Spinoza eingerichtet werden. \diamond Das *Nietzschearchiv* in Weimar ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Zu seiner Erhaltung hat sich eine Gesellschaft der Freunde des Nietzschearchivs gebildet. \diamond An der Universität Berlin *habilitierten* sich Erich Hochstetter für systematische Philosophie und Heinz Hopf für Topologie und nicht-euklidische Geometrie.

Literatur

Im Verlag R. Oldenbourg in München erscheint ein *Handbuch der Philosophie* in Einzellieferungen, das auf 5 Bände berechnet ist. Herausgeber sind Alfred Baeumler und Manfred Schröter. Von den Bearbeitern der einzelnen Teile seien Brunstäd, Driesch, Litt, Misch, Nohl, Rothacker, Spann, Weyl genannt. Das Werk wird im 1. Band Sprachphilosophie, Erkenntnistheorie, Logik und Geschichte der Metaphysik bringen. Im 2. Naturphilosophie, Geschichtsphilosophie und Religionsphilosophie (diese von einem katholischen und einem evangelischen Denker). Der 3. Band stellt Ästhetik, Ethik, Pädagogik, philosophische Anthropologie und Charakterologie dar. Im 4. Band finden wir Gesellschafts-, Wirtschafts-, Rechts-, Staats- und Kulturphilosophie abgehandelt. Der 5. Band behandelt die philosophischen Gedankenschöpfungen der asiatischen Kulturkreise. Nach diesem Plan und dem Verzeichnis der Mitarbeiter dürfen wir auf ein Gesamtwerk gespannt sein. Die 1. Lieferung: Ethik des Altertums, verfaßt von Ernst Howald, macht einen sehr günstigen Eindruck. Der Autor, einer der besten Kenner der griechischen Ethik, gibt eine meisterhafte Darstellung, die alles Wesentliche bringt. Bemerkenswert ist die Unterscheidung zwischen sozialer Ethik, die es mit dem Verhältnis der Menschen unter einander, und Triebethik, die es mit der innersten Disharmonie des Menschen zu tun hat, und der sich hieraus ergebenden Problematik. Howald hat es in seiner Arbeit vor allem mit der letztgenannten, der inneren Ethik zu tun. \diamond Charles Andler, der berühmte Verfasser des großen 4bändigen Werks über *Nietzsche*, ließ nun einen Essay *Nietzsche und Jakob Burckhardt* erscheinen /Basel, Rheinverlag/. Man folgt dem geistvollen und feinsinnigen französischen Gelehrten gern in seinen Untersuchungen über das wechselseitige Verhältnis der beiden Männer. Die Beeinflussung Nietzsches durch den älteren Freund wird in allen Einzelheiten nachgezeichnet, und manche bisher unbeachtete Linie wird ans Licht gezogen. \diamond Eine hübsche Monographie über *Franz Müller-Lyer* als Soziologen und Kulturphilosophen schrieb Rudolf Eisler kurz vor seinem Tod /München, Albert Langen/. Das kleine Werk arbeitet trefflich die Grundlagen im Denken und Schaffen Müller-Lyers heraus und gibt damit einen guten Beitrag zur Kritik der positivistischen Soziologie im allgemeinen und der Müller-Lyers im besondern.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt
Sombart und Marx

Wer Werner Sombarts 2-bändiges Buch Der proletarische Sozialismus (siehe

diese Rundschau, 1925 Seite 55 und folgende) gerade gelesen hat, wird über das Geleitwort zu seinem neuesten Buch sehr verwundert sein. Jene erst 2 Jahre zurückliegende Publikation konnte unmöglich anders denn als radikaler Bruch mit dem Marxismus, den Sombart in den früheren Bänden seines Lebenswerks über den modernen Kapitalismus so klug einzuschätzen wußte, aufgefaßt werden. Er zog dort mit erbitterter Feindseligkeit gegen Marx und den Marxismus als Repräsentanten "naturalistischer" Denkart und Gesinnung zu Felde. Seine Kritik schlug vielfach geradezu in gehässige Pamphletistik um. Wovon man sich auch ohne Durcharbeitung der beiden dicken Bände jener Schritt aus den Zitaten überzeugen kann, die Friedrich Pollock in seiner ausführlichen Gegenschrift Sombarts "Widerlegung" des Marxismus in einem Beiheft zum Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung/Leipzig, C. L. Hirschfeld/ zusammengestellt hat. Auch der sonst so lebendige Stil Sombarts versandete dort zu einem farblosen, in langatmigen Wiederholungen sich ergehenden Professorendeutsch.

Um so erfreulicher ist der Eindruck seines neuen Buchs Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus/München, Duncker & Humblot/, das, mit einer noch ausstehenden Ergänzung, seinen Modernen Kapitalismus abschließen soll. Der offene Sinn, mit dem Sombart vor mehr als 2 Jahrzehnten in der 1. Auflage die bahnbrechende Bedeutung der soziologischen Forschungsarbeit Marx' hervorhob, tritt in dem vorangeschickten Leitwort wieder ungehemmt hervor. Die neuen Bahnen, die Marx eingeschlagen hat, hätten, sagt Sombart hier, ihm als Leitstern bei seiner Arbeit vorgeschwebt. »Alles, was irgendwie gut in meinem Werk ist, verdankt es dem Geist Marx'. Was freilich gewiß nicht ausschließt, daß ich nicht nur in Einzelheiten, ja in den meisten einzelnen Ansichten, sondern auch in wesentlichen Punkten der Gesamtauffassung von ihm abweiche... Marx schrieb zu einer Zeit, als der Kapitalismus noch Neuland war... Daß er so meisterhaft zu fragen verstand, machte sein größtes Talent aus. Von seinen Fragen leben wir heute noch. Mit seiner genialen Fragestellung hat er der ökonomischen Wissenschaft für ein Jahrhundert die Wege fruchtbarer For-

schung gewiesen. Alle Sozialökonomem, die sich diese Fragestellung nicht zu eigen zu machen wußten, waren zur Unfruchtbarkeit verdammt, wie wir heute schon feststellen können.«

Kann man mehr Rühmendes von jemand sagen? Wie ist es dann aber möglich, fragt sich der Leser, den selben Menschen, dessen Leistung man in dieser Weise anerkennt, so herabzuwürdigen, wie Sombart es in seinem vorigen Buch getan hat? Er verteidigt sich damit, daß er dort nicht mit Marx als Ökonomen sondern mit seiner Weltanschauung und »allem, was man jetzt zusammenfassend und wertbetonend als Marxismus bezeichnet, zu tun gehabt habe. Eine Antwort, die aber den Widerspruch nicht löst. Denn einerseits ist der "Marxismus", gegen den er da loszieht, in Wirklichkeit doch gar nicht eine besondere Weltanschauung sondern ein Komplex sozialökonomischer Einsichten und Stellungnahmen, die in der hier so anerkannten Marxschen Leistung wurzeln; und andererseits bleibt unverständlich, wie man jemanden, den man als soziologischen Denker derart hochstellt, wegen seiner wirklichen oder angeblichen Weltanschauung, da sie mit der eigenen nicht zusammenstimmt, in dieser Weise herabsetzen kann.

Jene Huldigung an Marx als Soziologen und Theoretiker verbindet sich im Geleitwort mit einer interessanten Parallelisierung, in der Sombart den Gegensatz zwischen Marx' Auffassung des Kapitalismus, wonach dieser durch Vermittlung des von ihm erzeugten proletarischen Klassenkampfes in die klassenlose Zukunftsgesellschaft des Sozialismus münden werde, und seiner eigenen die nur gewisse Einschränkungen und Modifikationen des Kapitalismus voraussetzt, wesentlich aus Differenzen des Zeitmilieus herleiten will. Die Marxschen Gedanken seien aus der Ära des Frühkapitalismus geboren, der als ganz neue geschichtliche Erscheinung noch die mannigfaltigsten und kühnsten Deutungen seiner Entwicklungstendenzen ermöglichte, während man heute im Zeitalter des Hochkapitalismus die Schranken einer ökonomischen Umbildung um so deutlicher verspüre.

Was endlich die Polemik anlangt, die Sombart vom Standpunkt seines Werks, das theoretischen, an Marx geschulten Geist mit der Darstellung der historisch-genetischen Entwicklung des Kapitalismus verbinden will, gegen die hergebrachte Trennung und Unterscheidung von "theoretischer" und "historischer"

Nationalökonomie richtet, so scheint diese mir über das Ziel hinauszuschießen. Gewiß, keine ökonomische Theorie, die diesen Namen verdient, ist ohne Beziehung zu bestimmten historisch gegebenen ökonomischen Zeitverhältnissen denkbar. Die Fragen, um deren Erkenntnis sie sich bemüht, erwachsen ihr aus der Betrachtung einer ganz bestimmten Zeitepoche der ökonomisch-politischen Gesellschaftsentwicklung; speziell aus der kapitalistischen Volkswirtschaft, in der das Wirtschaften erst in vollem Umfang die Form eines allseitig in sich zusammenhängenden Gesamtprozesses annimmt, dessen kompliziertes Grundgefüge eben unabweisbar zu seinem Verständnis über die bloß historische Beschreibung und Erklärung hinaus eine im engeren Wortsinn theoretisch begriffliche Bearbeitung erheischt, die wiederum der Zergliederung des Prozesses ein ganz bestimmtes methodisch-systematisches Verfahren vorschreibt. So wertvoll und wichtig eine genetisch-historische Darstellung des modernen Kapitalismus, der Vorbedingungen, die er in der sozialen Vorgeschichte Europas teils vorfand und teils selber neu erschuf, zweifellos ist, und so gewiß diese, wie Sombarts Darstellung zeigt, sich mit gelegentlichen Exkursen auf das Gebiet der in engerem Sinn theoretischen Fragen verbinden kann, stellt sie im Grunde doch ein von der eigentlichen Theorie Verschiedenes dar. Dieser liegt der Nachweis einer stufenweise fortschreitenden analytisch-deduktiven Methode ob, nach der sich überhaupt erst, ausgehend von einer allgemeinsten Bestimmung des kapitalistischen Gesamtprozesses (von der Konstatierung, daß in ihm, wie er immer näher bestimmt sei, die Produktion durchgängig als Produktion für den Austausch erfolgt), die notwendige Funktion des Geldes, die gegensätzliche Wertbeziehung von Ware und Geld und weiter dann ausgehend von der Konstatierung, daß die in diesem Prozeß warenproduzierende Arbeit in typischer Weise als mit Geld bezahlte Lohnarbeit erfolgt, die Grundbedingungen des Kapitalgewinns in dem Prozeß und damit zugleich die diesem Prozeß eigentümliche Regulierung der Warenpreise wie der Verteilung des Gesamtprodukts in ihm sich systematisch darlegen und begreifen lassen. Nur so, bei einem solchen Vorgehen, wird sich ein systematisch durchgearbeiteter Begriff der Wesensart und Selbsterhaltung des kapitalistischen Gesamtprozesses gewinnen lassen. So aufgefaßt läßt sich die ökonomische Theorie aber nicht zwanglos in den Rahmen

einer historischen Untersuchung spannen. Sombarts eigenes Werk bestätigt diese Ansicht. So recht er mit seiner prinzipiellen Verwerfung jener leer abstrakten, von Marx als Vulgärökonomie bezeichneten Lehrbücher hat, die mit der Zauberformel von Angebot und Nachfrage über alle tieferen Probleme dieses kapitalistischen Gesamtprozesses hinwegvolltugieren, und so gewiß man ihm beistimmen wird, wenn er von dem ökonomischen Historiker Verständnis für die Theorie, vom ökonomischen Theoretiker historischen Sinn und historisches Wissen verlangt, so anfechtbar wird seine Stellungnahme, wenn er, wie es den Anschein hat, nur eine ökonomische Theorie des Kapitalismus gelten lassen will, die sich dem Rahmen einer historisch deskriptiven Darstellung einfügt. Das neue Buch Sombarts will, nach den Bänden über den Frühkapitalismus, das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus skizzieren und stellt seine abschließende Ergänzung in einem weiteren Halbband in Aussicht. Wenn im 2. Band das gehäufte Detail hier und da den Rahmen sprengte und ermüden konnte, geht in dem neuen Band die Darstellung, von reichem, aber außerordentlich konzentriertem Zahlenmaterial unterstützt, in raschen großen Zügen vorwärts. Der anschauliche Stil erinnert an die treffliche Geschichte der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, die Sombart vor langen Jahren erscheinen ließ. Der 1. Hauptabschnitt, der sich Die Grundlage betitelt, beginnt mit einer eindrucksvollen Charakteristik des neuzeitlichen Rationalismus und der führenden Unternehmerschichten. Die Periode, die Sombart als Hochkapitalismus bezeichnet, datiert er etwa von den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts, von der Ausbreitung des Koksverfahrens in England, die symptomatisch sei: für die sich dann im ganzen Hochkapitalismus fortsetzende Tendenz organische Arbeitsmaterialien (wie Holz usw.) mehr und mehr durch anorganische zu ersetzen. Daran schließt sich ein kurzer Ausblick auf wirtschaftswichtige Grundzüge des modernen Staates und eine instruktive Betrachtung der technischen Entwicklung in den letzten 100 Jahren. Der 2., Der Aufbau betitelt Hauptteil bringt eine »Theorie des Kapitalismus im allgemeinen« und handelt dann vom Geld- und Sachkapital wie von der Art und Weise, in der der Kapitalismus die nun so außerordentlich beschleunigte Bevölkerungszunahme seinen Interessen und Bedingungen anpaßt.

Den Schluß des Halbbands bildet eine Betrachtung des Warenabsatzes, dessen ständige Erweiterung eine unerläßliche Voraussetzung für die Expansion der kapitalistischen Produktionsweise darstellt. Eingehend werden die Ausführungen Rosa Luxemburgs durchgesprochen, die in ihrem bekannten Buch über die Akkumulation des Kapitals die These vertritt: die Ausdehnung des Kapitalismus auf alle Länder müsse durch die aus einer solchen Ausdehnung sich ergebenden Absatzschwierigkeiten zu einem Bankrott der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsweise führen. Sombart betont hier nachdrücklich die Bedeutung, die die Erschließung exogener Absatzquellen für den Kapitalismus habe. Aus gewissen englischen und französischen statistischen Daten meint er schließlich das zahlenmäßige Verhältnis, in dem während des 19. Jahrhunderts der Reallohn der beschäftigten Arbeiterschaft und andererseits der von ihr produzierte "Mehrwert" ungefähr gewachsen sei, annäherungsweise erschließen zu können. Danach hätte sich der durchschnittliche Reallohn auf Grund der steigenden Produktivkraft der Arbeit in Westeuropa ungefähr verdoppelt, während der Mehrwert in noch schnellerm Prozentsatz gestiegen sei. Das Quantum gesellschaftlicher, bei der Produktion geleisteter Gesamtarbeit, das in dem verdoppelten Güterumfang des durchschnittlichen Reallohns stecke, sei dabei, meint Sombart, ungefähr stabil geblieben; wohingegen der prozentuale Anteil am gesellschaftlichen Gesamtarbeitsaufwand, der dem Kapitalisten in Form von Mehrwert und Profit zufalle, gestiegen sei. Was darauf hindeute, daß der Anteil an dem Konsum des Gesamtprodukts, der auf andere Klassen entfalle (Sombart denkt da an die Bauern), sich entsprechend vermindert haben müsse. Welche Einwände und Bedenken sich dieser Konstruktion auch immer entgegenstellen mögen, jedenfalls zeigt sie in anschaulicher Weise, wie jeder Versuch in die Probleme der Verteilung des kapitalistischen Gesamtprodukts tiefer einzudringen notgedrungen immer wieder auf die entscheidenden Marx'schen Gesichtspunkte zurückgreifen muß, nach denen die von der Lohnarbeit produzierten Waren zugleich immer als Verkörperung eines meßbaren gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwands und die Arbeit der Lohnarbeiter immer zugleich als Mehrarbeit, das heißt als Arbeit, für die die Arbeiter als Entgelt in Lohnform nie ein unverkürztes Arbeitsäquivalent zurückerhalten, zu denken ist.

Soziologie

Ein neuer Band *Max Scheler's*, in den auch Teile früherer Publikationen aufgenommen sind, handelt überaus anregend und geistvoll von Wissensformen und Gesellschaft /Leipzig, Der Neue Geist-Verlag/. In weitem Umfang erkennt Scheler die Fruchtbarkeit der Marx'schen ökonomischen Geschichtsauffassung an, er hebt aber dabei mit gutem Recht hervor, daß die Bedingungen und Schranken, die sich aus dem jeweils gegebenen ökonomisch-politischen Milieu der Gesellschaft ergeben, das Denkvermögen selbst, also seine logische Tendenz und Eigengesetzlichkeit, natürlich immer schon voraussetzen. Unmöglich lasse sich dieses als ein nur passiver Abklatsch und Widerschein des jeweils gegebenen realen Milieus erfassen. Was Scheler in dieser Hinsicht Wesentliches ausführt, läßt sich von der metaphysischen Grundanschauung, der er anhängt, und die ein starkes philosophisches Mißtrauen erweckt, völlig abtrennen. Der Hauptabhandlung gliedern sich 2 kleinere Essays an, von denen der eine, Arbeit und Erkenntnis betitelt, sich mit den haltlosen Konstruktionen des sogenannten Pragmatismus auseinandersetzt, der andere von dem Verhältnis, das zwischen Volkshochschulen und Universitäten ideell bestehen sollte, spricht.

Von *Ferdinand Tönnies'* Soziologischen Studien und Kritiken, auf deren 1., im Jahr 1925 veröffentlichten Band in dieser Rundschau seinerzeit hingewiesen wurde, ist ein 2. Band herausgekommen /Jena, Gustav Fischer/. Ein großer Teil der in ihm zusammengefaßten 24 Abhandlungen gruppiert sich um Fragen nach Wesen, Methode und Abgrenzung der Soziologie. Die sehr eingehende Auseinandersetzung mit der Geschichtsphilosophie Ernst Troeltsch' erfreut besonders durch die Energie, mit der Tönnies, dessen berühmte Abhandlung *Gemeinschaft und Gesellschaft* nicht selten als eine Verherrlichung des Mittelalters im Gegensatz zur neuen Zeit angesehen wird, sich gegen alle rückwärts gerichtete, unklar schwärmende Romantik wendet. Man fühlt: Die ganze Persönlichkeit des Mannes steht hinter diesen Worten.

Der Frankfurter Universitätsprofessor Gottfried Salomon ließ eine Sammlung deutscher und ausländischer soziologischer Abhandlungen als *Jahrbuch der Soziologie* in 2 Bänden erscheinen /Karlsruhe, G. Braun/. Das schematische Fachwesen in der Einteilung der Wissenschaften, so führt er im Vorwort aus, setze der Behandlung soziologischer

Fragen allerhand einengende Schranken. »Wir glauben«, fährt er fort, »die Geschichte, in der Religion und Moral, Recht und Wirtschaft eine Einheit bilden, nicht mehr zu begreifen als einen transzendentalen oder objektiven Geist, wie es das letzte große philosophische System, der Hegelianismus, tat, wir suchen die Realität dieses Geistes in sozialen Prozessen und Institutionen.« Aus dem großen Umkreis der hier vereinigten Arbeiten, die sich auf die aller verschiedensten Gebiete und Probleme soziologischer Forschung beziehen, sei hier nur auf die sehr eingehende Untersuchung des Göttinger Professors Andreas Walter über Max Webers Soziologie, auf Max Adlers übersichtlich resümierende Darstellung seiner Auffassung der Beziehungen zwischen Sozialwissenschaft und Erkenntnistheorie und auf Heinrich Cunows Aufsatz Zur Geschichte der Klassenkämpfe besonders hingewiesen.

Totenliste Der schwedische Nationalökonom und frühere Universitätsprofessor *Knut Wicksell* ist, 75 Jahre alt, Anfang Mai 1926 gestorben. Seine finanztheoretischen Untersuchungen sind seinerzeit auch ins Deutsche übersetzt worden. Einer der bekanntesten Vertreter der sogenannten Grenznutztheorie, *Friedrich von Wieser*, der Jahrzehnte hindurch als Universitätsprofessor in Wien wirkte, ist, 75 Jahre alt, am 23. Juli in Wien gestorben. Er hat viel publiziert, darunter eine Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft im Handbuch für Sozialökonomik. Seine letzte umfassende Veröffentlichung betitelt sich Das Gesetz der Macht. Der Prorektor der Wiener Hochschule für Welthandel *Franz Heiderich* starb Ende Juli in Bad Gastein, kurz vor Beendigung seiner Kur, in seinem 63. Lebensjahr. Er war einer der hervorragendsten Wirtschaftsgeographen. Am 8. Februar 1927 erlag in Berlin *Heinrich Braun* plötzlich einer Lungenentzündung. Er ist 72 Jahre alt geworden, aber seiner geistigen Frische und Teilnahme für alle Fragen des öffentlichen Lebens hatte das Alter keinen Abbruch getan. Er war eine der markantesten Persönlichkeiten des Parteilebens, dessen Entwicklung er, bei aller Opposition gegen einzelne Erscheinungen, mit unermüdlicher Sorge und Liebe begleitete. Noch unter dem Sozialistengesetz trat er in die Reihen des deutschen Sozialismus. Sein ungewöhnliches Redaktionstalent nutzte er in fruchtbarster Weise

zur Propaganda sozialpolitischen Denkens in Deutschland. Das von ihm 1888 gegründete und lange Zeit geleitete Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik gewann sich durch die Fülle und Güte der darin veröffentlichten Arbeiten schon in kurzer Frist allgemeinste Anerkennung. Ebenso das 4 Jahre darauf von ihm im Verein mit Leo Arons geschaffene, später von Ignaz Jastrow fortgebildete Sozialpolitische Zentralblatt, das in ganz aktuellen Aufsätzen und Vorträgen die Tageserscheinungen der Sozialpolitik kritisch verfolgte. Die wissenschaftliche Haltung, die er diesen Journalen gab, hat zu dem Umschwung, der sich in der Beurteilung der sozialistischen Bewegung auch in bürgerlichen Kreisen allmählich vollzog, sicher in hohem Maß beigetragen. In der Kriegszeit verlor er seine Mitarbeiterin und Gattin Lily Braun, dann wenige Monate später im Feld auch seinen Sohn Otto, dessen Tagebücher und Briefe er später herausgab. Den Ertrag dieser auch in andere Sprachen übersetzten Bücher hat er zur Unterstützung junger schriftstellerischer Kräfte in der Partei bestimmt.

Kurze Chronik Ende September 1926 fand ein Kongreß der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* in Wien statt, auf dessen interessante Verhandlungen nach Erscheinen des Protokolls noch ausführlicher einzugehen sein wird. \diamond Die *Prüfungsordnung* der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt hat als Hauptfach für die staatswissenschaftliche Promotion nunmehr auch die Außenpolitik zugelassen. \diamond An der Universität Rom ist neben den 4 bestehenden Fakultäten, der Juristischen, der Philosophisch-Historischen, der Medizinischen und der Mathematisch-Physikalischen, jetzt eine neue Abteilung für Staatswissenschaften und Kolonialrecht geschaffen worden. \diamond Nach mancherlei Vorbereitungen hat das preußische Handelsministerium mit der Berliner Handelskammer einen Vertrag vollzogen, wonach die Berliner Handelshochschule das Recht erhält Promotionen zum *Doktor der Wirtschaftswissenschaften* vorzunehmen. \diamond Der Königsberger Professor *Fritz Karl Mann* folgte einem Ruf auf den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität Köln. Er wird in einem neugegründeten Seminar für Finanzwissenschaft Übungen veranstalten und unter anderm über Finanzpolitik mit besonderer Berücksichtigung deutscher Gegenwartfragen lesen. \diamond Der Privat-

dozent an der Universität Gießen *Friedrich Raab* übernahm das Ordinariat für Volkswirtschaftspolitik und Volkswirtschaftslehre an der Forstlichen Hochschule in Tharandt. Raabs Sondergebiete sind Finanz-, Steuer- und Reparationspolitik. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift Philosophie und Recht.

Literatur

Der Wiener Oberlandesgerichtsrat *Otto Weinberger* publizierte ein Bändchen

Die Grenznutzensysteme /Halberstadt, H. Meyer/. Die österreichischen Vertreter der Schule, die in deutschen Lehrbüchern vielfach ausführlich behandelt sind, werden von ihm verhältnismäßig kurz charakterisiert. Um so ausführlicher Walras, Gossen und andere Nichtösterreicher, die, was dem Verfasser besonders bedeutend scheint, den Grenznutzgedanken in mathematischen Formeln weiterspinnen wollen. Weinberger ist ein begeisterter Lobredner der Grenznutzdoktrin, die doch bisher jeden Beweis ihrer theoretischen Fruchtbarkeit schuldig geblieben ist und bei der Verkehrtheit ihres Ausgangspunkts schuldig bleiben mußte. ◊ Von dem Grundriß der deutschen Statistik, die *Johannes Müller* herausgibt, ist neuerdings der 3., von der deutschen Bevölkerungsstatistik handelnde Band, 300 Seiten stark, erschienen /Jena, Gustav Fischer/, eine offenbar sehr fleißige und gründliche Arbeit. Besonderes Gewicht mißt der Verfasser in diesem wie in dem frühern Band über die deutsche Wirtschaftsstatistik der Erörterung der grundlegenden Probleme und statistischen Methoden bei. ◊ Neu aufgelegt wurde *Karl Theodor von Ehebergs* Grundriß der Finanzwissenschaft /Leipzig, A. Deichert/, eine Arbeit, die auch den jüngsten Stand der deutschen Gesetzgebung berücksichtigt und damit eine Ergänzung und einen Nachtrag zu der 18. und 19. Auflage der viel umfangreichern Finanzwissenschaft des Verfassers bildet. ◊ Das 1. Heft einer neuen Sammlung, betitelt Sozialwissenschaftliche Abhandlungen /Karlsruhe, G. Braun/, bildet eine von *Friedrich Giovanoli* gegebene Darstellung der Maifeierbewegung, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Ursprünge und Wirkungen. ◊ Ein Büchlein *Ernst Grünfelds*, das in 2. Auflage erschien /Jena, Gustav Fischer/, gibt eine Anleitung zum Studium und zum selbständigen Arbeiten für Volkswirte, ferner Winke für Bibliotheks- und Archivbenutzung wie zur Anlegung einer eigenen sozialökonomischen Bücherei.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried
Apologetik

Apologetik ist in Verruf gekommen. Die apologetische Haltung ist verdächtig: Die Angleichung der Religion an die Wissenschaft des Tages bedeutet den Selbstverzicht des Glaubens und eine mißbräuchliche Verwertung von allerlei wissenschaftlichen Einzelresultaten. Aber es kann in der Apologetik auch ein tieferes notwendiges Anliegen zum Ausdruck kommen: die unabweisliche Auseinandersetzung zwischen Religion und Kultur. Im Glauben ist eine Spannung lebendig, die das Leben in Unruhe erhält und zur Auseinandersetzung drängt. In der Art, wie diese geführt wird, liegt das Entscheidende. In der Sphäre protestantischer Kultur bezeichnen 2 Pole Ausgang und weitesten Ausschlag der Bewegung: die Reformation mit ihrer Abgrenzung alles Weltlichen gegen Gott und der Idealismus mit seiner Aufsaugung der Religion in den autonomen Geist. Aber auch im Idealismus ist das reformatorische Erbe deutlich; es gibt hier so wenig wie dort eine wohlgeordnete ruhende Staffellung einzelner, gegen einander relativ selbständiger Schichten. Das aber ist die thomistische Voraussetzung der heutigen katholischen Apologetik. Sie ist grundsätzlich dahin gerichtet ein mit dem Credo vereinbares Maximum von Kulturbestrebungen und wissenschaftlichen Einsichten aufzunehmen und von dieser Basis her den Weg zum Glauben zu weisen. So geht diese Apologetik vielmehr in die Breite und hat das Ansehen eines weiterschlossenen Universalismus. Dafür steht auf der andern Seite eine Uniformität der grundsätzlichen Entscheidungen, die den mit dieser Literatur Vertrautern von selbst dazu drängt in erster Linie auf die formale Seite, Stil und Niveau der Debatte zu achten. Von hier aus entdecken sich dann auch sachliche Nuancierungen, die sonst verdeckt bleiben. An erster Stelle sei auf eine Arbeit *Hermann Muckermanns* Der Urgrund unserer Lebensanschauung /Freiburg, Herder & Co./ hingewiesen. Des Verfassers Interesse gilt den erkenntnistheoretischen und biologischen Problemen. Ihren Zusammenhang mit der Offenbarungswahrheit will er aufdecken. Dabei ist er zweifellos in den biologischen Fragen ganz anders zu Hause als in der Erkenntnistheorie. Es wird eine Fülle interessanter Materials interessant dargeboten; es folgt mit der Kürze einer Selbstverständlichkeit der Schluß auf den Schöpfer, und

es schließen sich erbauliche Betrachtungen an. Deutlich liegt die Vortragstechnik des apologetischen Redners zutage. Sachlich ist zu sagen: Die »übermechanische Wirkursache höchster Kraft und Einsicht« ist vielleicht eine Weltseele, aber nicht Gott. Damit fällt die leichthingeworfene Polemik gegen Kant. Von der »Echtheit und wesentlichen Unversehrtheit des Neuen Testaments« sagt der Verfasser, daß »die kritische Forschung sie in einer Weise bestätigt, die keinen Zweifel zuläßt«. Man wäre versucht dem Verfasser den Rat Bayles zu geben sich lieber auf die Behauptung zurückzuziehen als zu beweisen, wenn man sich nicht besänne, daß hier gar nicht der oder der Autor, sondern das festgelegte System selber spricht. Daran knüpft sich notwendig die Frage: Welchen Sinn können unter dieser Voraussetzung Diskussionen, Auseinandersetzungen usw. haben? Offenbar nicht den irgendeiner Beweisführung. Denn die Überzeugungen liegen vor dem Beweis und abgesehen vom Beweis fest. Der Sinn der Kritik kann nur in einer wechselseitigen Kritik der Haltung bestehen. Das zeigt sich deutlich in einer darum besonders verdienstlichen Arbeit des Kaplans *Helmut Fahsel* Gespräche mit einem Gottlosen / Freiburg, Herder & Co./.

Ihren Sinn spricht Fahsel im Vorwort aus: »Der Gottlose bekehrt sich nicht. Spricht dieser Umstand gegen den Wert der Antworten? Keineswegs; denn die Darstellung der christlichen Glaubenslehren hat nicht die Bekehrung sondern die Belehrung zum unmittelbaren Zweck. Jede Bekehrung setzt eine göttliche Hilfe und den freien Willen in dem sich Bekehrenden voraus. Wenn eine Belehrung hierzu auch nicht immer beizutragen vermag, so erweist sie dennoch ihre Nützlichkeit in der Beseitigung von Unkenntnis und Vorurteilen.« Die Ausführung ist so gediegen wie das Programm. Stilistisch vollendet und mit ungewöhnlicher geistvoller Lebendigkeit werden die Gespräche durchgeführt. Sachlich wären auch hier Fragen genug zu stellen. Aber dem Verfasser erlaubt die von ihm gefundene Form Behauptung und Einwand gegen einander zu stellen und dem Leser die Auseinandersetzung zu überlassen. So ist hier in der Tat die Sachlichkeit in höherem Maß gewahrt als im zuvor genannten Fall, und man lernt nicht nur die katholische Apologetik kennen sondern die katholische Haltung sehen. Die Tendenz der Schrift deckt sich weithin mit den Darstellungen Guardinis. Abschließend sei auf ein

Wort Fahsels aufmerksam gemacht. Es handelt sich um die Unmöglichkeit der Bekehrung in jedem Augenblick: »Ich kann nicht entscheiden, ob die Gnade Gottes augenblicklich in ihnen wirksam ist«, sagte der Kaplan, und er schließt: »Durch diese Ausführungen will ich aber keineswegs einer möglichen Verzweiflung das Wort sprechen, denn der Ungläubige hat weder eine Gewißheit des augenblicklichen Fehlens der Gnade noch die Gewißheit darüber, daß er für die Zukunft von der Gnade ausgeschlossen ist.« Fällt der Verfasser hier in die Terminologie der katholisch-seelsorgerlichen Skrupelbekämpfung zurück, oder will er sagen, was er sagt: nämlich, daß der Unglaube deshalb kein Anlaß zur Verzweiflung ist, weil im Ungläubigen trotz dem Unglauben die Gnade nicht nur überhaupt wirksam sein sondern ihr erlösendes Werk tun kann? Wenn Fahsel, der an dieser Stelle betont, nicht nur seinen Gegenpartner »sondern auch andere Menschen« im Auge zu haben, sich über diesen Punkt grundsätzlich äußern wollte, so wäre dann Gelegenheit zu weiterem Zwiegespräch.

Romantik Reformation und Romantik behandelt der Züricher Theologe *Emil Brunner* / München, Chr. Kaiser/. Innerlichkeit und Geschichte ist das Problem beider Bewegungen. Aufhebung der Isolierung sucht die romantische Sehnsucht auf dem Weg der Mystik und dem der Geschichtsversenkung. Aber beide Wege divergieren. Die Reformation geht von einem »nüchternen Wirklichkeitssinn« und darum vom Willen als Kern des Wirklichen aus. Nicht in der Innerlichkeit des Menschen sondern im Bruch des menschlichen Eigenwillens findet sie die Wahrheit. So gibt sie eine Lehre von Gottes Wort als Durchbruch in die Zeit. Damit ist auch die Nüchternheit gegenüber den geschichtlichen Notwendigkeiten gewonnen. Schöpfung und Fall sind die Momente, die die Haltung zur Wirklichkeit bestimmen. Gerade das bedeutet nicht Vergöttlichung des Bestehenden sondern vom Schwarmgeist freien Kampf, »daß, nicht nur im Privatleben sondern auch in Staat, Wirtschaft und Kultur, auf das Neue hin, das Christus will, gearbeitet werde, hingegen das entschiedene Staatschristentum mit seiner Verweltlichung der Kirche gerade ein Gedanke der Romantik ist«. So der straff geführte Gedankengang Brunners. Die von ihm gegebene Kritik der Romantik ist in ihrer Grundtendenz noch weiter-

tragend als der Verfasser selber ausführt. Sie deckt in ungewöhnlich klarer Weise neben dem Zusammenhang von Romantik und politischer Reaktion die Triebfedern des geistesgeschichtlichen Umschwungs von der romantischen Innerlichkeit zum Positivismus auf. Die geistesgeschichtlichen Perspektiven, die sich hier eröffnen, behandelt Brunner nicht, und es ist der grundsätzliche Fehler seines Ansatzes, daß er, was er nach vorwärts wenigstens andeutet, nach rückwärts radikal ausschaltet. Die Romantik ist nicht Abfall. Brunner bewegt sich in der nabeliegenden, aber darum nicht berechtigten Gewohnheit die Polemik gegen eine Haltung, die heute unsachlich wäre, zur Polemik gegen eine geschichtliche Vergangenheit unter grundsätzlicher Ausschaltung geistesgeschichtlicher Gesichtspunkte sich auszuwachsen zu lassen. Damit aber ist Brunner in Gefahr einer unmöglichen Repristinatio das Wort zu reden, zum Romantiker der Reformation zu werden. Dankenswert ist die Arbeit durch die Klarheit und Grundsätzlichkeit ihrer Problemstellung.

Nicht das gleiche kann von einem Buch *Adolf Fauts* Romantik oder Reformation? /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ gerühmt werden. Der Verfasser will eine »Wertung der religiösen Kräfte der Gegenwart« geben. Aber über der Fülle dessen, was ihm ins Auge fällt, gelingt es ihm nicht eine klare Haltung zu gewinnen. Für den gebildeten Laien ist die umfassende Darstellung der einzelnen religiösen Erscheinungen lehrreich, unter denen von Sundar Singh bis zur Jugendbewegung und zum religiösen Sozialismus alles Nennenswerte aufgeführt ist. Es fehlt an der kritischen Durchdringung. Faut hilft sich mit einem unzureichenden Einerseits zwar- andererseits aber. Was er Schlagkräftiges gegen Barth und Gogarten zu sagen hat, erschöpft sich in einem Zitat aus Tillich. Tillichs Glaube an den Kairos meint der Verfasser zu teilen. Aber er polemisiert mit abgegriffenen Phrasen gegen das Phantom eines Sozialismus, das weder Tillich noch seine Freunde haben.

Christliche Staatslehre

Die religiösen Grundlagen der Staatslehre aufzuzeigen und dann insbesondere die Prinzipien einer protestantischen Staatslehre zu gewinnen ist das Unternehmen *Georg Lenz'* in einer die Aufmerksamkeit des Lesers stark in Anspruch nehmenden Schrift Die Bedeutung des Protestantismus für den Aufbau einer allgemeinen Staatslehre /Tü-

bingen, J. C. B. Mohr/. In der protestantischen Anschauung vom Menschen findet der Verfasser die richtige Anschauung. Nicht kann aus dem Dasein als solchem die richtige Handlung abgeleitet werden, sondern gerade in der Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse bleibt die Notwendigkeit der Entscheidung bestehen: »Die Tatsache, daß eine solche Entscheidung aus eigener Verantwortung getroffen werden kann, ist die einzige Rechtfertigung der menschlichen Tat.« Was hätte wohl Luther zu solcher dezidiert glaubenslosen Rechtfertigungslehre gesagt? Der Verfasser erklärt, daß die eingesetzten Diener von Staat und Kirche den Willen einer als letzte Instanz gedachten zentralen Einheit zur Vollstreckung bringen. Er findet diese »zentrale« Einheit im »Geist der Nation«. Der Glaube an das Transzendente fällt hier, wie überall in seinen Ausführungen, glatt aus. Wie er die Religion auffaßt, erhellt daraus, welchen Aufgabenkreis er den »geistlichen Organen« des Staates zuweist: »Einfügung der einzelnen in die Gesamtheit, Stärkung der moralischen Widerstandskraft und der seelischen Verfassung«, all das im Dienst der Wehrhaftmachung zum Zweck der Verteidigung nach außen. Solchem staatspolitischen Programm den Mantel des Protestantismus umzuhängen ist eine groteske Verzerrung. Die letzte Einheit findet der Verfasser mit dunklen Worten in »der Notwendigkeit, deren Drängen Widerpart zu halten Gebot der Selbstbehauptung ist«. Das Gebot der Selbstbehauptung als protestantisches Grundprinzip bedeutet eine Verkehrung des Tatbestands. Der »Glaube muß also hoch und stark sein, daß der Mensch wisse, daß all sein Leben und Wirken eitel verdammlich sind vor Gottes Gericht«. Das ist der protestantische Ausgangspunkt, vor dem die Staatslehre sich als protestantisch auszuweisen hätte. Der Verfasser, im Gegenteil, geht von dem »grundsätzlichen Recht einer jeden Persönlichkeit auf Erkenntnis der absoluten Realität« aus. Der Protestantismus geht nicht vom Recht sondern vom Unrecht des Menschen aus, und er gerade leugnet die Erkenntnis der absoluten Realität. Denn er kennt nur eine solche, und die ist Gott. An seine Stelle setzt Lenz die Nation. Die Erkenntnis der wahren Realitäten in der Welt will auch der Protestantismus begründen, aber gerade indem er die von Lenz geübte Verabsolutierung irdischer Dinge schärfstens zurückweist. Der Versuch

des Verfassers Relativität der Erkenntnis und Objektivität einerseits, Erkennen und Entscheidung andererseits in Zusammenhang zu bringen ist begrüßenswert. Aber die protestantische Grundlinie, die darin liegt, ist gänzlich verdeckt. Wie sie zu entfalten ist, lehrt der tiefgründige Aufsatz Paul Tillichs *Logos und Kairos*, im Jahrbuch *Kairos / Darmstadt, Otto Reichl/*. Lenz' Absicht aus dem Rechtspositivismus herauszukommen ist deutlich erkennbar. Aber seine Konstruktion des Protestantismus steht im Dienst der Staatsverabsolutierung, ist religiösen Gehalts bar.

Von katholischer Seite übernimmt *Otto Kunze* den politischen Protestantismus in Deutschland zu zeichnen (in der Schriftenreihe *Zur religiösen Lage der Gegenwart*, herausgegeben von P. Erhard Schlund /München, Franz A. Pfeifer/). Kunze sieht in dem politischen, das heißt antiultramontanen, auf protestantische Staatshegemonie gerichteten Protestantismus einen fast rein calvinistischen Einschlag. Der Übertritt der Hohenzollern zum Calvinismus, das Eindringen des reformiert beeinflussten Pietismus und die Unionsbewegung von 1817 sieht er als Marksteine. Der Pietismus wird von den Hohenzollern darum beschützt, weil er sich dem Luthertum mit seiner Freundlichkeit gegen einen schmiegsamen Staatsprotestantismus entgegenwirft. Trotz gediegener Materialkenntnis ergeht sich Kunze in starken Übertreibungen. Die Entstehung des spezifisch modernen Staatskirchentums unter Friedrich Wilhelm III vollzieht sich, wie er selbst gestehen muß, ohne irgendwelche Hintergedanken, die aus irgendeinem calvinistischen Souveränitätsideal stammten, und das gilt ebenso für den Pietismus. Der politische Protestantismus ist kein Mischling aus Calvinismus und Luthertum. Die politischen Absichten der Hohenzollern haben mit calvinistischem Gedankengut nichts zu tun, und die protestantischen Staatslehren des 19. Jahrhunderts sind nicht durch den Calvinismus beeinflusst. Wenn Kunze auch im einzelnen Beachtliches aufdeckt, so bleiben die Linien, die er zieht, doch an der Oberfläche. Der Protest gegen »heidnischen Nationalismus« besteht zu Recht, wird aber auch vom Protestantentum verfochten. Kunzes letzte Tendenz enthüllt sich, wenn er aus dem Bestreben die Religion über den Staat zu setzen eine Stärkung des wahren katholischen Glaubens erhofft. Hoffnung und Wunsch in dieser Richtung sind ihm unbenommen. Aber deshalb den Abbau des »poli-

tischen Protestantismus«, deshalb grundsätzlich das Ringen um eine protestantische Staatsidee zu diskreditieren, das heißt der Versöhnung, von der Kunze am Anfang spricht, den Boden untergraben. So gut der Katholik aus seinem Glauben seine Stellung zum Staat begründet, so gut darf dies der Protestant tun. Daß aus verschiedenen Voraussetzungen in einem Staat zu leben und an einem Staat zu arbeiten notwendig ist, das gerade muß erkannt werden. Kunze wendet sich gegen die Haltung der deutschen Delegation auf der Kirchentagung in Stockholm und entdeckt da einen Mißgriff des politischen Protestantismus. Wenn hier Richtiges gesehen ist, so ist es doch der Grundfehler Kunzes, der auch seine Versöhnungstendenz zunichte macht, daß er für den Katholiken das Recht der religiösen Beurteilung des Staats in Anspruch nimmt, dem Protestanten es verweigert.

Friedensidee In einer knappen und inhaltreichen Broschüre *Pazifismus und Christentum /Berlin, Furcheverlag/* behandelt *Johannes Weise*, Missionslehrer in Kanton, die Stellung des Christen zur Friedensbewegung. Er beginnt mit einer kurzen aufschlußreichen Übersicht über die Gestaltungen der Friedensbewegung bei Alfred Fried, Friedrich Wilhelm Foerster und Tolstoj, um dann die von ihm gestellte Frage zu beantworten. Er folgert mit Recht, daß, wenn überhaupt aus der Verdammung der Sünde der Kampf wider sie folgt, dies nicht nur für das private sondern auch für das Völkerleben gilt. Er fordert »Gerechtigkeit« als Norm des durch die Schöpfung gesetzten Wettbewerbs der Völker. Aber er bleibt die Antwort schuldig, wie dieser Begriff inhaltlich erfüllt werden könnte. Zwar fordert er Mitarbeit am Ausbau des Völkerrechts; aber die Spannung zwischen der Idee des Wettbewerbs, der doch Kampf ist, und dem Prinzip der Gerechtigkeit wird nicht vollauf genügend durchdacht. Weise bleibt hier hinter Luther, auf den er sich beruft, zurück. Luther verinhalten Gerechtigkeitsprinzip der traditionsgegebenen Ordnung. Dies Prinzip reicht in einem Augenblick, wo alle Ordnung labil geworden ist, nicht aus. Aber es geht nicht an diese Stelle leer zu lassen. Der Verfasser müßte viel kräftiger und mehr Wirklichkeitsdurchtränkt die heutige Krisis des Völkerlebens sichtig machen und zeigen, daß die kriegerischen Formen des Wettbewerbs das Chaos bedeuten. Dann freilich wäre

Pazifismus nicht in erster Linie als Versittlichung anzusehen sondern als Versuch in einer konkret drängenden schuldbelasteten Not, da also, wo es notwendig ist, zuzugreifen und das Mögliche zu tun. Die Forderung der Versittlichung begegnet nicht ganz ohne Grund einem weitverbreiteten Mißtrauen. Es geht um eine Wendung, deren Charakter durch den Begriff Anerkennung sittlicher Normen eher verschleiert als geklärt wird. Die Unklarheit des Begriffs Gerechtigkeit hat bei Weise ihr Gegenstück in der Berufung auf die Schöpfungsordnung, die den sittlich normierten Völkerwettstreit gesetzt habe. Hier liegt die theologische Schwäche. Durch die Schöpfungsordnung läßt sich alles Mögliche verteidigen. Der Verfasser macht einen guten Ansatz durch die Unterscheidung zwischen Welt als Schöpfungsgebiet und als Herrschaftsgebiet der Sünde, und er fährt ebenso richtig fort, daß die Frage im Einzelfall jedesmal erneut zu stellen sei. Aber gerade dann ist die Berufung auf die Schöpfungsordnung, wie er sie übt, ausgeschlossen. Dann gilt es nicht abstrakt Gottes Willen zu deduzieren und also eine allgemeine politische Ethik aus der Schöpfungsordnung abzuleiten (sie fällt doch willkürlich und schattenhaft aus) sondern gerade unter jener Voraussetzung, statt sich in allgemeinen Deduktionen zu ergehen, die konkrete Lage zu erfassen und aus ihrer Bedrängnis einen Ausweg zu suchen. Der abstrakte Überbau ist nicht bündig und schwächt darum die Position. So wird Weise den guten Ansatz, den er genommen hat, erneut durchdenken müssen und an Stelle jener abstrakten Begriffe Wettbewerb, Gerechtigkeit, Gottes Wille eine bündigere, tatsächliche und gerade dann auch religiös echte Erfassung der Lage zu versuchen haben. Der erfreulichen Arbeit sei eine erneute vertiefte Auflage gewünscht.

Wie von protestantischer so wird auch von katholischer Seite das Problem des Pazifismus gründlich erörtert. In der Schriftenreihe Zur religiösen Lage der Gegenwart, die der Pater Erhard Schlund herausgibt /München, Franz A. Pfeiffer & Co./, erschien am 9. Heft eine Arbeit *Karl Borromäus Heinrichs* Das Gesicht des deutschen Katholizismus, gesehen von einem Laien. Der Verfasser greift in weitem Maß auf einen soziale und politische Probleme behandelnden Fastenbrief des Kardinals Faulhaber vom Februar 1924 zurück. Aus »religiösem Wirklichkeitssinn« will er die Forderung begründen das Völkerleben neu zu nor-

mieren. Er beachtet dabei den geschichtlichen Wandel der Verhältnisse und erkennt ebenso glücklich die Verschlingung des außenpolitischen und des sozialen Problems, wenn er auch die Triebkräfte des Kapitalismus zu einseitig nach ihrer nationalistischen Tendenz erfaßt. Er bekennt sich zu dem Programm des Zentralwohlfahrtsausschusses der christlichen Arbeiterschaft; dieses Programm erhebt »über alle fürsorgliche Arbeit« die Forderung nach einer grundsätzlich neuen Gesellschaftsform. Das Nachwort unterstreicht diese Gedankengänge, indem es den Begriff des gerechten Friedens und damit indirekt auch den des Verteidigungskrieges anzweifelt und so wiederum nicht unglücklich den in der politischen Ethik so beliebten wie ungeklärten Schlagworten entgegnetritt.

Dichtungen Die religiöse Dichtung fordert, und gerade um ihres Gehalts selber willen, auch eine scharfe Beurteilung der Form. Die Nachdichtung biblischer Stoffe ist nämlich so verlockend wie gefährlich. Den Gefahren der Modernisierung und Trivialisierung widersteht erfolgreich *Friedrich Wolf*, der das »Heldenepos des Alten Bundes« verlebendigen will /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Sprachlich hält sich der Verfasser durchweg an die Lutherbibel. Seinen Stoff gewinnt er fast ausschließlich aus den Gedichten im Buch der Richter und im 1. Buch Samuel. Der religiöse Gehalt tritt stark in den Hintergrund. Aber der Verfasser hat das Heldengesangmäßige gut herausgehört und wiedergegeben.

Mose der Gottsucher nennt *Vincenz Zapletal* eine kulturgeschichtliche Erzählung aus dem alten Ägypten /Paderborn, Ferdinand Schöningh/. Die Erzählung gehört in den Kreis volkstümlicher Erbauungsliteratur in gutem Sinn. Sie sollte daher aufmerksame Leser finden.

In ganz anderer Weise bemüht sich *Rudolf Paulsen* um die Christusgestalt. Ein Dialog Christus und der Wanderer /Leipzig, H. Haessel/ läßt Christus am Kreuz und den Wanderer (Nietzsche) Zwigesprache führen. Die gereimten Jamben sind flüssig, sie gemahnen an die Sprache Nietzsches; aber auch dieser Versuch zeigt, daß es gefährlich ist mit Nietzsches Sprachkraft konkurrieren zu wollen. Der Wanderer und Christus, die beide den Menschen suchen und beide von Gegnern und Nachfolgern mißverstanden werden, werden ewig mit einander ringen. Das ist der Ertrag der gedankenreichen Dichtung.

In allen Weiten und Höhen der Kultur ergeht sich *Siegfried von der Trenck* in einem Zyklus Leuchter um die Sonne /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/. Um Christus steht eine Reihe von Gestalten: Kant, Buddha, Thomas von Aquino, Luther und andere. »Wähle«, ruft der Dichter dem Leser zu, »erst aber lerne hinter dich treten und still beschauen.« Der Verfasser kennt die Gestalten, die er darstellen will, aus gründlicher Arbeit. Der Wechsel des Vermaßes ist ausgezeichnet, die Sprache markig und reich an Möglichkeiten: die Gestalten sind tief und lebendig erfaßt. Der Dichter hat die Kraft sie objektiv zu schauen, ohne zu schablonisieren.

Mit bewunderungswürdiger sprachlicher Formkraft holt *Romano Guardini*, der Religionsphilosoph und geistige Führer der Quickbornbewegung, aus den liturgischen Schätzen des Missale und des Breviers in freier dichterischer Übertragung tiefsten Gehalt an den Tag. Das Werk führt den Titel *Heilige Zeit* /Burg Rothenfels, Deutsches Quickbornhaus/. Durch den Kreis der Festzeiten und den Kreis der Tageszeiten führen die beiden Teile des Werks. Gerade durch die freie Form der aneinandergereihten kurzen Texte spricht der Gegensatz zur modernen religiösen Lyrik, entfaltet sich die innere Form der liturgischen Bindung an die der jeweilig seelischen Zuständigkeit überhöbte und gerade sie erst formende Ordnung des Göttlichen.

Lateinische *Kirchenlieder* aus dem Schatz vieler Völker und Zeiten gab, teils in eigener Übertragung teils in der Verdeutschung Karl Simrocks, Paul Bernstein heraus /Halle, Buchhandlung des Waisenhauses/. Die kurze gediegene Sammlung sollte in einer spätern Auflage erweitert werden. Genauere Angaben über die ursprünglichen Quellen wären zu wünschen. Vielleicht wären auch, wie es in anderen Ausgaben gepflogen wird, die lateinischen Texte beizugeben.

Alte *Mönchslegenden* vereinigte Friedrich Zoepfl unter dem Titel *Die Weisheit der Wüste* /Habelschwerdt, Frankes Buchhandlung/. Die Auswahl, die der protestantische Herausgeber getroffen hat, ist reich und gediegen. Sie kann vor allem auch dazu dienen die Legende von mönchlicher Werkgerechtigkeit als einem erschöpfenden Charakteristikum des Mönchtums zu zerstören. Die Auswahl ruht auf spätmittelalterlichen Sammlungen der alten Legenden. So zeigen sie nach Stil und Milieuandeutung mehr das mittelalterliche Gepräge als die Sonnen- glut der Wüste, aus der sie stammen.

Kurze Chronik Die Preußische Staatsbibliothek erwarb einen prachtvollen Kodex aus der Frühzeit der karolingischen Minuskel, der Schriften des *Kirchenvaters Ambrosius* aus dem 4. Jahrhundert enthält: 76 Briefe, einige Traktate und Predigten. Er scheint aus Nordfrankreich zu stammen; für sein hohes Alter bürgen die mangelhafte Worttrennung, die Schreibweise der Eigennamen und die gute Wiedergabe der griechischen Stellen. ◊ Im ungarischen Komitat Eisenburg wurde eine *Lutherbibel* aufgefunden, die zu den Exemplaren gehört, die Luther selbst an die deutschen Kurfürsten versandt hatte, um deren Anerkennung für seine Textausgabe zu erlangen. ◊ Das Ordinariat für systematische Theologie an der Universität Halle wurde *Georg Wehrung* in Münster in Westfalen als Nachfolger Horst Stephans übertragen. ◊ Der Leiter des Wittenberger Predigerseminars *Waldemar Macholz* wurde der Nachfolger Wilhelms Thümmels auf dem Lehrstuhl der praktischen Theologie an der Universität Jena. Macholz veröffentlichte eine Reihe von Arbeiten aus den Gebieten der Dogmengeschichte und praktischen Theologie. ◊ Der Freiburger Ordinarius der klassischen Philologie *Ludwig Deubner* folgte einem Ruf an die Universität Berlin. Seine Arbeiten beschäftigen sich mit der Entstehung der römischen Götter. ◊ An der Universität Berlin wurde zum erstenmal eine Frau, *Selma Hirsch*, Lizentiat der Theologie. Ihre von der Fakultät magna cum laude ausgezeichnete Dissertation behandelt die Vorstellung von einem weiblichen *ἄγιον πνεῦμα* im Neuen Testament und in der ältesten christlichen Literatur und ist ein Beitrag zur Lehre vom Heiligen Geist.

Literatur Einer der feinsten Kenner der chinesischen Religion, *Richard Wilhelm*, der an der Universität Frankfurt über die Religionen des Fernen Ostens liest, veröffentlichte in Frommanns Klassikern der Philosophie /Stuttgart, Fr. Frommann/ eine umfassende Darstellung der Lehre Laotse und des Taoismus. ◊ Von Torquemada und der spanischen Inquisition zeichnete, auf Grund der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur, *Emil Lucka* in der Sammlung *Menschen, Völker, Zeiten* /Wien, Karl König/ ein an Einzelheiten reiches Bild. Am Schluß seiner Arbeit gibt er zum Thema der Inquisition eine Reihe interessanter Zitate aus der gegenwärtigen katholischen Literatur.

KUNST

Musik / Max Butting

Opernmoderne Die jüngste Revolution in der Musik ging vom Kammermusikalischen aus, und mehrere Jahre lang schrieben die Revolutionäre ihre Werke fast ausschließlich für kleine Besetzungen, höchstes für ein Kammerorchester. In dieser Rundschau ist schon dargelegt worden, daß das Neuartige besonders in zweierlei Art hervortrat; einmal in der Gesinnung, im Inhaltlichen, in der musikalischen Diktion, und dann in der Sprache, dem Linearen der Stimmführung, der Atonalität usw. Während diese Dinge für die Musik in ihrer Eigenart neu waren, blieben die Formen der neuen Musik zum Teil alt. Zwar trat auch hier eine Wandlung ein; aber es war in erster Linie eine Abkehr von den klassischen und romantischen Formen, also eine Revolution gegen das Bestehende und direkt Vorhergehende zugunsten der Form früherer, der vorklassischen Zeiten. Bevor sich die Komponisten von der Herrschaft dieser alten Formen völlig freigemacht und ihre eigenen Gestaltungen gefunden haben, wandte sich ihre Kunst mittels ihrer Gesinnung und ihrer Sprache anderen Arten von Werken zu. Orchesterwerke im Konzertstil mit und ohne Solisten, Symphonieen, Chorwerke wurden geschrieben. Und schließlich auch Opern. Diese neuen Opern sind darum besonders in Form und Stil interessant, 4 Komponisten haben mit ihren Bühnenwerken Aufmerksamkeit erregt: Berg, Hindemith, Krenek und Weill.

Von *Alban Bergs* *Wozzek* ist bereits in dieser Rundschau (1926 Seite 58 und folgende) ausführlich gesprochen worden. Berg nimmt insofern den 3 anderen gegenüber eine Sonderstellung ein, als er Vollender einer an sich bestehenden Sprache ist, die er nur als erster in so vollkommener Weise in der Oper anwandte. Sein Stil ist uns sowohl von ihm wie den ihm ähnlich Schaffenden bekannt gewesen, er bot uns im *Wozzek* ein reifes Werk als Zeugnis seiner eigenen und seines Stils Vollendung.

Dagegen sind Hindemith, Krenek und Weill Experimentatoren, die noch mitten in ihrer eigenen Entwicklung stehen. Es war durchaus nicht ohne weiteres klar, wie sie sich mit ihrer Aufgabe abfinden würden. Die Resultate sind Beweise ihrer großen Begabung und Persönlichkeit geworden, jeder hat gezeigt, daß er konsequent seinen eigenen Weg zu gehen weiß. Die Wege sind aber von

einander so verschieden, daß ein einheitlicher Schluß auf Entwicklung und Zukunft der Oper daraus nicht gezogen werden kann. Dabei spielen nicht nur die Verschiedenheiten der Persönlichkeiten eine Rolle. Besonders auffallend sind die Unterschiede der musikalischen Tendenz und der Stilcharaktere älterer Gesinnung, an die sich die Komponisten anschließen.

Der Cardillac *Paul Hindemiths* /Mainz, B. Schotts Söhne/ fällt durch die Strenge seiner Musik auf. Sie besteht aus kleineren Formen, Arie, Duett, Fugato, Variationen usw. überschrieben. In der Gesinnung dieser Musik steckt viel von dem pastosen Charakter der Händelzeit, und der musikalisch-melodischen Linie ist durchschnittlich alles andere untergeordnet, die Deklamation sogar in auffallender Weise. Nach dem Klavierauszug scheint der Cardillac dem Oratorium des Konzertsaals näher zu stehen als dem Theater, es sei denn, daß diese Musik durch einen ganz eigenen strengen Stil der Bühne gestützt wird. Die stilistische Gesamtheit des Werkes hat etwas ungeheuer Imponierendes und wohl auch Zwingendes. Es ist gegen jede Art naturalistischer oder effektvoller Bühnenwirkung im gewöhnlichen Sinn des Worts gerichtet. Innere Würde und Mächtigkeit sind dem ganzen Werk eigen. Die Gesinnung des Autors ist das Wichtigste. Es gehört ein großer Mut dazu unserm Publikum eine Oper dieses Stils vorzusetzen, und ein ebenso großer Glaube an die Möglichkeit der ersten, großen Musik.

Auf völlig anderm Boden stehen *Kurt Weills* Protagonist und *Royal Palace* /Wien, Universaledition/. Wenn einem bei Hindemith zwingend Händel einfällt, muß man hier an Verdi und Italien, vielleicht auch ab und zu an Mendelssohn denken. Natürlich nur im Kern der Gesinnung. Die Italiener hätten sich gehütet dem Hörer Klanglichkeiten zuzumuten, wie sie Weill bringt. Eine Weillsche Kantilene ist ebensowenig von Verdi wie ein Hindemithsches Fugato von Händel. Aber in Weills ganzem Temperament ist ein starkes Bekenntnis zu dem, was die Italiener unter Oper und Theater verstanden. In diesem Sinn sind uns seine Wirkungen ebensowenig unbekannt wie Hindemiths im andern Sinn. Die leichte Hand Weills, seine Neigung abwechslungsreich und interessant zu schreiben, seine technische Sicherheit geben ihm alle Möglichkeiten durch Effekt und Spannung zu wirken. Das ist kein Werturteil, das ist nur Feststellung dessen,

wie geeignet seine Musik für die Oper ist. Dem Theater ist hier die Schwere genommen. Diesem Theater fehlt die Bedeutung der Welt, dafür ist ihm der wahre Sinn des Spiels gegeben.

Bei *Ernst Kreneks* Opern *Orpheus* und *Eurydike* und *Jonny* spielt auf /Wien, Universaledition/ kann man nach Studium der Klavierauszüge solche Stilfundierungen wie bei Weill und Hindemith nicht feststellen. Es gibt weder einen Opernstil, dem man sie vergleichen möchte, noch stilistische Momente, die sich gleichsam als Generalnenner aller Einzelheiten bemerkbar machen. Man kann je nachdem diese Musik gesinnungslos oder vorurteilsfrei nennen, da man jede Gebundenheit an bestimmten musikalischen Charakter oder an eine vorgenommene Haltung vermißt. Dadurch entsteht aber eine eigenartige Freiheit, die ihrerseits wieder einen seltenen Reichtum an Kontrasten und eine eindringliche Plastik des musikalischen Geschehens zur Folge hat. Streng kann man diese Sprache in ihrer Gesamtheit nicht nennen, aber Einzelheiten sind zum Teil außerordentlich prägnant gesagt. Hier scheint mir die erwähnte Freiheit das Wesentliche. Die Eindringlichkeit der Einzelheiten, die unbedingte Spannung im Gesamtfluß sind spezielle Qualitäten. Aber dieses Nichtfestliegen auf bestimmtem Grund, das tatsächlich mit der Jugend des Komponisten zusammenhängen mag und gleichzeitig Beweis für eine bestimmte Unbeeinflussbarkeit ist, ist allgemein richtig und wertvoll. Neben vielen Einzelkomponenten, wie Rhythmik, Prägnanz usw., finden wir im ganzen die Vorurteilsfreiheit als Merkmal der Zeit wieder, in der wir leben. Ohne den Krenekschen Stil eigentlich charakterisieren zu können, muß man ihm doch eine bestimmte Parallelität zu der Lebensform unserer Tage zusprechen. Und bei der größten Wertschätzung des Stilwillens der anderen ist man berechtigt hier die eigentlichen Möglichkeiten für das Zukünftige zu sehen.

Klaviermusik Eins haftet gemeinsam fast allen Klavierwerken der modernen Musik an: Sie sind zu schwer zu spielen. Durch die hohe Technik der Berufsmusiker lassen sich die Komponisten verleiten nur für den Berufsmusiker zu schreiben, und das ist in mancherlei Hinsicht ein Fehler. Schließlich hat der Dilettant nicht nur den Wunsch zu hören, er will auch einmal spielen. Und da wäre es für ihn und für die neue Musik von größtem Wert, wenn er auf dem gebräuchlichsten

Musikinstrument neue Musik wiedergeben könnte. Dieser Gedanke ist vor einiger Zeit bereits ausgesprochen worden, und es steht auch zu erwarten, daß noch in diesem Jahr leichte, moderne Klaviermusik erscheinen wird. Einstweilen ist sie nicht da.

Die jüngste deutsche Klaviermusik liegt stilistisch zwischen 2 Polen, zwischen 2 Klaviergesinnungen. Die eine geht vom Klanglich-Akkordlichen aus, die andere vom Stimmlich-Melodischen; dazwischen gibt es Übergänge, Werke, die wohl von einem ausgehen, sich aber dem andern nähern. *Philipp Jarnachs* Sonatine Opus 18 (Romancero I) /Mainz, B. Schotts Söhne/ hat ihren Schwerpunkt unbedingt im Klanglich-Harmonischen, die melodische Stimmführung ist mehr durch eine Notwendigkeit logisch sprechen zu müssen begründet als durch ein Bekenntnis zum Linearen. Das Werk ist seinem Titel gemäß durchaus romantisch; es ist aber jene feine Romantik, die letzte Schönheiten klar sieht und sentiments, aber keine Sentimentalität kennt. Im Gegensatz dazu stehen *Ernst Kreneks* einfache, prägnante Klavierstücke Opus 39 /Wien, Universaledition/, ebenso *Max Buttings*, des Bearbeiters dieser Rundschau, Klavierstücke Opus 31 /Wien, Universaledition/. Während Krenek sich bei aller linearen Klarheit eine große Ausdrucksbeweglichkeit und Vielgestaltigkeit bewahrt, kommt *Paul Hindemiths* Klavierübung in 3 Stücken Opus 37 /Mainz, B. Schotts Söhne/ in eigenartiger starrer Architektur dem völlig Ausdruckslosen, der mechanischen Übung nahe. Das Zwingende in den Stücken ist der ungeheuer konsequente Fluß der Bewegung. Für diese letztgenannten 3 Komponisten wird der 2stimmige Klaviersatz in stilistischer Beziehung von größter Bedeutung sein, und so sind schon rein äußerlich die Gegenpole gekennzeichnet. Hier Zweistimmigkeit, hier Akkordlichkeit. Am meisten verwischt sind die inneren und äußeren Stilkomponenten bei *Hans Eislers* Klavierstücken Opus 3 /Wien, Universaledition/. Eisler war Schönbergsschüler, das ist seinem komplizierten Satz auch anzumerken; aber er scheint energisch einen eigenen Weg zu suchen, das geht aus der Prägnanz hervor, die sich aus dem Konstruktiven zu einer viel freieren organischen Tektur entwickelt hat. Eingänglicher und gefälliger sind bei aller Feinheit *Ernst Toch's* Capricetti Opus 36 /Mainz, B. Schotts Söhne/. Toch's Arbeiten sind immer interessant und wirkungsvoll, denn sein Können ist außerordentlich groß. In diesen Capricetti fesselt beson-

ders Rhythmus und Klang. Nicht gleichartig sind *Felix Petyreks* Klavierkompositionen. Seine Kleinen Kinderstücke sind musikalisch-literarische Scherze, mit denen man Kinder und Erwachsene unterhalten kann; in Choral, Variationen und Sonatine und in der Suite über den Namen meines Hausarztes tritt zwar überall der überlegene Klaviersatz eines ausgezeichneten Pianisten hervor, aber das Inhaltliche macht sich auch hier in einem fast literarischen Sinn bemerkbar wie bei keinem andern der genannten Komponisten. Die starke Musikalität Petyreks fesselt im einzelnen, die Struktur tritt oft in den Hintergrund.

Es ist erstaunlich, wie stark nationale, ethnische Momente sich in der Musik zeigen. Wo man in deutschen Werken nach neuer Ausdrucksform nur sucht, da greift der Ungar, Italiener oder Slawe zu ihm nahestehenden vorhandenen Inhalten. Am wenigsten gilt das noch für die Russen, die, wie *Alexander Tscherepnin*, ja vielfach im Ausland leben. Tscherepnins Arbeiten: *Toccata Opus 1*, *Nocturne Opus 2 /Leipzig, M. P. Belaieff/*, *9 Inventionen /Mainz, B. Schotts Söhne/*, *Toccata Opus 20 /Berlin, N. Simrock/*, sind reizvoll und doch oft herb und kräftig, im Strukturellen einfach, oft von fast primitiver Faktur. Bei dem Ungarn *György Kosa* 6 Klavierstücke und 6 Bagatellen /Wien, Universaledition/ tritt neben zart-romantischen Inhalten und rhythmischer Lebendigkeit das nationale Moment stärker hervor, bei dem außerordentlich musikalisch-musikantischen Jugoslawen *Jossif Slawenski* ist es oft zu stark (Aus dem Balkan, Jugoslawische Suite Opus 2, Sonate Opus 4 /Mainz, B. Schotts Söhne/). Die Tschechen haben im gewissen Sinn den meisten Kontakt zur Vergangenheit, die Musik ihrer Begabtesten ist heute meist unproblematisch und urmusikalisch. Nur *Alois Habas* kluge und etwas schroffe Eigenart tritt bereits in seinem Opus 6, das vor den Werken für Vierteltonmusik geschrieben ist, auffallend hervor.

Almanache Auch für das Jahr 1926 erschienen ein *Almanach der Deutschen Musikbücherei* /Regensburg, Gustav Bosse/. Man versteht ja heute unter Almanach allerlei. Dieser hier ist vor allem eine Apotheose des Malers Hans Wildermann. Das offizielle Thema ist Wiener Musik und Wildermanniana. Für einzelne Aufsätze sind sehr gute Musikschriftsteller gewonnen, aber der Ton der Publikation ist anekdotenhaft. Wozu das Ganze?

Vielseitig und sehr gut verwendbar ist dagegen das von Arnold Ebel herausgegebene *Berliner Musikjahrbuch* /Berlin, Verlagsanstalt deutscher Tonkünstler/. Die Ausstattung könnte zwar besser und auch etwas geschmackvoller sein, aber inhaltlich ist viel Interessierendes geboten: eine Anzahl Aufsätze über Berliner Institute, Sammlungen, Musikpflege, Skizzen über einige hervorragende Berliner Musiker und ein anscheinend recht vollständiges Adressenverzeichnis. Nur eins muß man dem Almanach vorhalten: die stiefmütterliche Behandlung der modernen Musik. Auch die 2 (!) Seiten Adolf Weißmanns und die kurze Biographie Heinz Tiessens täuschen darüber nicht hinweg, daß moderne Musik für diesen Almanach kaum zu existieren scheint. Das Buch stieg sehr im Wert, wenn bei der nächsten Ausgabe dieser Mangel behoben würde. Doch ist es, auch so wie es ist, ein Buch, aus dem man recht viel Interessantes über die Musikstadt Berlin erfahren kann.

Kurze Chronik Das Pariser Generalsekretariat der Confédération générale de travailleurs intellectuels beauftragte den Zentralrat der geistigen Arbeiter Österreichs in Wien eine *Internationale Zentralstelle für Musik* zu errichten. ◊ Die Jury der *Internationalen Gesellschaft für neue Musik* hat in der Zeit vom 2. bis zum 8. Januar in London getagt und die Programme für ihr diesjähriges Musikfest aufgestellt. Es lagen Einsendungen von 18 Ländern vor; gewählt wurden aus keinem Land mehr als 2 Werke. Es werden 1 Oper und 1 a cappella-Chor aufgeführt, außerdem finden 2 Orchester- und 3 Kammermusikkonzerte statt. Zur Festoper wurde Bizonis Doktor Faust bestimmt. Das Chorwerk stammt von dem jugoslawischen Komponisten Bozidar Sirola und wird von einem jugoslawischen Chor vorgetragen, der eigens dazu nach Frankfurt kommt; es heißt *Leben und Werke der Heiligen Cyrill und Methodius*. Unter den gewählten Werken interessieren besonders die Uraufführungen eines Klavierkonzerts von Béla Bartok und eines Kammerkonzerts von Alban Berg für Violine, Klavier und 13 Bläser. Der Deutschen Sektion zugehörig sind das Klavierkonzert von Ernst Toch und ein Streichquartett von Wladimir Vogel. Das Fest findet in Frankfurt statt; es beginnt am 30. Juni. ◊ Der Reichsverband deutscher Tonkünstler und Musiklehrer hält vom 11. Juni bis zum 28. August seine 4. Musik-

fachausstellung in Frankfurt ab, und zwar im Rahmen einer *internationalen Ausstellung*, die Musik im Leben der Völker betitelt ist. ◊ Der Heidelberger Musikprofessor Joachim Moser veranstaltet eine Sammlung studentischer Musik, zu der die einzelnen Korporationen die Themen ihrer *Studentenpfliffe* in Notenschrift beisteuerten. ◊ Über *japanische Musik* gab Stanislaus Lubjanski in einem Vortrag in Paris neue Aufschlüsse; namentlich über den Koto und die Fünflochflöte, Instrumente, von denen das eine nur von Frauen, das andere nur von Männern gespielt wird. ◊ Das Hochsche Konservatorium in Frankfurt hat eine Abteilung geschaffen, die sich *Konservatorium für Musik-hörende* nennt. Der Zweck ist Schulung für den nur Kunstgenießenden. Die Unterrichtsfächer erstrecken sich auf Einführung in die musikalischen Satzarten, in Ästhetik und Musikgeschichte. Praktische Vorfürungen von Werken der verschiedensten Epochen, Formenlehre, Chorgesang, Erläuterungen der zur Aufführung kommenden Werke vor und nach der öffentlichen Wiedergabe sind vorgesehen. ◊ Auf Vorschlag Herriots beschloß der französische Ministerrat in Paris zur *Hundertjahrfeier Beethovens* große Festlichkeiten zu veranstalten. Sie sind gleichzeitig als Symbol internationaler Verbrüderung gedacht. Die Vorfürungen sollen von einem französischen, einem deutschen und einem russischen Dirigenten geleitet werden. Ein Chor aus Angehörigen verschiedener Länder und Sprachen soll vor dem Beethovenedenkmal in Vincennes den Schlußhymnus der 9. Symphonie singen.

Literatur

Im Verlag S. Fischer in Berlin erschien ein neues Buch Oscar Bies, über das deutsche Lied. Es ist das Buch eines Mannes, der mit leiser Wehmut und Sehnsucht an eine Zeit zurückdenkt, die vorüber ist. Es ist ein sehr persönliches Buch, ungemein reizvoll durch die Zärtlichkeit, mit der der Autor seinen Gegenstand behandelt. Er zerpflückt ihn auch nicht zu sehr, läßt vielmehr die Lieder vor seinem geistigen Ohr erklingen und erzählt von seinen Eindrücken. Dabei weiß er, daß die Zeit des Liedes vorbei ist, er schreibt den Abschiedsbrief des reifen Mannes an vieles, das ihm besonders lieb war, mit viel zu viel Geschmack, um je sentimental zu werden. Wer Freude und Muße hat sich ebenso zu diesen Dingen zu stellen, sollte es lesen. Wer nur die ge-

ringe Zartheit des Heutigen besitzt und mitten im Lebendigen steht, wird vielleicht kein inneres Verständnis dafür aufbringen. ◊ Dagegen kann wohl ein jeder *Rudolf Malschs* Geschichte der deutschen Musik, ihrer Formen, ihres Stils und ihrer Stellung im deutschen Geistes- und Kulturleben /Berlin, Chr. Friedrich Vieweg/ lesen. Es ist ein ganz ausgezeichnetes, klares, überall auf das Wesentliche hinweisendes Buch, das vom Verfasser zwar speziell dem Lernenden gewidmet ist, aber nie lehrhaft wirkt und unmerklich aus dem Interessierten den Lernenden macht. Ein wenig bedauern muß man nur, wie die Moderne behandelt ist. Gewiß konnte man dies Werk mit Strauß, Reger, Mahler, Schönberg schließen; berechtigt ist solche Orientierung durchaus. Wenn es aber schon bedenklich ist das kurze Schönbergkapitel mit Expressionismus zu überschreiben, so ist der Eindruck, daß dies das Letzte sei, gerade für den Lernenden irreführend. Warum läßt der Autor den Lernenden nicht noch kurz an dem Ringen unserer Tage teilnehmen? Wenn er seine Gründe hatte es nicht zu tun, dann wäre es wohl angebracht gewesen auf den Abschluß hinzuweisen, den eine bestimmte Epoche mit Schönberg erhält. Im ganzen sei auf dies inhaltlich reiche, dabei nicht sehr umfangreiche Buch noch einmal nachdrücklich aufmerksam gemacht. ◊ Das von Ralph Dunstan herausgegebene *Cyclopaedic Dictionary of Music* ist in neuer, 4. Auflage erschienen /London, J. Curwen & Sons/. Das Werk sei hier erwähnt, da es in deutscher Sprache nichts Gleichartiges gibt. Es ist ein Nachschlagewerk für alle Beziehungen und Begriffe, die in der Musik Anwendung finden, von großer Vollständigkeit. Dabei sind die Titelwörter in jedem kleinsten Teil in verschiedene Sprachen übersetzt, die kurzen, knappen Erklärungen in leicht verständlichem Englisch abgefaßt. Die deutschen Lexika sind wohl viel gründlicher, aber in vielen Fällen lange nicht so praktische Hilfsbücher. Im Verzeichnis sind reichlich auch französische, italienische und deutsche Wortsymbole mit aufgenommen. Und im Anhang gibt es ein englisch-italienisches Musikvokabularium; ein ähnliches deutsch-italienisches existiert nirgendwo. Zu den an sich ausgezeichneten deutschen Musiklexika ist Dunstans Dictionary eine Ergänzung, die man nicht mehr entbehren möchte. Die deutschen Mitarbeiter sind Wilhelm Altmann und, für Österreich, Egon Wellesz.

Bewegungskunst / Lisbeth Stern

Zeitungskunst Es ist ein ganz besonderes Kriterium für unsere Zeit, wie man jetzt Photographieen von allerverschiedenstem Inhalt zu einem krausen Durcheinander zusammensetzt, das aber dann als Ganzes eine erstaunliche Wirkung hat. Die Photographie, die sich doch immer vergebliche Mühe gegeben hatte als wirkliche Kunst genommen zu werden, hat dies nun auf einem andern Weg erreicht. Das, was da zustande kommt, ist tatsächlich eine sehr lebendige und überbewegliche Gegenwartskunst, die uns das vortührt, was uns bewegt. Es schiebt sich da eine Photographie über die andere hinüber. Wichtiges wird stehen gelassen, Unwichtiges weggeschnitten oder verdeckt, und es ist damit erreicht, daß die vielen toten Stellen, die auf jeder Photographie sind, wegfallen. Damit ist nun neben dem nüchternen Naturalismus mit einem Schlag Raum geworden für Phantasie, für Temperament, Tendenz, Witz, die da frei schalten können, und das in einer so äußerst gedrängten Form, daß alle Verbindungsfloskeln ohne weiteres wegfallen müssen. Rein durch die Gruppierung können Betonungen und Unterstreichungen jeder Art gemacht werden. Eines steht in senkrechter Achse Aug in Aug uns gegenüber, anderes, vielleicht auch in anderm Maßstab, wird, halb erzählend, quer oder schräg hindurchgeführt, dann noch eine Architektur, ein Zeitungsausschnitt oder ein Teil von einem Menschen usw., so daß man einen Querschnitt durch uns selbst hat und durch das, was uns durch den Sinn geht. Die bunten Einzeldinge und Vorgänge füllen den Hintergrund für einige ganz fixierte Dinge aus. Aber dieser Hintergrund ist nicht schemenhaft, wie auch die Vorstellungen nicht schemenhaft sind, die an uns vorbeiziehen, im Gegenteil klar und präzis wie Photographieen, nur eben nicht betont, nicht in direktem Konnex zu uns. In der ersten Zeit war dieser etwas willenlose Zustand der Einfälle das Hauptfeld für diese Art Kunst. Inzwischen hat sie sich aber sehr erweitert, und besonders die in Berlin erscheinende Arbeiterillustrierte hat ihre Aufgabe weiter gesteckt. Die scharfe Tendenz hat ihr ein scharfes und großes Tempo gegeben, und es sind da Bilder entstanden, die an Wirkungskraft noch weit über Frans Masereels politische Blätter hinausgehen. So Chamberlain in seinem Reisehabit vor Bildern der chinesischen Revolten, dann Bergwerksbilder, als deren Fundament Särge gesetzt sind, und ähnliches.

Neben dem inhaltlich stark Wirkenden dieser Kunst ist noch einiges psychologisch Interessante dabei. Einmal ist das Ansehen dieser Bilder doch ein sehr anderes als das frühere Kunstbesehen. Es ist, als ob es die Wage zum Lesen hielte, nur daß diese Art Lesen eben nicht durch Worte geht. Das, worauf diese Zeitungskunst abzielt, sind nicht die Bilder selbst sondern etwas, was dahinter steht, so wie etwa hinter den Worten. Überhaupt scheint es, daß unsere Zeit darauf ausgeht speziell den Augensinn ergänzen zu wollen, wohl angeregt von all den Erweiterungen, die der Film gebracht hat. Man will uns offenbar von der Einseitigkeit des Gesichtspunkts befreien und in unser Sehen der Dinge mehr ein körperliches Verstehen und Auffassen hereinbringen, wie man doch oft im Film verschiedene Ansichten des selben Dings in einander übergehen sieht. So ist auch in Arthur Eloessers Buch über Elisabeth Bergner /Berlin, Williams & Co./ ein Blatt mit lauter verschiedenen Kopfaufnahmen von allen Seiten. Was man in der Kunst jetzt Verismus nennt, hat wohl einen ähnlichen Sinn.

Aber jenes Ablesen der Bilder wird noch ganz wesentlich durch das Herüberdrucken von Worten und Buchstaben verstärkt. Außer der Klarlegung des Sinns haben die Buchstaben auch in rein künstlerischem Sinn noch ein Besonderes. Sie stehen vor allen den krausen durcheinanderlaufenden Wirklichkeitsdingen, wenigstens, wenn sie gut gemacht sind, wie Wesen aus einer andern Welt, so wie Symbole mit ihren festen Formen, und die Symbolhaftigkeit der Form hat an sich Kraft und Bedeutung, ganz abgesehen davon, daß dieses ein J und jenes ein K ist. Man sieht die Buchstaben jetzt entschieden anders als früher, wenn man sie las und zu Worten verband. Das ist etwas, was wir wohl aus dem Reklamewesen mit seinen Zeichen und Symbolen gelernt haben: daß die dastehenden Lettern noch ganz andere Werte hinter sich haben als bloß die Vermittlung von Worten, und wenn sie an einer Fabrik- oder Häuserfront oder gegen den Himmel stehen, dann haben sie direkt die Kraft eines Denkmals. In dieser Wertung der Buchstaben hat unsere Zeit wieder viel Berührung mit dem Barock und auch eigentlich mit dem Mittelalter. So klaffend auch die Verschiedenheiten sein mögen, es scheint doch das Gemeinsame zu sein, daß die Kunst nicht mehr als l'art pour l'art verstanden sein will. Es ist erstaunlich, welch ein Gewicht die Buchstaben für unser Gefühl heute haben. Obwohl sie vor all den körperlichen

Dingen der Photographie stehen, sind sie trotz ihrer Unkörperlichkeit wesentlich mehr betont als sie. Wahrscheinlich gibt die Klarheit ihrer Gestalt, ihre intelligible Rechtwinkligkeit ihnen diese Eindringlichkeit, die in die ziemlich gewichtslose Buntheit der Dinge einen andern Ton hereinbringt. Überhaupt ist so manches in unserer Tageskunst, trotz ihrem ganz diesseitigen Inhalt, was bei näherem Zusehen doch gar nicht so diesseitig zu verstehen ist. Schon die uns jetzt ganz selbstverständliche Verknüpfung von verschiedenen Maßstäben könnte man als ein geistiges Sehen auffassen. Wir fühlen doch kaum ein Hemmnis auf der selben Bildfläche große und kleine Figuren zusammen zu sehen, genau wie im Mittelalter, während man in den letzten Jahrhunderten so etwas doch immer durch verschiedene Entfernungen zu motivieren gesucht hat.

Raumstreckung Auch in der Art der Komposition, gerade in der Buntheit ihrer Verknüpfung,

klingen jenseitige Dinge mit, besonders in dem Auffassen des Raums. Seit der Renaissance wurde doch meist die Komposition im Bild zentriert, und der Raum baute sich um die Dinge herum, gleichsam als ihre Ausstrahlung, sie ruhig umschließend. War der Bilderrahmen zu eng gefaßt, dachte man sich den Raum außerhalb schließend. Natürlich gab es außer diesem Halbkugelraum der Renaissance, dessen Mitte man selbst war, auch gerichtete Räume, wie die Längsschiffe der Kirchen oder die Parkanlagen des Barocks, die den Besuchern den Weg wie auch die Tempi dieses Weges diktierten. Aber es war doch immer so gedacht, daß sich der Raum um einen selbst als Mittelpunkt schloß, auch wenn man wandernd den Mittelpunkt zur Achse verlängerte. Wenn auch das Barock diese Geschlossenheit des Raums gelockert hatte und Ausblick ins Unendliche gab, so kannte es doch die Gestrecktheit des Raums noch nicht, die sich uns heute auftut, und die uns geradeswegs ins Unendliche führen will. Die hinreißende Kraft, die einfach in der Geradlinigkeit der Richtung, zum Beispiel in den Bahnschienen oder Hochspannungsleitungen liegt, ist heute unser Raum. Und wenn man einwenden will, daß Geschlossenheit zum Raum gehöre, und daß diese Geschlossenheit von dem Tempo der Bewegung zerrissen wurde, so muß man die Schließung nur weiter legen. So bleibt als Hauptkriterium unseres Raums außer der Dynamik seine Gestrecktheit, die von keinem Mittelpunkt gehalten wird. Diese

offene Weite des Raums spürt man nun allenthalben in unserer Kunst, in der vorher besprochenen Zeitungskunst und vor allem auch in der Musik, die ihre Schließung zum Teil ganz außerhalb sucht. In der Dichtkunst scheint sie, bis jetzt unübertroffen, von Walt Whitman gesagt zu sein.

Hierhin gehört auch die merkwürdige Änderung in der Bewertung der künstlerischen Handschrift. Früher gehörte sie zum Wesentlichsten eines Kunstwerks, heute setzt das Bauhaus als Extremstes dagegen die Linie, die am Lineal gezogen ist, der alle individuelle Färbung fehlt. Bei der Interpretation der künstlerischen Ideen liegt jetzt das ganze Gewicht auf Exaktheit. Die Technik ist hierin heute der Lehrmeister der Kunst. Daher auch der Hochstand der Variétés. Was Präzision und vor allem auch Akzentuierung in der Präzision anlangt, so scheinen die Neger noch immer allen voraus zu sein. Die Electrolagrammophongesellschaft hat Platten von einer Negergesangsgruppe The Revellers, die in der Abwägung und in der Dynamik der Rhythmen für uns hier ein Wunder zu sein scheint. Und die selbe lebendige Präzision haben die Neger auch im Tanz. Im Dezember war im Wintergarten in Berlin eine Negertruppe, die als Ganzes nichts Wesentliches leistete, mit Ausnahme allerdings der beiden Haupttänzer, bei denen Sprünge und allerhand Unsinn wie aus einem Reservoir von komprimierter Lebenskraft herauspufften. Einen ihrer ganz zurückhaltenden, gedämpften, aber rhythmisch überaus scharfen Tänze begleiteten sie mit Sprechen. Inhaltlich durchaus indifferentes Zeug. Aber die Sicherheit, mit der sich die Worte mit dem Tanz verbanden, war absolut schlagend und überzeugend, obschon man das Wie gar nicht verfolgen konnte. Man sieht es eben nur an und lacht vor Freude darüber, wie das so stimmt.

Film Die besprochene Art der zusammengesetzten Photographie ist filmisch im *Metropolisfilm* an manchen Stellen versucht, zum Beispiel bei den Gesichtern der Männer, die dem Tanz der Maschinenmaria zusehen, und die Wirkung ist ganz außerordentlich. Nur geht sie mit den übrigen Szenen nicht recht zusammen, weil sie alles in die Ebene setzt, und die übrigen Szenen mit riesigen Raumwirkungen arbeiten. Die Bewegungen der Massen sind in dem Film allemal hervorragend. Im übrigen ist er aber von einer furchtbaren Gräßlichkeit, aufgeblasen und ganz verkrampt. Brigitte Helm ist

eine sehr gute junge Kraft. Sie hat freien Schwung und Ernst. Übrigens stößt man alle Augenblicke auf eine Art Kunststil, den man völkisch benennen könnte, und Fritz Lang hat etwas davon. Dahin gehören seine großen pathetischen Räume mit kleinen Menschen drinnen. Überhaupt die großen Kontraste und vor allem diese Riesenformate, die von innen heraus nicht genügend lebendig gefüllt sind und uns daher leer lassen.

Tanz

Die *Argentina*, die im Herbst die Berliner in unerhörten Schwung versetzte, ist eine ausgezeichnete Tänzerin. Am ausgezeichnetsten allerdings ist ihre Kastagnettentechnik. Da holt sie Nuancen heraus, von deren Möglichkeit man keine Ahnung hatte. Aber bei all den Vollkommenheiten scheint doch in ihrer Natur etwas zu fehlen, was zum Tanz unbedingt gehört. Es ist alles zu klar, zu bewußt, es ist, als wenn ihre Tänze nicht tief genug ihre Wurzel hätten.

Von den neuen *Balletts* der Berliner Staatsoper, dem Spanischen Fest Franz Schrekers und den Ländlichen Tänzen mit Bizets Arlésienmusik, die am 22. Januar am Platz der Republik gegeben wurden, konnte man mehr erwarten. Max Terpis' Choreographie ist im Bildlichen immer sehr voll und saftig, auch Stimmungshaftes kommt stark zum Ausdruck, aber die eigentlich tänzerische Phantasie reicht doch nicht aus. Überhaupt scheint diese ein so seltenes und ganz besonderes Blüthen an dem Baum der Kunst zu sein, daß man kaum mit ihr rechnen sollte. In den Ländlichen Tänzen waren die Matrosentänze, vor allem aber Harald Kreutzberg, ausgezeichnet.

In seiner Besprechung dieser Aufführung forderte John Schikowski, im Vorwärts vom 24. Januar 1927, dringend das Staatstheater auf die Zusammenkoppelung von Ballett und Oper zu lösen, um dem musikalischen Tanz, der ihm noch heute der moderne scheint, Raum zu geben, und er schlägt vor das Ballett an das Schauspielhaus anzugliedern. Wenn man nur wüßte, was denn so unbedingt für die Musiklosigkeit des Tanzes sprechen kann. Die Wirkung der Musik auf die Bewegungsnerven fast aller Lebewesen ist doch klar. Was hat es nun für einen Sinn diesen primären Zusammenhang unterbinden zu wollen? Damit, daß Bewegungen auch aus sich heraus in Schwung kommen können, und daß man sie auch von woanders, etwa vom Raum her, verstehen kann, damit ist doch nicht gesagt, daß diese Erfassung die bessere sei. Gewiß ist der Tanz von der Musik in man-

chem Sinn gebunden und vielleicht auch oft abgelenkt, und gewiß ist auch nur manche Musik tänzerisch und muß vielleicht auch noch oft zugestutzt werden. Was natürlich sehr viele Nachteile hat. Aber eine Loslösung träfe schließlich den Tanz in der Wurzel. Es ist so oft, daß, wenn man irgendeinem Wachstum freie Bahn schaffen will, man damit dem Gewächs Saft und Festigkeit nimmt, und es im Leeren zerflattert. Tanz und Musik sind so sehr aus der selben Wurzel gewachsen, daß sie sich gegenseitig mit Saft versorgen. Und es ist auch gar nicht richtig, daß man damit dem Kunstwert des Tanzes etwas nimmt. Natürlich mögen zeitweise Trennungen von der Musik dem Tanz neue Anregungen, neue Differenzierungen geben. Aber doch nur, damit man dann wieder zu der Fülle der Gemeinsamkeit zurückkehrt. Und das ist gerade im eigentlich modernen Tanz auch längst geschehen.

Ein neues Programm brachte die Matinee der *Wigmangruppe* in der Berliner Scala am 6. Februar. Der 1. Teil, Monotonie genannt, bedeutete eine Riesenentwicklung. Zum erstenmal konnte man es wirklich fühlen, daß der Tanz ganz lebendig von innen heraus gebaut werden könne, und die Musik nur eine beiläufig akzentuierende Begleitung zu sein braucht. Wollte man versuchen die theoretischen Definitionen hierbei mitzumachen, so müßte man sagen: Es war Musik, die in den Raum übertragen ist. Die Komposition der Gruppenbewegungen war aber auch so klar und schön wie ein Bachsches Orgelstück. Auch an ein Bild von Rogier van der Weyden mußte man denken, das den bewegten Säulengang einer gotischen Kirche als Hintergrund hat, nur vorn in der Höhe die große schwarze Horizontale von dem Querholz des Kreuzes. Der 2. Teil warf alles um; da war auch nichts, was in seiner Art Musik sein könnte, allerhand Poetisches war beigemischt, seelische Balungen, die sich in gespreizten Fingern und schaurigen Gesten dokumentierten. Auch der letzte Teil, der wieder tänzerischer war, gab lange nicht die Konzentriertheit und Durcharbeitung wie der Anfang des Programms.

Gesprochene Tänze gibt *Valeska Gert*, aber von ganz anderer Art als die der Negertruppe im Wintergarten. Das Gewicht liegt bei ihr ausschließlich im Charakterisieren von Typen. Das trifft sie grandios, in Dixscher Art, offen und stark in der Zote. Außerdem sieht sie sehr gut aus, Nur stumpfen sich mehrere Tänze ähnlicher Art ab und lassen ein Gefühl von Unappetitlichkeit zurück.

Pawlowa

Wieder sah man Anna Pawlowa in Berlin, und wieder mit dem selben Entzücken. Ihr Charme ist vornehmlich der unerhörte Esprit ihres Körpers. Was in ihr tanzt, ihre Grazie, ihre Koketterie, die Präzision ihrer Bewegungen, alles ist der Ausdruck der wunderbaren Feinheit und der sinnlich beweglichen Geistigkeit ihrer Nerven. Es wäre hier wohl am Platz etwas von der Technik überhaupt zu reden, über die von allen Ästhetikern so übel gesprochen wird. Es werden ihr Veräußerlichung und Artistik in die Schuhe geschoben. Das ist aber ganz und gar falsch, und daß das falsch ist, lernt man in erster Reihe von Anna Pawlowa. Gewiß kann Technik veräußerlichen, aber doch nur dann, wenn die künstlerische Kraft nicht stark genug ist, um aus der Erde, oder von wo sie nun kommen mögen, immer wieder neue Säfte zu ziehen. Pawlowa ist in ihrer Kunst in all diesen vielen Jahren nicht nur nicht schwächer geworden sondern noch ganz eigentlich gewachsen, und das eben durch die Technik. Eine herrliche Bescheidenheit liegt in der Achtung vor der Technik. Daß ein Künstler sich nicht auf sein Genie verläßt, daß er nichts vor jedem gewöhnlichen Handwerker vorauszuhaben glaubt, der jeden Tag arbeiten und üben muß, das ist etwas Großes. Natürlich kommt es dabei auf die Art des Arbeitens an. Gewiß kann das Arbeiten nichts anderes sein als ein sinnloses Gehaspel. Aber das sinnvolle Arbeiten ist nicht nur Sache des großen Talents sondern auch Sache der menschlichen Gesinnung, der Stellung zu den Dingen. Gut arbeiten können bedeutet vor allem eben Bescheidenheit: Auf die Leistung kommt es an, nicht auf den Künstler. Sie soll ihre Vollkommenheit in sich tragen wie die übrigen Dinge der Natur und der Welt, und das kann sie nur mit ganz ausgereifter Technik. Die Technik ist dann selbstverständlich geworden, ganz aufgenommen von der Natur und nun mit ihr verschmolzen, wie sie es im Sterbenden Schwan bei Pawlowa tatsächlich ist.

Farblichtmusik Im Herbst 1926 brachte Alexander Laszlo in Berlin seine Farblichtmusik vor, Kompositionen gleichzeitig für Klavier und bewegte Farbbilder, durch einen Scheinwerfer an die Wand projiziert (siehe auch die Rundschau Musik, 1926 Seite 880 und folgende). Es steckt in seiner Arbeit eine ganz außerordentliche Energie und Begeisterung, und doch ist das, was herausgekommen ist, leider nur arger Dilettantismus, was die Bilder an-

langt. Gute ornamentale Formen zu arbeiten ist schon eine schwere Kunst; diese Formen aber in ständiger Bewegung zu geben ist eine so unerhört große und schwere Aufgabe, daß sie nur ganz schrittweise in Angriff genommen werden sollte. So blieb es denn bei ganz unklaren und verwischten Gebilden, die allerdings manchmal, lediglich durch die großen Intentionen, andeutungsweise stark wirken konnten. Es schiene geboten mit viel kleineren Aufgaben anzufangen. Denn das Ziel ist unbestritten grandios.

Kurze Chronik Im Institut für internationale geistige Zusammenarbeit in Paris fand im Januar ein Kongreß der Filmindustrie statt, an dem fast sämtliche europäischen Länder teilnahmen. Es wurde ein *Bureau international du cinéma* gegründet. ◊ Die englische Konservative Partei erwarb von der amerikanischen Forestgesellschaft, die *sprechende Filme* herstellt, das Monopol solche zur politischen Propaganda zu verwerten. Einige kurze Filme zeigen Minister und Unterstaatssekretäre bei der Arbeit. ◊ Am 27. November 1926 wurde im Kölner Opernhaus Melchior Lengyels *Pantomime* Der wunderbare Mandarin mit der Musik Béla Bartóks uraufgeführt. Es gab einen überaus heftigen Kampf zwischen Applaus und Zischen. Die Zentrumsfraktion des Stadtparlaments beantragte hierauf die Pantomime zurückzuziehen, und der Oberbürgermeister setzte sie auch sofort vom Spielplan ab. ◊ Der Präsident der Internationalen Tanzliga Camille de Rhyndal hielt in der Komödie in Berlin eine Nachtconferénce über den *modernen Gesellschaftstanz* vom Tango bis zum Charleston ab. Jede Zeit müsse ihren Tanzstil, jeder Tanz seinen Rhythmus haben. Man könne auch nicht zu jeder Tanzmelodie einen (schlecht und falsch rhythmisierten) Charleston tanzen. Es käme darauf an, daß die Tänze ihrem Charakter gemäß getanzt würden. Zur Illustration wurden Maciste, Shimmy, Walzer, Charleston ausgeführt, einmal immer für den Tanzsaal, einmal für die Bühne.

Literatur

Das Buch *Fritz Böhmes* Der Tanz der Zukunft /München, Delphinverlag/ ist gut und klar geschrieben. Bevor Böhme zu seinen eigenen Ideen kommt, weiß er sehr Gutes zu den Kunsttendenzen unserer Zeit zu sagen. Er geht aus von der Sehnsucht des 19. Jahrhunderts nach neuen Ausdrucksformen im Tanz und der damaligen Ablehnung des alten Balletts. Was aber bei diesen Neuanfängen ge-

leistet wurde, ist über Subjektives nie hinausgegangen, und neue Gesetzmäßigkeit wurde nirgends geschaffen. Es blieb bei einer ziemlich chaotischen Hemmungslosigkeit. Dieser Gefahr suchte Oskar Schlemmer mit seinem Triadischen Ballett zu steuern. Er knüpft an die Maskentänze der Primitiven, nur stehen die Masken entsprechend der Zeit nicht mehr auf Gefühl sondern auf Erkenntnis. In ihren Bewegungen kämen Kräfte zum Ausdruck, die ins Metaphysische weisen. Von anderer Seite bemühte sich Rudolf von Laban mit seiner Notation des Tanzes sich dem Chaos entgegenzustellen. Für ihn ist Bewegung nur durch den Raum zu verstehen. Beide haben aber nach Böhme die Forderungen der Zeit nicht erfüllt. Schlemmers konstruktive Masken bleiben an Menschenbewegungen gebunden, und Labans Bewegungskanon intellektualisiert die Tanzkunst. Worauf will aber nun Böhme hinaus? Auf den »Instrumentaltanz«. Und hier scheint die Klarheit des kritischen Teils nicht standzuhalten. Es sollen Instrumente geschaffen werden, ähnlich denen der Musiker, die die Bewegungsphantasieen der Künstler in objektive Form übertragen. Er knüpft an das Kaleidoskop an, an die Marionetten und siamesischen Schattenspieltheater, die aber immer »noch« an menschliche Form geknüpft seien. Von allen solchen Assoziationen will Böhme den Instrumentaltanz ganz losgelöst sehen. Versuche auf dem Gebiet sind in erster Reihe das Laszlosche Farblichtklavier und die Hirschfeld-Mackschen reflektorischen Farbenspiele. Beide sind aber noch mit Musik verknüpelt und damit nicht absolute Kunst. Übrigens erinnert Böhme daran, daß im Rokoko sehr oft Feuerwerk als Hintergrund des Balletts benutzt wurde. Daraus und aus vielem andern schließt er auf eine Tendierung zu der Kunst der absoluten Bewegung. Daß eine solche Kunst kommen wird, scheint allerdings sicher. Nur kann sie als etwas ganz anderes als Tanzkunst gedacht werden. Daß keine absolute Form, sondern ein Mensch da tanzt, ist ein Ding, das nicht zu umgehen ist. Wir gehören doch zur Welt der Tiere, und Tier sucht in erster Reihe Tier und nicht absolute Form. Aber daß Menschentänze an Subjektivität gebunden sein müssen, ist nicht zuzugeben. Sobald eine Zeit einen Stil in den Kunstformen herausgearbeitet hat, auch sogar bei einzelnen Leistungen, kann eine Objektivität erreicht sein. Weshalb wird eigentlich von Böhme nicht der Neger-tanz in die Betrachtung einbezogen? Da findet man durchaus Objektivierung.

KULTUR

Technik / Heinrich Lax

Lichttechnik Die Lichttechnik umfaßt die Leuchttechnik, die sich die Erzeugung und Untersuchung künstlicher Lichtquellen, und die Beleuchtungstechnik, die sich die zweckmäßige Anwendung künstlichen und natürlichen Lichts zur Aufgabe stellt. Bis vor 10 Jahren etwa konzentrierte sich das Hauptinteresse auf die *Leuchttechnik*. Die Schaffung immer neuer Lichtquellen beschäftigte den Erfindergeist. Das primitive Leuchtgerät der Alten: die Holzfackel und ihre Nachfolgerin, die Kerze, sowie die Öllampe mit offener Flamme waren jahrtausendlang von jeder prinzipiellen Verbesserung unberührt geblieben. Erst die kapitalistische Produktionsweise verlangte mehr und besseres Licht. Dieser Forderung kamen Ende des 18. Jahrhunderts die Argandlampe mit innerm Luftzug und der den äußern Luftzug regelnde Glaszylinder Quinquenets entgegen. Ihre technische Vollendung erfuhr die Öllampe Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Einführung des Petroleums. Das alles aber war noch immer kein entscheidender technischer Fortschritt. Dieser wurde erst durch die Erfindung des Steinkohlengases und seine Anwendung zur Lichterzeugung um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert eingeleitet. Die ersten Großkonsumenten des Steinkohlengases waren die englischen Maschinenwerkstätten und die verkehrsreichen Großstädte, wo die primitiven Leuchtmittel der Alten nicht mehr ausreichten. Das etwa um die gleiche Zeit erfundene elektrische Bogenlicht konnte im Wettbewerb mit dem Gaslicht jedoch noch keine Bedeutung erlangen, weil es damals noch keine billigen und zuverlässigen Elektrizitätsquellen gab. Erst mit der Erfindung der Dynamomaschine durch Werner Siemens im Jahr 1867 wurde das elektrische Licht eine starke Konkurrenz des Gaslichts. Von da an datiert die große Entwicklungsphase des künstlichen Lichts. Die Gastechnik bemühte sich starke Lichtquellen zu schaffen, die es mit den elektrischen Bogenlampen aufnehmen konnten, und die werdende Elektrotechnik wälzte das Problem der Unterteilung der starken Lichtquellen in möglichst kleine Einheiten, die mit den gewöhnlichen Gaslampen rivalisieren sollten. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs war die Erfindung der Gasregenerativlampen durch

Friedrich Siemens und die Ausbildung der elektrischen Kohlenfadenglühlampe durch Thomas Alva Edison. In diese Zeit fallen der Bau gewaltiger Gaswerke und die Entstehung der Elektrizitätszentralen. Bis zu den neunziger Jahren hatte die elektrische Beleuchtung einen entschiedenen Vorsprung gewonnen. Durch die Erfindung des Gasglühlichts durch Carl Auer von Welsbach wurde dieser Vorsprung aber reichlich eingeholt und die Elektrotechnik gezwungen neue Wege für die Erzeugung ökonomischeren Lichts zu suchen. Das Ergebnis dieser Bestrebungen waren das Nernstlicht und die Metallfadenglühlampe, die im Jahr 1913 ihre Krönung durch die gasgefüllte Metalldrahtglühlampe fand. Zunächst machte die gasgefüllte Lampe in ihren größeren Einheiten der Bogenlampe nahezu den Garaus, während die luftleere Metalldrahtlampe die Kohlenfadenglühlampe ganz verdrängte; und jetzt steht die gasgefüllte Lampe als fast unumschränkte Herrscherin da.

Mit der technischen Entwicklung ging seit der Erfindung des Gasglühlichts die wissenschaftliche Durchdringung der Leuchttechnik parallel. An der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin wurden die Strahlungsgesetze durch Lummer, Pringsheim, Brodhun, Holborn, Kurlbaum experimentell erforscht und von Planck theoretisch begründet, wobei noch die für die gegenwärtige physikalische Forschung so überaus fruchtbare Quantentheorie abfiel. Die Elektronentheorie wurde zur Erklärung der Lichtemission mit großem Erfolg herangezogen, wodurch zugleich die von Maxwell und Hertz geschlagene Brücke zwischen Licht und Elektrizität wesentlich gestützt wurde. Besondere Lichtarten, die nur für Sonderzwecke Verwendung finden, wie Leo Arons' Quecksilberlicht, das Leuchten elektrisch erregter Gase (Moorelicht, Neonlicht usw.), die Lichtemission geriebener Kristalle, des Phosphors, der Leuchtfarben usw., wurden als wesensverschieden von dem Leuchten erhitzter fester Körper erkannt und als Lumineszenzlicht klassifiziert, während das Licht der älteren Lichtquellen schon von Helmholtz die treffende Bezeichnung Temperaturstrahler erhalten hatte. Schließlich kulminierte das ganze Gebäude in der Feststellung der Grenzen der Leuchttechnik, die unabhängig von einander Otto Lummer und Alfred R. Meyer gelang.

Die Leuchttechnik ist der einzige Zweig der Technik, für den bisher die mögliche

Höchstleistung festgestellt wurde. Bei der günstigsten Umsetzung von Strahlungsenergie in Licht können für 1 Watt aufgewandter Leistung nie mehr als 624 Lumen an Lichtstrom gewonnen werden (in Lichtstärkeeinheiten 49,6 Hefterkerzen). Diese Grenze ist durch die Physis des menschlichen Auges bedingt, das im Gelbgrünen maximale Empfindlichkeit besitzt. Von der praktischen Realisierung dieses Maximums sind wir jedoch noch weit entfernt; sie ist aber auch gar nicht erstrebenswert, da sie an die Erzeugung monochromatischen Lichts von der Wellenlänge $550 \mu\mu$ gebunden ist. Für den Temperaturstrahler ist sodann festgestellt worden, daß die günstigste Umsetzung von Wärme und Licht bei etwa 6750° (absolut) für Kohle und bei 5900° für blankes Metall liegt (Lummer); die zuverlässigeren Rechnungen A. R. Meyers führen zu 6500° für den Schwarzen Körper, wobei ein visueller Nutzeffekt von 14,5 % vorhanden ist. Die Gasfüllungslampe besitzt einen visuellen Nutzeffekt von 3,4 %, die Effektbogenlampe einen solchen von 4,2 %. Der Erfindergeist kann sich also noch reichlich betätigen. Aber die Lichttechnik wandelt seit der Erfindung der gasgefüllten Lampe andere Wege. Während sie bisher die Energieverluste bei der Lichterzeugung zu vermindern suchte, ist sie gegenwärtig damit beschäftigt diejenigen Verlustquellen zu verstopfen, die bis dahin bei der Anwendung des Lichts in Kauf genommen worden waren.

Damit betreten wir das Arbeitsgebiet der *Beleuchtungstechnik*. Die Beleuchtungstechnik begann mit den Arbeiten des Breslauer Augenarztes Hermann Cohn und denen des Physikers Leonhard Weber, Arbeiten, die in der Aufstellung der Forderung bestimmter Minimalbeleuchtungsstärken für jeden Schulplatz gipfelten. Die Cohnschen Zahlen spielen noch heute in der Beleuchtungstechnik eine große Rolle, wenn sie auch für bestimmte Arbeiten entsprechend weiter erhöht worden sind. In den Leitsätzen der amerikanischen Illuminating Engineering Society und der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft sind die Anforderungen an die Beleuchtung kodifiziert worden. Diese Arbeiten erstrecken sich nicht nur auf die Festlegung der erforderlichen Minimalbeleuchtungsstärke und auf die Methoden ihrer Vorausberechnung sondern auch auf die für die Bestimmung der "Beleuchtungsgüte" sehr wichtigen Punkte der physiologischen und ästhetischen

Wirkung der Beleuchtung. Denn die Beleuchtungsgüte wird erst durch das günstige Zusammenwirken von Beleuchtungsstärke, Gleichmäßigkeit der Beleuchtung, allgemeiner Raumhelligkeit, Verteilung von Licht und Schatten im Raum, Graduierung der Körperschatten, Lichteinfall, Wegfall jeglicher Blendung, Einfluß von Helligkeits- und Farbenkontrasten und der Lichtfarbe bestimmt. Für die künstliche Beleuchtung ist die Frage der Vorausberechnung der Beleuchtungsstärke in Innenräumen bereits in befriedigender Weise gelöst; für die physiologische und ästhetische Wirkung sind wenigstens sehr wichtige Anhaltspunkte gewonnen worden. Die Tageslichtbeleuchtung ist dagegen bisher stiefmütterlich behandelt worden, weil das ganze Problem außergewöhnliche Schwierigkeiten darbietet. Bei Kunstlicht kann mit sicheren und konstanten Werten des erforderlichen Lichtstroms (nicht zu verwechseln mit dem für die Lichterzeugung aufgewandten elektrischen Strom) und seiner Ausbeute bei der Beleuchtung gerechnet werden; beim Tageslicht haben wir es jedoch mit überaus schwankenden Werten zu tun, die sich während der Jahres- und Tageszeiten dauernd ändern, und die selbst innerhalb der Tageszeiten, je nach dem Grad der Bewölkung, Schwankungen bis zu vielen hundert Prozenten unterworfen sind. Dazu sind wir gänzlich außerstande die natürlichen Schwankungen irgendwie zu beeinflussen, um jeweils die erforderliche Mindestbeleuchtungsstärke in Innenräumen oder auf dem Arbeitsplatz zu erhalten. Nicht einmal das Verhältnis der Außenbeleuchtung zur Innenbeleuchtung eines bestimmten Raums, der sogenannte Tageslichtfaktor, hat einen konstanten Wert. Bei direktem Sonneneinfall in einen Raum und demzufolge erhöhter Rückstrahlung von den Wänden fällt er erheblich größer aus als bei diffuser Beleuchtung an einem trüben Tag. Bei der Bemessung des Tageslichts in Innenräumen hat man sich deshalb bis in die letzte Zeit ausschließlich auf Faustregeln gestützt, die das Verhältnis der Fensterfläche zur Bodenfläche zur Grundlage nahmen. Erst seit einigen Jahren hat man versucht der Tagesbeleuchtung rechnerisch zu Leibe zu gehen. Die aufgestellten Methoden und Formeln sind aber für die Anwendung in der Praxis viel zu schwerfällig. Es ist deshalb ein überaus dankenswertes Unternehmen der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft gewesen

auf ihrer vorjährigen Tagung in Essen das Problem der Tagesbeleuchtung von verschiedener Seite aus behandeln zu lassen. Die Ergebnisse haben gezeigt, daß das spröde Problem doch gemeistert werden kann. Arthur Korff-Petersen behandelte die hygienische Seite der Frage, Kurt Heinrich Tischer beschäftigte sich mit den bautechnischen und künstlerischen Anforderungen an die Tagesbeleuchtung von Innenräumen, Hugo Frühling entwickelte eine ebenso einfache wie durchsichtige Methode für die Vorausberechnung und die Messung der Tagesbeleuchtung, und der Bearbeiter dieser Rundschau sprach über die für die beleuchtungstechnische Praxis wichtige Frage der Ergänzung und des Ersatzes des Tageslichts durch künstliches Licht. Das Zusammenarbeiten von Hygienikern, Architekten und Lichttechnikern hat sich als außerordentlich fruchtbar erwiesen, so daß zu erwarten steht, daß auch in der Beleuchtungstechnik das vereinte Zusammenarbeiten der verschiedenen Disziplinen zu wichtigen Endergebnissen führen wird.

Totenliste

Im Juni 1926 starb in Pichelsdorf bei Berlin, 70 Jahre alt, *Alfred Bruno Schwarz*, der durch seine Arbeiten über hochfeuerfeste und poröse Porzellane außerordentliche Fortschritte auf verschiedenen Gebieten veranlaßt und sich einen großen Ruf auch im Ausland erworben hat. Er war Ehrenbürger der Technischen Hochschule in Berlin. Am 6. August starb in seinem Sommerheim in Cornwall auf Hudson *Albrecht Pagenstecher*, im Alter von 88 Jahren. Dieser Deutschamerikaner, der in Osna-brück geboren war, hatte in den sechziger Jahren durch die Einführung des Holzstoffs die Papierindustrie und damit auch nicht zum wenigsten das Zeitungswesen umgestaltet und aus kleinen Anfängen eines der bedeutendsten Fabrikunternehmen entwickelt. Ende Januar 1927 starb in Pontoise *Eugène Turpin*, im Alter von 79 Jahren. Er hat das Melinit und zahlreiche andere Explosivstoffe erfunden, aber auch den Leidensweg so manchen Erfinders gehen müssen. Er kam sogar wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse, nämlich seiner eigenen Erfindungen, ins Gefängnis, wurde nach 2 Jahren plötzlich freigelassen und auch moralisch rehabilitiert. Er hat dann unermüdlich weitergearbeitet. Doch ist das, was er fand, nach seiner Auffassung nie richtig ausgewertet worden.

Kurze Chronik Im November 1926 war 9 Tage lang in Berlin eine *Deutsche Automobilausstellung* zu sehen, die ein glänzendes Zeugnis für den Stand der deutschen Automobilindustrie ablegte. Der Personenwagenbau in Deutschland legt mehr Wert auf hochwertige Qualitätserzeugnisse als auf die besonders in den Vereinigten Staaten eingeführten billigen, aber kurzlebigen Wagen. Auf besonders großer Höhe steht der deutsche Lastkraftwagenbau. ◊ In den deutschen *Rundfunk* kommt allmählich System. Während bisher die großen Sender sich teilweise durch ihre eng benachbarten Wellenlängen überlagerten und störten, ist jetzt eine einheitliche Verteilung auf den Wellenbereich zwischen 241,9 (Münster) und 577 (Freiburg) vorgenommen worden, bei der für genügende gegenseitige Abstände der Wellen gesorgt ist. Die kleineren Sender mit einer Leistung bis zu 1,5 Kilowatt konnten auf Grund ihrer geringeren Reichweite dazwischen untergebracht werden. Große, zum Teil gewaltige Stationen sind auch überall im Ausland im Entstehen begriffen. Rußland, Polen, die Tschechoslowakei, Schweden und die Vereinigten Staaten errichten zurzeit Sendestationen von solcher Stärke, daß einige von ihnen fast auf der ganzen Erde zu hören sein werden. ◊ Auf die Erfahrung, daß monotone Sinneseindrücke einschläfernd wirken, gründet der französische Arzt Berrillon die von ihm konstruierte *Schlafmaschine*, die einen konstanten schwachen Licht- und Tonreiz erzeugt. Ob sich auch in den eigentlich hartnäckigen Fällen der rein psychisch bedingten Schlaflosigkeit diese Prozedur wirksam erweisen wird, bleibt abzuwarten. ◊ Am 9. August 1926 wurde in Berlin am Fuß des Denkmals *Otto Lilienthals*, unter der Lilienthalhöhe, anlässlich seines 30. Todestags durch den Deutschen Aeroklub und andere Luftflugorganisationen eine Gedenkfeier für den Bahnbrecher des Luftflugs veranstaltet, an der sich die bedeutendsten Vertreter der Aeronautik sowie der Bruder Otto Lilienthals beteiligten. ◊ Der Leiter der Chemisch-Technischen Reichsanstalt *Fritz Lenze* wurde Ende Oktober 1926 60 Jahre alt. Seine Arbeiten beschäftigen sich besonders mit der Chemie der explosiven Stoffe, die als Sprengstoffe große Bedeutung für viele Zweige der Industrie haben, aber auch als Nebenprodukte chemischer Prozesse auftreten und dann besondere Maßnahmen für ihre weitere Behandlung erfordern.

Literatur

Ein kleines Werkchen *Arthur Fürsts* Das elektrische Licht /München, Albert Langen/ zeigt alle Vorzüge der Darstellungskunst dieses Autors, der im vorigen Jahr so früh starb (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 434). Der Schwung der Sprache und die Fähigkeit selbst sehr schwierige wissenschaftliche und technische Probleme in anschaulicher Weise klar zu machen finden sich hier wieder. Die Einleitung mit dem Titel *Sonnen in der Nacht* ist ein Panegyrikus auf die elektrische Glühlampe. Die poetische Lizenz, von der Fürst öfter Gebrauch macht, verleitet ihn zu einer so absoluten Wertung der elektrischen Glühlampe, daß er von ihr sagt: »Eine Beleuchtungsanlage genügt den neuzeitlichen Anforderungen nur dann, wenn sie von Glühlampen betrieben wird. Es wird wahrscheinlich nur noch kurze Zeit gehen, bis diese ganz allein die Sonnen unserer Nächte sind.« Das dürfte allerdings kaum stimmen. Die rein auf Temperaturstrahlung beruhenden Glühlampen haben in ihrer Entwicklung wohl schon den praktisch überhaupt erreichbaren Höhepunkt erreicht, und alle unsere Bestrebungen laufen darauf hinaus das von der Temperatur unabhängige Lumineszenzlicht zur Geltung zu bringen, mit dem wir allein das wirtschaftliche Maximum bei der Energieumsetzung in Licht erzielen können. Diese Ausstellung beeinträchtigt nicht den Wert der ganzen Arbeit, sie mußte nur gemacht werden, um den Leser nicht zu dem Aberglauben zu verleiten, daß die Technik wirklich schon auf dem Gipfelpunkt ihrer Leistungen angelangt sei. Fürst hält sich sonst frei von Überschätzungen der gekennzeichneten Art und bringt, ausgehend von einer Einführung in die modernen Anschauungen über das Wesen des Lichts, eine knappe, trotzdem recht vollständige Geschichte der Entwicklung der künstlichen Lichtquellen vom Herdfeuer bis zum Gaslicht. Es folgt dann ein Abschnitt über die Bogenlampe. Der Hauptteil behandelt die elektrische Glühlampe, beginnend mit ihrer Urgeschichte; die Kohlenfadenlampe, die Nernstlampe, die Osmium- und die Tantallampe, bis wir zur Wolframlampe gelangen, die heute das Gebiet der Leuchttechnik beherrscht. Den Beschluß macht eine Besprechung des Lumineszenzlichts, der Messung von Licht und Beleuchtung und der Lichtwirtschaft. Das Buch gibt einen ausgezeichneten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Leuchttechnik.

Innenkolonisation / Otto Karutz**Allgemeines**

Die Eröffnung einer Rundschau Innenkolonisation bedarf einer Rechtfertigung nicht. Es ist Tradition der Sozialistischen Monatshefte bei der Pflege der Erkenntnis wirtschaftlicher Vorgänge und Entwicklungen die agrarische Seite nicht zu vernachlässigen. Arthur Schulz hat es als erster unternommen an dieser Stelle den deutschen Sozialisten das weite und wichtige Gebiet der agrarischen Produktion wesentlich und damit verständlich zu machen. Seine Artikel wie die Rundschau Landwirtschaft, die zuerst von ihm bearbeitet wurde, sind berechte Zeugen dessen. Als guter Kenner der deutschen Landwirtschaft hatte er auch die Bedeutung der Innenkolonisation für unser Volk voll erfaßt, und er widmete ein gut Teil seiner Arbeiten den damals noch heftig umstrittenen Fragen ihrer Berechtigung, und Notwendigkeit. Nach seinem Tod haben die Bearbeiter der Rundschau Landwirtschaft sich zu ihrem Teil der Innenkolonisation weiter angenommen, der nunmehr eine besondere Rundschau gerecht zu werden versuchen soll.

In den Bereich der neuen Rundschau fallen zunächst alle Fragen der ländlichen Siedelung im engeren Sinn, seien sie wirtschaftlicher, rechtlicher oder politischer Natur, weiter die allgemeinen agrarrechtlichen und agrarpolitischen Probleme, die das Gebiet der ländlichen Siedelung überschneiden, sowie schließlich die vorstädtische und städtische Siedelung, soweit sie sich im Grundsätzlichen mit der ländlichen Siedelung berührt und damit in das Gesamtgebiet der Innenkolonisation gehört.

Landbank

Seit einem Jahr etwa beschäftigt man sich in der deutschen Öffentlichkeit mit dem Fall Landbank. Die 1895 als private Aktiengesellschaft gegründete, 1920 in ein gemeinnütziges Institut umgewandelte Landbank stand Ende 1925 infolge des Fehlens von Zwischenkrediten und unangebrachter, größtenteils mißglückter Finanzoperationen der damaligen Geschäftsleitung von dem Zusammenbruch. Im Interesse der Erhaltung des für die Innensiedelung wichtigen Instituts und der Verhinderung von Zusammenbrüchen unter den Siedlern in den Landbankkolonien versuchte der damalige Hauptaktionär Alfred Hugenberg die Aktienmehrheit der Gesellschaft auf den Staat zu übertragen. In den Verhandlungen ergaben sich Schwierigkeiten bei der Fest-

setzung des Übernahmepreises, die nur nach langem Hin und Her der Parteien überwunden werden konnten. Das Ergebnis war, daß die Aktienmehrheit im März 1926 von Hugenberg auf den Freistaat Preußen und die Provinz Grenzmark überging. Die Sanierungsaktion wurde von der beim Majoritätswechsel bestellten neuen Leitung energisch weitergetrieben. Das Kapital der Landbank wurde 2mal radikal zusammengelegt, zunächst im März 1926 von 65 Millionen Papiermark auf 1 300 000 Reichsmark, dann im Oktober 1926 weiter auf 65 000 Reichsmark. Die aus der Vorkriegszeit stammenden 20 Millionen Mark Obligationen sollen nach einem Antrag der neuen Verwaltung bei der Aufwertungsstelle völlig abgewertet werden. Diesen radikalen Maßnahmen wurde von einer Gruppe Kleinaktionäre und von Aktionären, die der frühern Verwaltung nahestehen, scharf widersprochen, und sie wurden durch Anfechtungsklage bekämpft. Die neue Verwaltung nahm daraufhin in aller Öffentlichkeit den Kampf gegen die Opposition auf und legte in der Generalversammlung vom 30. Dezember 1926 die ihrer Ansicht nach groben Verfehlungen der alten Verwaltung offen, so daß dann um die Jahreswende in der Tagespresse ein scharfer Kampf um die Landbank tobte.

Den Interessen der Siedelung dient die erregte Diskussion nicht. Es wäre sehr zu wünschen, daß beide Parteien sich darauf beschränkten ihre Meinungsverschiedenheiten über Verantwortungen und die innere Berechtigung der verschiedenen Generalversammlungsbeschlüsse vor den Schranken der Gerichte auszutragen. Die dadurch geschaffene Ruhe und Sicherheit gäbe der neuen Verwaltung die Möglichkeit ohne Übereilung ihre Pläne nochmals zu durchdenken und schon gefaßte Beschlüsse eventuell zu revidieren. Bisher zeigte die Landbankverwaltung die Neigung den Status des Unternehmens sehr pessimistisch zu beurteilen. Diese pessimistische Verwaltungsauffassung kann aber 2 erhebliche Gefahren heraufbeschwören: 1. die, daß die Landbank sich selbst alle Kreditquellen verstopft, deren reichlicher Fluß Voraussetzung für einen gesunden Wiederaufstieg des Unternehmens wäre, 2., daß die Landbank trotz Übernahme durch den Staat und die Provinz, weil eben kein neues Geld zuströmt, liquidieren muß oder mindestens zu einem bedeutungslosen Unternehmen herabsinkt. Wenn auch die Maßnahmen der neuen Verwaltung fast glauben machen, man steuere

mit Absicht den Kurs zum Abwracken, so muß man doch hoffen, daß sie über inneren Sorgen und Kämpfen ihre öffentlichen Aufgaben nicht vergißt. Wir brauchen ein großes, nicht auf das enge Gebiet einer Provinz beschränktes Siedelungsunternehmen, das wie die Landbank bisher für die nötige Konkurrenz bei den provinziellen Landgesellschaften sorgt. Diese Stellung muß möglichst die Landbank behalten. Dazu ist es erforderlich, daß die neue Aktienmehrheit dem Unternehmen zunächst die für die Abwicklung der anhängigen Verfahren nötigen Kredite beschafft. Die siedelungstechnisch hervorragende Leitung des Unternehmens wird dann verhältnismäßig leicht den Weg finden nach Erfüllung alter Verpflichtungen die Landbank zu neuer Größe und Bedeutung zu führen.

Gesetzgebung Das sogenannte Bodenreformgesetz für *Deutschland* (siehe die Rundschau Staatssozialismus, 1926 Seite 480 und folgende) ist in der parlamentarischen Behandlung bisher nicht weiter gekommen. Nachdem am 5. Mai 1926 der Reichstag von der Reichsregierung die Vorlegung eines Wohnheimstättengesetzes im Sinn des Entwurfs des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium verlangt hatte, hörte man zunächst bis Ende Oktober nichts über die Erledigung des Antrags durch die Regierung. Auf eine mahnende Anfrage des demokratischen Abgeordneten Heinrich Rönneburg vom 25. Oktober 1926 antwortete dann im Dezember 1926 der Reichsarbeitsminister: »Die Frage einer Änderung des Reichsheimstättengesetzes vom 10. Mai 1920 ist im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 5. Mai 1926 geprüft worden. Gleichzeitig wurde in wiederholten Verhandlungen die Frage erörtert, ob weitere gesetzgeberische Maßnahmen des Reiches in bodenpolitischer Hinsicht notwendig seien. Die Bedeutung der Fragen erfordert vor der endgültigen Entscheidung umfangreiche Vorverhandlungen. Ich bin daher noch nicht in der Lage nähere Angaben über den Zeitpunkt zu machen, zu dem die Vorlegung des gewünschten Gesetzentwurfes zu erwarten ist.« Diese Antwort scheint auf ein Begräbnis 2. Klasse vorbereitet zu wollen.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wird zurzeit ein Gesetzentwurf über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau (Siedelungsgesetz für aktive Beamte) beraten. Die Regierung gab einleitend einen Über-

blick über die Wohnungsverhältnisse der Reichsbeamten und über die bisher durchgeführten Abhilfemaßnahmen. Um nicht nur die dringendsten Notstände beseitigen zu können sondern auch weitergehenden Siedelungswünschen entgegenzukommen, soll das Zwecksparen der Beamten erleichtert und gefördert werden. Die Beamten sollen für eine Reihe von Jahren einen Teil ihres Dienst Einkommens an eine Sparorganisation abtreten können, wodurch die Beleihung von Beamtenheimstätten durch jene möglich werde. Eine mit der Sparorganisation verbundene Versicherung würde die Hinterbliebenen vor einem Pensionsverlust schützen, falls der Beamte im Laufe der Sparperiode stirbt. Die Beratungen über den Entwurf werden sich voraussichtlich einige Zeit hinziehen.

Für die eingehende Behandlung des Entwurfs eines Städtebaugesetzes für *Preußen* wurde im Landtag ein besonderer Ausschuß gebildet, der am 14. Januar dieses Jahres seine Beratungen begann. Der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer begründete ausführlich den Entwurf. Am 18. Januar verlängerte der preußische Landtag die Gültigkeit des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 bis zum 31. Dezember 1928. in der Annahme, daß bis dahin das Städtebaugesetz in Kraft getreten sei, in das unter anderm auch das Wohnungsgesetz aufgehen soll.

Stebzigjährige Am 15. Januar vollendete *Heinrich Erman*, Professor der Rechte in Münster, das 70. Lebensjahr. Sein Name ist eng verknüpft mit den Bestrebungen nach Umformung und Neugestaltung des deutschen Bodenrechts. Vor rund 20 Jahren suchte er in eingehenden Studien die Probleme des Erbaurechts zu klären. Diese Arbeiten brachten ihn in Verbindung mit der Bodenreformbewegung, eine Verbindung, die sein weiteres Wirken von Grund auf beeinflusste. Er spezialisierte sich außerhalb des Lehramts mehr und mehr auf die Behandlung bodenrechtlicher und bodenpolitischer Fragen. Bei dieser Tätigkeit suchte er stets die Verbindungen zum praktischen Leben zu wahren, wobei ihm sein Berliner Sinn für das gerade Erreichbare sehr zu statten kam. Im Krieg bearbeitete er im Hauptausschuß für Kriegerheimstätten vornehmlich den Entwurf eines Kriegerheimstättengesetzes, aus dem später vieles in das Reichsheimstättengesetz übernommen wurde. In jüngster Zeit trat er im Kampf um die Hypothekenreform und um das Bodenreformgesetz

hervor, das unter seinem Namen geht. In dem von ihm begründeten Seminar für Siedelungsfragen hat er einen großen Schülerkreis um sich gesammelt. Am 18. Januar trat *Max Sering* in sein 8. Lebensjahrzehnt. Er war ein Schüler *Georg Friedrich Knapps* und wurde neben *Gustav Schmoller* der bedeutendste Vertreter der Historischen Schule. 1883 sandte ihn die preußische Regierung als jungen Assessor zum Studium der Agrarverhältnisse Canadas und der Vereinigten Staaten nach Amerika. Auf dieser Reise wurde sein Interesse für agrarische Fragen wach. 1885 habilitierte er sich in Bonn. 1889 wurde er als Professor an die Landwirtschaftliche Hochschule nach Berlin berufen, 1897 trat er dort zur Universität über. Seine Lebensarbeit widmete er den Fragen der Grundbesitzverteilung des bäuerlichen Erbrechts, der agrarischen Handelspolitik und besonders der Innenkolonisation und des Pachtrechts. Schon 1893 erschien in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik seine große grundlegende Arbeit über die Innere Kolonisation im östlichen Deutschland, der im Lauf der Jahre eine Reihe weiterer Arbeiten folgte. Sein Werk krönte das Reichssiedelungsgesetz vom 11. August 1919, das Kernstück der neuern deutschen Siedelungsgesetzgebung. Die Durchführung des Gesetzes beeinflusst er heute noch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für ländliches Siedelungswesen beim Reichsarbeitsministerium; der Klärung aller noch strittigen Fragen der Siedelung sowie der wissenschaftlichen Ausbildung der deutschen Siedelungsbeamten und ihres Nachwuchses dient er als Leiter des von ihm ins Leben gerufenen Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedelungswesen.

Tagungen

Auf der Hauptversammlung des *Deutschen Landkreistags* in Pymont, am 11. und 12. Juni 1926, stand die Siedelungsfrage im Mittelpunkt der Erörterungen. *Hans Krüger /Lüneburg/* hielt das Hauptreferat über die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedelungswesens mit Ausblicken auf die künftige Entwicklung. Sein Referat wurde von *Guba /Dresden/* und *Gerstenhauer /Weimar/* ergänzt. Die 3 Referate sind im 9. Band der Zeitschrift für Selbstverwaltung wörtlich abgedruckt. Die 3. *Internationale Konferenz für Grundwertbesteuerung und Freihandel* in Kopenhagen, die vom 19. bis zum 26. Juli tagte, bot Gelegenheit in einer Reihe von

Vorträgen Bodenrecht und Siedelungsgesetzgebung verschiedener Länder der Welt kennen zu lernen. Eine Studienreise durch Dänemark im Anschluß an die Konferenz führte die Teilnehmer durch verschiedene Kolonien, die das dänische Siedelungswesen nicht nur als rechtlich sondern auch als wirtschaftlich mustergültig zeigten. Mehrsprachige Auszüge sämtlicher auf der Konferenz erstatteten Referate erschienen in einer Mappe, die der Verlag des Danske Grundskyldsudvalg in Kopenhagen herausbrachte. Bemerkenswert sind die Referate über dänische Rentensiedelung, das Agrarrecht primitiver Völker, die Siedelung in England, deutsches und schwedisches Bodenrecht usw. Auf dem *Internationalen Städtebau- und Wohnungskongreß* in Wien, vom 14. bis zum 19. September, wurden Leitsätze für die Wohnsiedelung angenommen, die sich in der Richtung der von Deutschland nach 1918 verfolgten Wohnungspolitik bewegen. Der *Deutsche Verein für Wohnungsreform* behandelte in einer am 22. Januar 1927 abgehaltenen Tagung die Frage der Überwindung der Wohnungsnot. Der Hauptreferent *Oskar Mulert* sprach zunächst über die bisherige Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik. Danach entwickelte er 3 Forderungen: planmäßige Bau- landwirtschaft, Rationalisierung im Bauwesen und Sicherung der Baufinanzierung, etwa durch Aufnahme von Wohnungsbauanleihen unter Ausnutzung der Hauszinssteuer für den Zinsen- und Tilgungsdienst. Die Korreferate von *Laers /Paderborn/* und *Stübbens /Braunschweig/* behandelten Bodenpolitik, Geldwirtschaft und Überwindung der Wohnungsnot.

Totenliste

Am 14. Februar 1925 starb auf seinem Gut Wustrau in Brandenburg *Friedrich von Schwerin*, der Vorsitzende der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation, fast 63 Jahre alt. Schon sehr früh kam er mit den Problemen der Innensiedelung praktisch in Berührung, als er 1891 in die Ansiedlungskommission nach Posen versetzt wurde. In jener Zeit veröffentlichte er einen interessanten Bericht über eine Reihe wildgewachsener Siedelungen um Kolberg. In seiner weitem Laufbahn bot sich ihm erst 1908 als Regierungspräsident in Frankfurt an der Oder wieder Gelegenheit die Innensiedelung zu fördern. Er gründete für die Provinz Brandenburg die Landgesellschaft *Eigene Scholle* in Frankfurt an der Oder, heute wohl die größte aller provinziellen Landgesellschaften. Im Jahr 1912

faßte er alle diese in der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation als Spitzenorganisation zusammen. Sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst 1917 beeinflusste seine Arbeit für die Innenkolonisation nicht, machte ihn vielmehr ausschließlich dafür frei. So hat er noch nach 1919 starken Einfluß auf die Gestaltung unserer Siedelung gehabt und viel dazu getan, daß in der Inflation die Siedelungsgesellschaften sich in der Roggenrentenbank ein eigenes kapitalkräftiges Kreditinstitut schufen.

In Kanton in China starb am 6. Januar 1926, in seinem 67. Lebensjahr, *Wilhelm Schrameier*, ehemals in Tsingtau deutscher Kommissar für chinesische Angelegenheiten. Er schuf die musterhafte, berühmte Landordnung von Kiautschu. Nachdem er dann 1910 aus dem Reichsdienst geschieden war, widmete er sich in der Hauptsache dem Bund deutscher Bodenreformer, dessen Geschäftsführer er von 1920 bis 1923 war. Er schrieb eine Reihe interessanter Abhandlungen über die chinesische ländliche Siedelung, über die osteuropäischen Agrarreformen und über das Lebenswerk des Freiherrn vom Stein. Ende 1923 ging er wieder nach China, und zwar als Berater für Bodenpolitik und Agrarreform zu Sunjatsen, mit dem er befreundet war. Eine dort von ihm begonnene neue Studie über das chinesische Bodenrecht hat er nicht mehr vollenden können; jedoch ist zu hoffen, daß der Entwurf noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Kurze Chronik Am 5. November 1926 veranstaltete die Siedelungswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft in Berlin eine *Kundgebung* für Innere Kolonisation als Volkssache. Alle führenden Männer der Siedelung waren versammelt. Die Hauptreferate hielten Heinrich Rönneburg und Karl Maßmann; in der Diskussion traten besonders Hans Krüger, Heinrich Lübke und Hans Ponfick hervor. Ein sehr lesenswerter stonographischer Bericht über die Veranstaltung erschien im Verlag der genannten Arbeitsgemeinschaft. ◊ Die Frage der *Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Preußen* auf dem Gebiet der Innensiedelung wurde im Siedelungsausschuß des Preußischen Landtags eingehend erörtert. Den Beratungen wurde eine Denkschrift des Landwirtschaftsministers vom 3. Januar 1927 Tatsachen zur Siedelung in Preußen zugrunde gelegt. Der Ausschuß beschäftigte sich auch mit den Presseangriffen, die gegen den Leiter der Landeskulturverwaltung, Ernst Articus,

in letzter Zeit erhoben wurden. Er nahm einige Anträge an, die die Bereitstellung ausreichender Einrichtungs- und Betriebskredite für die Siedler, die baldige Errichtung einer zentralen Landesrentenbank zur Beschaffung von Dauerkredit sowie die Abgabe zinsloser auf 5 Jahre befristeter Darlehen an in Not befindliche Flüchtlingssiedler fordern; ebenso wurden Anträge auf Förderung der Anliegersiedelung, auf Bewilligung eines vorläufigen Zwischenkredits von 5 Millionen Mark und auf Bestellung von Ausschüssen angenommen, von denen die Notlage der Flüchtlingssiedler und die Höhe der Kaufrenten zu begutachten sind. ◊ Die mexicanische Bundesregierung will im Staat *Chihuahua* eine Fläche von 80 000 Hektar durch Anstauung des Rio Papagaio bewässern. Die Kosten werden auf 2 Millionen Mark geschätzt.

Literatur In einer Schrift *Siedeln und nicht verzweifeln!* / Berlin, Kolonialverlag Sachers & Kuschel/ versucht der Kulturamtsvorsteher *Wolf von Zanthier* Brücken zwischen Innen- und Außenkolonisation zu schlagen. Er beurteilt die Aussichten der Innensiedelung recht pessimistisch, sieht eine stärkere Auswanderung als unvermeidlich an und bringt dann interessante Vorschläge, wie unter angepaßter Übertragung von bewährten Formen der Innensiedelung auf die Außenkolonisation auch die Auswanderung in für Deutschland erträgliche Form zu bringen sei. ◊ In Gießen erschien eine Dissertation *Walter Galles* Die Innere Kolonisation des Kreises Demmin in Pommern. Von der Unzahl der Siedelungsarbeiten der letzten Jahre unterscheidet sie sich durch das stets erkennbare Bestreben in der Behandlung des Themas eigene Wege zu gehen. Hier und da zeigt sich ein Mangel an praktischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Siedelung; jedoch hat die Arbeit als Material über Ergebnisse und Auswirkungen der landwirtschaftlichen Siedelung ihren Wert. ◊ Von der praktischen Tätigkeit der provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaft *Westfälische Heimstätte* zu Münster berichtet eine Broschüre Heimstättenarbeit in Westfalen /Münster, Johannes Bredt/. Im Textteil, der durch Pläne und Skizzen belebt ist, werden alle mit der Wohnsiedelungspraxis zusammenhängenden Fragen erörtert. Ein umfangreicher Anhang mit Aufnahmen aus Siedelungen der Westfälischen Heimstätte gibt einen starken Eindruck von dem, was da bisher geleistet wurde.